

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Mühlefeldts Garten

Die Rede ist von einem Garten in Berlin-Karow. Warum? Mit dem Grundstück von Frank und Annemarie Mühlefeldt, die bald ihren 80. Geburtstag begehen wird, hat es etwas Besonderes auf sich: Es ist gewissermaßen „historischer Boden“. Im Frühsommer 2001 versammelte sich dort eine Handvoll Wagemutiger, um einer „Geburt“ beizuwohnen: der Gründung des „RotFuchs“-Fördervereins, der später ordnungsgemäß und als gemeinnützig ins Register eingetragen wurde.

Mühlefeldts Garten hatten wir nicht nur seines besonderen Reizes wegen ausgewählt. Frank, der einstige Oberst und Militärökonom bei der Staatlichen Plankommission der DDR, und Annemarie, die promovierte Ökonomin, die zuletzt im Range eines Majors der Volkspolizei an deren Hochschule gelehrt hatte, zählten zu den Initiatoren des Unterfangens.

Damals war völlig ungewiß, was aus dem zunächst recht unscheinbaren „Baby“ würde. Doch nach Überstehen einiger „linker“ Kinderkrankheiten entwickelte es sich prächtig. Heute zählt der „RotFuchs“-Förderverein rund 1300 Mitglieder. Einige prominente Mitstreiter, die ihm in der Anfangszeit angehörten oder den Verein von außen unterstützten – wir wollen hier nur Gerhard Bensch, Eberhard Esche, Peter Hacks und Dieter Noll erwähnen – hat der Tod aus unseren Reihen gerissen.

Ohne Zweifel gab es auch jene, welche dem Verein und dessen monatlich erscheinender Zeitschrift – sie kam erstmals im Februar 1998 heraus – Steine in den Weg rollen oder Fallstricke spannen wollten. Das hat sich bis heute nicht geändert. Aber wir sind aus einem Material geformt, das auch schwere Belastungen verträgt. Unsere Lagebeurteilungen haben mehr als einmal ins Schwarze getroffen. Wir blasen nicht nur bei schönem Wetter die Fanfare, sondern trotzten auch den Unbilden des konterrevolutionären Sturmes. Weil wir weder umgefallen noch bei der Bourgeoisie der BRD angekommen sind, sondern Marx, Engels und Lenin die Treue gehalten haben, genießen wir die Sympathie Zehntausender Gleichgesinnter. Trotz der schweren Niederlage sind wir vom künftigen Sieg des Sozialismus überzeugt. Allen, die nicht zu Kreuze kriechen oder es ablehnen, sich zu verbiegen und zu verbiegen, bieten wir eine politische Heimat. In einer kalten und feindlichen Umwelt geben wir ihnen Halt und menschliche Wärme. An uns prallen die Verleumdungen des Klassengegners und seiner Medien wie Regentropfen von einer Pelerine ab. Wenn der „Spiegel“ Lust verspürt, uns in einem Atemzug mit Nazi-Ritterkreuzträgern zu erwähnen, dann mag er sich ruhig weiter austoben. Ein

solches Niveau der Ignoranz ist nicht zu unterbieten.

Wir laden alle „RotFuchs“-Leser herzlich ein, sich dem Förderverein anzuschließen. Das jährliche Scherflein beträgt 30 Euro, die Belieferung mit dem RF ist einbezogen. Der Klarheit halber: Die Zugehörigkeit zum Verein ist nicht Vorbedingung für den regelmäßigen Erhalt der Zeitschrift.

Die meisten unserer 25 Regionalgruppen arbeiten erfolgreich. Von ihnen gehen viele Initiativen aus. Die Veranstaltungen sind öffentlich, jeder kann kommen, zuhören und mitdiskutieren. Neben Kommunisten und Sozialisten gibt es unter den Referenten und Gesprächspartnern hochangesehene Persönlichkeiten, die sich selbst vielleicht nicht als Marxisten betrachten. Die Bandbreite unserer politischen Toleranz ist allerdings auf das linke Spektrum ausgelegt. Unter Lesern und Mitgliedern befinden sich fortschrittliche Christen, aufrechte Sozialdemokraten, Gewerkschafter und viele andere.

Unlängst wurde die Selbstdarstellung des Vereins, der sich in einem RF-Leitartikel als „wohl einzige marxistische Bildungszentrale in Deutschland“ bezeichnete, von zwei Genossen in Leserbriefen als „Alleinvertretungsanmaßung“ kritisiert. Deshalb erklären wir ausdrücklich: Über den RF hinaus gibt es sehr viele Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus. Auch Einrichtungen wie die Wuppertaler Marx-Engels-Stiftung verbreiten die Ideen der Klassiker. Doch die diesbezügliche „Konkurrenz“ dürfte nicht allzu dicht gesät sein. Manche berufen sich namentlich auf Vorkämpfer der deutschen Arbeiterbewegung, ohne Entsprechendes zu offerieren. Wir führen jeden Monat etwa 30 Veranstaltungen durch, die in der Regel hohen theoretisch-ideologischen und praktisch-politischen Ansprüchen genügen. Unsere Rostocker Regionalgruppe hat einen Marxistischen Bildungskreis ins Leben gerufen, vor dem herausragende Wissenschaftler verschiedener Disziplinen bereits aufgetreten sind.

Doch kehren wir zum Ausgangspunkt zurück. Als sich das „Fähnlein der Aufrechten“ vor sieben Jahren in Mühlefeldts Garten versammelte, glaubte wohl keiner der damals Beteiligten, daß daraus in so kurzer Zeit eine weithin sichtbare Fahne für die Sammlung linker Kräfte in Deutschland werden könnte. Auch heute verweigern wir uns borniertem Hochmut. Doch wir sind glücklich, in der ersten Reihe derer zu stehen, die das Banner kommunistischer und sozialistischer Ideen im europäischen Kernland des Antikommunismus hochhalten. **Klaus Steiniger**



INHALT

Die Inflation fällt nicht vom Himmel	S. 2
Wie der Reichstag gestürmt wurde	S. 3
Ein klassischer Fall von Rufmord	S. 4
Brief der PDL-Basisorganisation	
Friedrichroda	S. 5
Nur ein böser Traum?	S. 6
Gedichte	S. 7
Häßliches aus der schönen Stadt	
Schwerin	S. 8
Was hinter dem „Lissabonner Vertrag“	
der EU steckt	S. 9
Sozialismus – so oder so?	S. 10
Für Dich, Erwin Geschonneck!	S. 10
Die Kümmernisse der Marianne Koch	S. 11
Al Gore – der große Umweltschützer	S. 12
Prinzip: Flächendeckende	
Verdummung	S. 13
Jeder Rassismus ist perfide	S. 14
Faustdicke Lügen	S. 15
Wo „Bürgerrechtler“ abblieben	S. 15
Aus der Geschichte der LPG	
„Vereinte Kraft“ Lohsdorf (2)	S. 16
■ Opportunismus heute	RF-Extra I
■ Die Dialektik von Revolution	RF-Extra III
und Konterrevolution	
Wer erschoss Martin Luther King?	S. 17
Zypern: Ein Kommunist als Staatschef	S. 18
Kabul: Raketen auf Camp Warehouse	S. 18
Brazilien: Das Memorial für	
Luis Carlos Prestes	S. 19
Belgiens PTB unter neuer Führung	S. 19
Kubas erfolgreicher Kampf gegen	
das Säuglingssterben	S. 20
Als Jane Fonda in Vietnam Mut bewies	S. 20
Irland: Sinn Féin visitiert Vereinigung	
beider Landesteile an	S. 21
Vor 60 Jahren: Proklamation	
des Staates Israel	S. 22
Taiwans Alleinvertretungsanspruch	
erstreckt sich auch auf Tibet	S. 23
Wie der chauvinistische Spaltpilz	
Flamen und Wallonen entzweit	S. 24
Die Verantwortung des Literaten	S. 25
Eine Liste der Schande	S. 26
Das Bekenntnis des Almos Csongár	S. 27
Wie 1946 im Ruhrgebiet Fußball	
gespielt wurde	S. 27
Archie und der Verleger	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Wie Politiker und Bankiers an der Geldentwertungsschraube drehen

Die Inflation fällt nicht vom Himmel

In Deutschland ist die Zerstörung des Privateinkommens durch die Inflation seit 1922/23 in böser Erinnerung. Damals wurden Löhne dreimal täglich ausgezahlt und in Reisetaschen, selbst in Schubkarren schnellstens in Geschäfte transportiert und gegen Verbrauchsgüter eingetauscht, um stündlichen Preissteigerungen zuvorzukommen.

Zu jener Zeit war die Staatskasse leer, Handelsüberschüsse wurden sofort von der Kontrollkommission der Besatzungsmächte als Reparationen kassiert. Gleichzeitig explodierte die Arbeitslosigkeit, da Unternehmen massenhaft Bankrott machten.

1923 wurde die Inflation durch eine amerikanische Anleihe gestoppt, und eine neue Währung, die Reichsmark, ersetzte die Rentenmark.

Eine ähnliche Währungskrise, nur auf internationaler Ebene, fand im Jahr 1971 infolge des Zusammenbruchs des Gold Exchange Standard statt. Damals war Präsident Richard Nixon gezwungen, den Dollar-Goldkurs, der seit 1944 auf 35 Dollar pro Unze Feingold gestanden hatte (jetzt liegt er über 1000 Dollar!), von der Währungskontrolle zu lösen.

Die Ideologie des Wirtschaftsliberalismus und die Rhetorik von Freiheit, Demokratie und Freihandel haben nicht die Bedingungen für ein stabiles wirtschaftliches Wachstum geschaffen, das die „Globalisierung“ ermöglichen sollte. Die Verschärfung der Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital, zwischen den Industrienationen und der sogenannten Dritten Welt führt zunehmend zu Konflikten. Ein Indiz dafür ist der wachsende Inflationsdruck auf den amerikanischen Dollar, der seine Kaufkraft verringert und das Vertrauen in die „allmächtige Leitwährung“ untergräbt. Sein Kurs gegenüber dem Euro hat sich laufend verschlechtert, die Grenze von 1,50 : 1 ist längst überschritten.

Eine weltweite Dollar-Inflation ist der Alptraum der Banken, Börsen und spekulativen Investoren, aber auch der Öl- und Naturgaslieferanten und solcher Exportnationen wie Deutschland und besonders China. Der Welthandel wird noch immer in US-Doenllars getätigt, aber einige Länder verlangen bereits Zahlung oder Teilzahlung in wertbeständigeren Euro-Scheinen.

Die Inflation ist ein Geld-Phänomen, trotz der lügenhaften Erklärungen, es handle sich um eine „Preis-Inflation“, „Lohn-Inflation“, „Ölpreis-Inflation“. Die herrschenden Kreise des Westens versuchen alles, die Öffentlichkeit von der wahren Ursache des bereits seit den 60er Jahren zunehmenden Inflationsdrucks auf den US-Dollar abzulenken – nämlich der verantwortungslosen Geldpolitik der US-Regierung und der Federal Reserve,

des amerikanischen Äquivalents einer Zentralbank.

Warum spekuliert eine Regierung gegen ihre eigene Währung, die seit dem Bretton-Woods-Abkommen (1944) als die Welthandels- und Reservewährung funktionierte?

Damals hatte Washington etwa 70 % aller westlicher Goldreserven unter seiner Kontrolle. Die US-Regierung verkündete die sogenannte Vierteldeckung des Dollars, d. h., sie war bereit, den Dollar zu 25% in Gold zu decken. Gleichzeitig wurde dessen Preis – wie bereits erwähnt – auf 35 Dollar pro Unze Feingold festgesetzt, was jedoch nur im zwischenstaatlichen Austausch galt. Mit anderen Worten: Jeder Staat, der im Außenhandel Dollars erwirtschaftet hatte, konnte sie in den Vereinigten Staaten für Goldbarren zu diesem Preis eintauschen. Der Dollar sei „so gut wie Gold“, hieß es.

Allerdings wurde die Kaufkraft des Dollars durch die Praxis der Federal Reserve geschwächt, die laufenden (und steigenden) amerikanischen In- und Auslandsdefizite durch das Drucken immer neuer Banknoten zu „decken“. Da waren der Krieg in Korea (1950–1953), die Suez-Krise (1954), das Debakel in Vietnam, die bewaffneten Konflikte in Mittelamerika und enorme Zahlungen an die Rüstungsindustrie sowie die AID-Kredite für Länder der Dritten Welt, die den amerikanischen Export ankurbelten, der sonst nicht konkurrenzfähig mit Japan und Europa gewesen wäre.

Der führende Ökonom des US-Imperialismus Prof. Milton Friedman schrieb bereits 1962: „Die hauptsächliche Erklärung für die Ursache der Inflation ist, daß sie von Regierungen und von niemandem sonst verursacht wird. Natürlich will keine Regierung, kein Mensch die Verantwortung für unangenehme Probleme übernehmen, und daher beschuldigen Regierungen andere der Inflation ..., aber keiner von ihnen besitzt eine Druckerpresse, welche die bunten Scheine herstellen könnte, die ihr ... Geld nennt.“

Ob im Handel oder als Reservewährung funktionieren sie zu können, muß Geld einen *realen* Eigenwert besitzen (wie Gold und

Silber) oder aber *nominell* als Papiergeld einem offiziellen Standard entsprechen. Werden Geldscheine bedenkenlos in den Umlauf geschleust, erhöht sich wohl ihre Menge – die Quantität –, aber ihre Qualität wird herabgesetzt. Man bezeichnet Papiergeld auch als „Vertrauensgeld“ (fiduciary money), hängt doch der Austauschwert von der Redlichkeit der staatlichen Instanz ab, die für Geldemissionen verantwortlich ist.

Ein Zeichen steigender Inflation sind Preiserhöhungen, besonders für Immobilien, Öl und Gold, aber auch für Konsumgüter, denn die Verkäufer realer Werte wollen ihren Profit nicht geschmälert sehen, wenn Geld seine Kaufkraft einbüßt. Im Endeffekt trägt der Käufer die Kosten der Inflation, wenn sein Einkommen – Löhne, Gehälter und Renten – nicht laufend der fortschreitenden Inflationsrate angeglichen wird.

Der Goldpreis, der offiziell bis 1971 bei 35 Dollar stabil blieb, ist heute auf dem „freien Markt“ ins Unermeßliche gestiegen – ein Anzeichen der massiven Dollar-Inflation, die auf die kapitalistische Welt zurast.

Der Rohölpreis, der ursprünglich 20 Dollar je Barrel betrug, kletterte zeitweilig über die 100-Dollar-Grenze, was ebenfalls den inflationären Preisdruck beweist, dem der Endverbraucher ausgesetzt ist.

Seit den 80er Jahren bestand die Organisation für Ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf der Politik der *Privatisierung* und *Deregulierung*, um den internationalen Dollarbesitzern, besonders den Ölstaaten, reale und profitbringende Investitionsmöglichkeiten zu bieten. Zur Stützung des Dollars mußten alle Mitgliedstaaten ihre Schutzzölle abbauen und lukrative Wirtschaftsobjekte für das Auslandskapital freigeben.

Saudi-Arabien, Kuwait, die Golfstaaten, Iran, aber auch Rußland und China sitzen auf enormen und weiter rapide anwachsenden Dollar-Mengen, die sie in reale Werte umsetzen wollen. Als die USA Anfang August 2007 damit drohten, sie würden chinesische Importe mit einem Schutzzoll belegen, deutete Beijing sofort an, China könne ja amerikanische Wertpapiere (Treasury-Bonds) für 400 Milliarden Dollar auf den Weltmarkt werfen, um sie lukrativer anzulegen. Washingtons Schutzzoll-Idee ist seitdem nicht wieder aufgetaucht.

Übrigens: Am 14. August 2007 teilte die großbürgerliche Zeitung „The Australian“ ihren Lesern lakonisch mit, China verfüge inzwischen über Reserven im Umfang von 1,33 Billionen Dollar. Ein Grund dafür, daß gewissen Leuten in den Vereinigten Staaten wegen des über ihnen schwebenden Damoklesschwertes etwas unwohl ist.

Dr. Vera Butler, Melbourne

Am **22. Mai um 14 Uhr** findet in **Potsdam**, Heinrich-Mann-Allee, Gaststätte „Tennisklub an der Sporthalle“, ein Gespräch mit

Genossen **Egon Krenz**

statt, zu dem unsere **RF-Regionalgruppe** alle Freunde und Genossen herzlich einlädt.

Berlin 1945: Unvergessener Heldenmut der Rotarmisten

Wie der Reichstag gestürmt wurde

Wenn sich bedeutsame Ereignisse jähren, beleben sich die Erinnerungen an jene Tage. So ist es auch mit der Erstürmung des Reichstags am 30. April und am 1. Mai 1945. Um dieses Datum ranken sich Legenden – nicht nur glaubhafte. Ich halte mich an die Schilderungen des Frontberichterstatters Juri Lewin, eines unmittelbar an diesen letzten ebenso entscheidenden wie verlustreichen Kampfhandlungen Beteiligten.

Am Morgen des 30. April erreichte das Bataillon Hauptmann Neustrojews nach einer durchkämpften Nacht den Königsplatz (heute Platz der Republik) unter Beschuß von hinten, aus den Mauern der Kroll-Oper und vom Flakturm Zoo. Jetzt lag es sturmbereit reichlich 500 Meter dem Reichstag gegenüber. Bei der geringsten Bewegung auf dem kaum Deckung bietenden Platz schossen die im Reichstagsgebäude eingeschlossenen deutschen Kräfte Sperrfeuer. Die vom Regiment (Oberst Sintschenko) angeforderten Artillerieschläge ermöglichten immerhin einen wertvollen Geländegewinn für die sich mühsam vorarbeitenden Schützen. Trotzdem benötigte die Spitzenkompanie mit Feldwebel Sjanow sechs Stunden für die 300 Meter bis zum Gebäudeeingang. Der Bataillonskommandeur Neustrojew ließ sich nicht zum Sturmangriff verleiten. Er wollte übermäßige Verluste vermeiden. Zudem brauchte er für die zu erwartenden Kämpfe im Innern des Reichstags jeden Mann.

Hier wurde um jedes Stockwerk erbittert gerungen. Größere Wehrmachtsreste, auch SS-Angehörige, zogen sich in das Kellergeschoß zurück, wo sie sich verborgen hielten. Sie ergaben sich erst am 2. Mai, dem dritten Tag nach der Einnahme des Reichstags. Es wurden weit über zweitausend Gefangene gezählt, etwa genauso viele Tote. Auch die sowjetischen Verbände hatten an die zweitausend Kämpfer verloren. Die Namen vieler dieser tapferen Männer sind kaum bekannt geworden. Wer hat denn schon vom Gefreiten Pjotr Piatnizki gehört oder gelesen, der mit der Siegesfahne bis zum Eingang vorankroch, wo er tödlich getroffen auf der Treppe davor zusammenbrach? Wer weiß von den Taten Hauptmann Jarunews, vom Stabschef Oberleutnant Gusjew, vom Polit-Stellvertreter Leutnant Berest und vielen anderen nicht genannten Helden? Es war Leutnant Berest, der mit einer kleinen Gruppe MPi-Schützen den beiden Aufklärern Jegorow und Kantaria den unerlässlichen Feuerschutz beim Anbrin-



gen der Siegesfahne auf der Kuppel des Reichstags gab.

Was sollen da die kleinlichen Streitereien, dazu noch fraglichen, nicht bestätigten Darstellungen, ob es ein Feldwebel Minin war oder Hauptmann Makow mit seinem Trupp, die als erste auf dem Dach standen?

Oberst Lewin, der damalige Frontberichterstatter, der vor Ort die Kampfhandlungen des Bataillons Neustrojew begleitete, bemerkt hierzu, daß am 30. April an verschiedenen Stellen des Reichstagsgebäudes rote Fahnen angebracht wurden, einige in der Eile selbstgefertigt. Insgesamt wurden vom Armeestab neun Banner ausgegeben, je eines an Einheiten, die im Stadtgebiet von Berlin operierten. Sie sollten durch die Division gehißt werden, die im Kampfverlauf als erste in den Reichstag eindringen würde. Und das war die 150. Division, die diese Aufgabe dem Bataillon Neustrojew vom 755. Regiment übertrug.

Den beiden Aufklärern Michail Jegorow und Meliton Kantaria, die am späten Abend des 30. April mit der Ausführung betraut wurden, war eine Eskorte MPi-Schützen mit Leutnant Berest beigegeben. Unversehrt auf dem Dach angekommen, wollten die beiden Fahnenträger das Banner zunächst an einem Reiterstandbild befestigen. Dem Polit-Stellvertreter Berest schien dafür die Kuppelspitze geeigneter. So stiegen Jegorow und Kantaria reichliche 20 Meter auf den geborstenen Stahlträgern weiter nach oben, dabei den MG-Garben vom Brandenburger Tor her ausweichend. Die aufkommende Dunkelheit erleichterte das Vorhaben. Doch ohne den Beistand der Sicherungsgruppe wäre dieses Unternehmen wohl kaum gelungen. Das schmäler nicht den Wagemut der beiden Aufklärer.

Am kommenden Morgen versammelte sich das Bataillon im Plenarsaal aus Anlaß des 1. Mai. In einer knappen packenden An-

sprache drückte Leutnant Berest treffend die Gefühle aus, die alle Anwesenden bewegten: „Wir sind jetzt in Berlin, und der Sieg ist greifbar nahe. Vergeßt nicht diese Stunde im Sitz des deutschen Parlaments! erinnert Euch auch derer, die mit uns stürmten, aber den Reichstag nicht mehr erreichten.“

Am Abend ersuchten die im Kellergeschoß eingeschlossenen Deutschen um Verhandlungen, wollten diese aber nur mit einem General oder Oberst führen. Wieder mußte Leutnant Berest einspringen. Frisch rasiert und in einer eigens

zurechtgemachten Lederjacke übernahm er die Rolle als Oberst. Sein Kommandeur Hauptmann Neustrojew war jetzt sein Adjutant. Zusammen mit dem jungen Soldaten Prygunow, der etwas deutsch sprach und verstand, stiegen sie zu den Deutschen hinab. Diese waren bereit, sich zu ergeben, wenn die Russen den Reichstag räumen würden. Das stellte den Gipfel der Überheblichkeit dar. „Bedingungslose Kapitulation! Oder keiner kommt hier lebend heraus“, drohte Berest unmißverständlich, machte kehrt, und ging mit seinen beiden Begleitern wieder nach oben.

Kurz nach sechs Uhr am 2. Mai kamen die Deutschen dann aus dem Keller, legten am Ausgang ihre Waffen ab und begaben sich scheu blickend und gesenkten Hauptes in Gefangenschaft.

Die Annahme, daß die Wahl Kantarias als zweiter Fahnenträger erfolgte, weil er, wie Stalin, Georgier war, ist Spekulation. Weder der Kommandeur der 150. Schützendivision General Schatillow noch der Regimentskommandeur Oberst Sintschenko nahmen auf die Entscheidung Einfluß.

Sintschenko befahl lediglich dem Kommandeur der Regimentsaufklärung, Hauptmann Kondraschow, zwei geeignete Männer für diese Aufgabe auszusuchen. Hauptmann Kondraschow konnte unter tausend erfahrenen Kämpfern wählen. Er entschied sich für Jegorow und Kantaria, die beide eng befreundet waren und sich bereits bei mehreren schwierigen Einsätzen in den Straßen Berlins bewährt hatten.

Helmut Petereins, Schwepnitz

Unser Autor hat Oberst Juri Lewin, der 1995 seine Notizen als Frontberichterstatter in Buchform veröffentlichte, anläßlich des 60. Jahrestages des Sieges über den Faschismus in Swerdlowsk (heute Jekaterinburg) besucht.

Wer im Stich läßt seinesgleichen, läßt ja nur sich selbst im Stich (Bertolt Brecht)

Ein klassischer Fall von Rufmord

Die Hetz- und Haßkampagne gegen Christel Wegner ist ein klassischer Fall antikommunistischer Ehrabschneiderei. Altgediente PDS-Mitglieder müßten sich an die Rufmordkampagne gegen den Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Gerhard Riege, der in den Freitod getrieben wurde, erinnern können.

Die Methode ist ganz einfach: Profilierungssüchtige und skrupellose Journalisten folgen dem honorarträchtigen „Zeitgeist“ oder einem Auftrag von irgendeiner Seite oder irgendeinem Dienst – im Namen der Pressefreiheit.

Die Wahrheit und die Würde des Menschen bleiben auf der Strecke.

Der Vorwurf an Wegner: Ihre Worte seien ein Skandal und nicht hinnehmbar.

Was aber ist hier der Skandal? Selbst wenn Wegner gesagt hätte, was ihr angedichtet wird, hat sie nur vom Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht (niemand muß ihr folgen) und dem Pluralismus vertraut, den es in der Linkspartei geben soll (und den manche schamlos zur Zerstörung der Partei ausnutzen).

Im übrigen gilt in der Politik das „Recht“ zu lügen. Kein anderer als der ehrenwerte Konrad Adenauer hat 1961 folgendes zu Protokoll gegeben: „Es ist ja nicht alles, was ich den Bürgern sage, gelogen.“ (Chronik der Deutschen, S. 1034)

Wie wahr: Nicht alles.

Nach dem Ausflug in die Praxis von Rufmorden kommen wir zum „Fall“ Wegner zurück.

Was hat er bewiesen? Vor allem zweierlei: Erstens, daß der Antikommunismus als Doktrin und ideologischer Kitt perfekt funktioniert, und zwar von Birthler und Knabe über Pofalla und Beck bis zu Gregor Gysi. Während die einen fordern, Christel Wegner müsse das Mandat zurückgeben, erklärte Gysi, nach seiner Meinung hätten Kommunisten auf der Liste der Linken überhaupt nicht für das

Parlament kandidieren dürfen. Das ist inzwischen „Linie“.

Zweitens haben wichtige Gremien dieser Partei damit das in Beschlußform gegossen, was „Spiegel“ und „BILD“ vorgaben. Wer Bebels Wort kennt „Wenn dich deine Feinde loben ...“, weiß auch um den Umkehrschluß. (Verblüffend war für mich der Auftritt Sahra Wagenknechts, die sich oft des Begriffs der Solidarität bedient hat.) Der „Fall Wegner“ bewies einmal mehr, daß manche Linke völlig unhistorisch an die DDR-Vergangenheit herangehen. So trompetete Ulrich Maurer, Westkoordinator der Partei „Die Linke“ und zuvor SPD-Fraktionsvorsitzender im baden-württembergischen Landtag: „Wer Mauerbau und Stasi gut findet, kann uns nicht im Parlament vertreten.“ Beides ist Vergangenheit. Beides kann (aus subjektiver Sicht) als gut oder schlecht empfunden werden. Aber die Geschichte bewegt sich nicht als Widerspruch von Gut und Böse (außer in den Reden von Bush und Co.), sondern als Kampf von Klassen. Und in diesem Kampf hatten Mauerbau und Staatssicherheit ihre (irdischen) Ursachen, ihren Platz und ihre Funktion. Was die „Verbrechen“ der Staatssicherheit betrifft, bestanden sie vornehmlich darin, Kriegstreiber und Ausbeuter nicht zum Zuge kommen zu lassen. Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches begehen zwar viele westliche „James Bonds“, Mitarbeitern der Staatssicherheit wurden sie aber nicht nachgewiesen, weil es sie nicht gegeben hat. Das durfte sogar der Bundestag am 13. Dezember 2007 zur Kenntnis nehmen (zumindest jene Abgeordneten, welche den Rehabilitierungsbeschluß gelesen haben).

Der Ablauf läßt verallgemeinernde Schlußfolgerungen zu: Wer nicht wie Maurer urteilt und bei den Worten „Stasi“ und „Mauer“ sofort in die Knie geht, wird von eigenen Leuten den bürgerlichen Medien zum Fraß überlassen. Deren Macher aber wissen sehr genau, wie der Pawlowische Reflex funktioniert.

In der Kampagne gegen Christel Wegner ergriff auch der Chefredakteur des ND – einer, wie es heißt, sozialistischen Tageszeitung – das Wort. Das Auftreten von Jürgen Reents zeigte, welches Ausmaß der Skandal um einen Sitz im niedersächsischen Landtag inzwischen angenommen hatte. Bei Reents ist mancher kuriose Satz zu finden, z. B.: „Im Grunde ist niemand erschrocken, sondern höchst erfreut, daß endlich ein abwegiges und törichtes Klischee geliefert wurde, mit dem man die Linken zu verhaften wünscht.“ Niemand ist erschrocken, aber niemand ist erfreut? Geht das? Handeln ohne Subjekt? Deutsch ist eine schwere Sprache, selbst für einen Chefredakteur ...

Wer wünschte warum welche Linken zu „verhaften“? Hätten es Birthler, Knabe und Co. lieber, „wenn Gysi, Lafontaine, Rame-low, Maurer, Pau und alle anderen eine Hintertür in eine doktrinäre Vergangenheit offengelassen würde?“, fragt Reents.

Kann es eine „doktrinäre“ Vergangenheit überhaupt geben? Ist „doktrinär“ schon ein Stempel, der einen objektiven Verlauf bewerten soll?

Was auch immer noch folgen mag: Der Rufmord an Christel Wegner wird genauso in die Geschichte eingehen wie andere Unklugheiten dieser Art.

Prof. Dr. Horst Schneider

DIE LINKE.

Die besten Hamburger Wahlergebnisse wurden mit Unterstützung der DKP erreicht

in St. Pauli (15,2%),
St. Georg (10,2%),
Hamm-Süd (11,8%),
Billbrook (15,9 %),
Veddel (10,3 %),
Altona-Mitte (13,7%),
Altona-Nord (13,4%),
Schanze (16,2%),
Dulsberg (11,6%),
Ottensen (10,6%)



Die Enten-Zucht der bürgerlichen Medien

Aus: „Proletären“, Göteborg

Basisorganisation Friedrichroda der Partei „Die Linke“ verurteilt Ausgrenzungen Respekt vor Andersdenkenden

Den nachfolgenden Brief haben wir als Reaktion auf den Ausschluß von Christel Wegner auf unserer Basisversammlung diskutiert und beschlossen. Wir wollten damit einen Beitrag zur innerparteilichen Diskussion über Demokratie und zum solidarischen Umgang der Linken miteinander leisten. Dazu wurde der Brief an die „junge Welt“, das ND, den Bundesvorstand der „Linken“, den Landesvorstand der „Linken“ in Thüringen und Niedersachsen und auch an Christel Wegner selbst geschickt. Der Bundesvorstand teilte uns mit, all unsere Argumente seien nichtig und wir hätten keine Ahnung von den großen Zusammenhängen. Da fühlt man sich glatt in alte Zeiten versetzt und fragt sich, ob das nun das neue und mehr demokratische Herangehen im Umgang mit Problemen in dieser Partei sein soll. Ja wohl kaum! Ich hoffe nun im Namen meiner Genossen und unserer Sympathisanten, daß wenigstens der „RotFuchs“ unseren Brief abdruckt. Genossen!

Mit Entsetzen und zunehmender Wut nehmen wir das Verhalten unseres Parteivorstandes und der Fraktion der Linken im niedersächsischen Landtag gegenüber der gewählten Abgeordneten Christel Wegner zur Kenntnis. Nicht nur, daß bereits vor Ausstrahlung ihres Interviews und ohne Kenntnis seines Inhaltes eine Vorverurteilung von Genossin Wegner stattfand, zusätzlich hat man sich auch noch dazu entschlossen, sie aus der Fraktion des Landtages auszuschließen. Das ist nicht nur Mißachtung des Wählerwillens, sondern zugleich auch Ausdruck ausgemachter politischer Dummheit!

Das Land, in dem wir leben, ist antikommunistisch bis in die Knochen, von Altfaschisten mitgegründet.

Es hat sich seitdem nicht geändert. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten hassen und fürchten uns und werden alles tun, um uns zu zersplittern und politisch unbedeutend zu machen. Das hat der Umgang mit uns seit 1989 gezeigt und ist der Grund für das verstärkte „Medieninteresse“ vor und nach den für uns erfolgreichen Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg. Genau in dieses Bild paßt dann auch die „Panorama“-Sendung, in der über ein Wiedererstarken der Kommu-

nisten (DKP) und die Unterwanderung der Partei Die Linke durch diese schwadroniert wird. Und Ihr kriecht Ihnen auf den Leim! Wem nützt es, wenn wir Linken uns zersplittern und streiten, wenn wir unsere Fraktionen klein machen und unsere gemeinsame Schlagkraft verringern? Wir sind die Linke, die mit einem breiten Spektrum der Gesellschaft zusammenarbeiten will. Schaut mal in unsere Programmatik mit wem alles! Schon vergessen?

Und nun prügeln wir auch noch die, die uns am nächsten stehen.

Christel Wegner hat ein paar einfache Wahrheiten gesagt: Die Mauer war aus ökonomischen Gründen errichtet, und jeder Staat braucht ein Organ, mit dem er

sich schützt. Und das, Genosse Gysi, ist kein Schnee!

Oder habt Ihr in Berlin, Meck-Pom und Sachsen-Anhalt sofort nach unserem Regierungseintritt den Versuch unternommen, den Verfassungsschutz oder den MAD aufzulösen? Sollten wir jemals in diesem Land zu Regierungsverantwortung kommen, werden wir, und da wette ich heute schon 100 : 1, genau so einen Aufklärungs- und Schutzdienst haben, wie immer er dann auch genannt wird. Und wenn beim nächsten Mal Presseerklärungen veröffentlicht werden, laßt Euch bessere Gründe einfallen. Denn wenn wir Respekt vor Andersdenkenden haben, dann auch vor Christel Wegner.

Und von diktatorischen oder gar stalinistischen (was immer das auch sein soll) Mitteln war in der gesamten Sendung nie die Rede.

Das ist ja wohl eher die Ankündigung des Genossen Ramelow, in Cottbus werde ein Beschluß gegen die Kandidatur von Mitgliedern anderer Parteien auf unseren Listen gefaßt. Seid Ihr sicher, daß es auch so kommt?

Wir wissen, wo wir herkommen, auf welcher Grundlage wir stehen und was wir in einer zukünftigen Gesellschaft erreichen wollen. Gewiß nicht durch Transformierung und programmatisches Wischwaschi. Wir haben genug SED-Erfahrung, um zu wissen, wann man uns gängeln will. Gefällt Euch das nicht, dann erinnert Euch an das (hier leicht abgewandelte) alte Brecht-Wort: „Sollte das Parteivolk dem Vorstand nicht passen, muß er sich eben ein neues wählen.“

Beschlossen von den Genossen und Sympathisanten der Basisorganisation Friedrichroda/Thüringen

Mit sozialistischem Gruß
Heiko Kreßin



Auf Einladung der Basisorganisation der Partei Die Linke Eggesin (Kreis Peene-Uecker-Ryck/Pasewalk-Ueckermünde) beantwortete „RotFuchs“-Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger Fragen der Genossinnen und Genossen zu innenpolitischen und internationalen Problemen. An dem freimütigen, kameradschaftlichen und solidarischen Meinungsaustausch nahmen der Kreisvorsitzende und der Kreisgeschäftsführer der PDL teil.

Foto: Armin Neumann

Was mir nach einer PDL-Beratung so durch den Kopf ging Nur ein böser Traum?

Kürzlich habe ich in Berlin als Gast an keiner Veranstaltung der Partei Die Linke (PDL) teilgenommen. Genauer gesagt: Es handelte sich um die Tagung des Bundeskoordinierungsrats der Kommunistischen Plattform der PDL. Parteimitglieder aus ganz Deutschland waren angereist. Heftig diskutiert wurden angesichts der aktuellen Lage auch der Streitfall Christel Wegner und das Verhältnis der Partei zu Kommunisten außerhalb und innerhalb der selben. Es wurde sehr prinzipiell debattiert, denn schließlich steht ja demnächst ein Parteitag vor der Tür. Dabei hätte es sich gelohnt, mitzuzählen, wie oft das Wort „Stasi“ fiel, immer mit dem bekannten Igitt igitt igitt-Akzent. Ein von draußen mitgebrachter Beschlußantrag, der Solidarität speziell mit Christel Wegner zum Ausdruck bringen sollte, erwies sich trotz kontroverser Diskussion als nicht mehrheitsfähig. Beschlossen wurde stattdessen ein ganz allgemeines Bekenntnis zur Solidarität zwischen marxistischen Kräften. Der Zuwachs antikommunistischer Positionen innerhalb der Partei, besonders in deren führenden Kreisen, war unstrittig.

In der Nacht darauf habe ich geträumt. Solche Träume können bekanntlich Ausschnitte der realen Gegenwart, Erinnerungen an Vergangenes bis hin zu Sentenzen aus den Märchen der Kinderzeit, eigene Wünsche und Ängste, auch manches Groteske bunt miteinander vermischen. Und viele versuchen auch, solche Dinge zu deuten. Denen, die das bei meinem Traum wollen, muß ich ihn aber zuerst erzählen.

Ich wollte zurück in die PDL, der ich angehörte, als sie noch PDS hieß. Das war aber nicht so einfach. Da gab es jetzt vorher eine Eignungsprüfung. (Eine solche hatte ich einst vor der Aufnahme meines Studiums ablegen müssen. Daher war mir wohl der Begriff geläufig.) Offiziell hieß sie „Vereinbarkeitstest“. Man hatte mir irgendwie großzügig erlaubt, vor der eigenen Inaugenscheinnahme bei dem eines anderen, auch nicht mehr ganz jungen Kandidaten zu hospitieren. Ich war zugegen und doch auch nicht dabei. Mir war, als schwebte ich über der Szene.

Für diese Prüfung gab es ein vorgeschriebenes Ritual: „Drei Fragen auf Ehre und Gewissen“. Diese standen fest, waren ganz weit oben

beschlossen worden. (Etwas Namensgleiches haben wir als Halbwüchsige praktiziert, um manchen von uns mal so richtig in Verlegenheit zu bringen. Damals waren die Fragen allerdings freigestellt.)

Die Prüfung erfolgte vor einer großen Kommission. Da saßen sie: die größten, weisesten und auch mächtigsten Köpfe in der Partei, Vertreter ehrenwerter Gremien und der bundesweiten Zusammenschlüsse. Es waren viele. Sie hatten sich in amphitheatrischer Breite und abgetreppt wie ein Parteitagspräsidium plaziert, und davor stand der Kandidat wie ein einsames Pflänzchen.

Der oberste Kommissar ließ einen Hupton erschallen, um das Gewispere und Gerenne unter seinen Mitstreitern zu beenden. Er stellte dem Bewerber die erste Frage: „Willst du die DDR zurückhaben?“ Jener antwortete: „Ja!“ Der Kommissar stieß nach, mit einem drohenden Grummeln in der Stimme: „Warum?“ Der Kandidat: „Sie war der bessere deutsche Staat, viel friedensengagierter und auch sozial viel gerechter als der andere. Was ich nicht wiederhaben will, ist eine BRD neben unserer DDR. Die hat uns 40 Jahre lang gestört, behindert, verleumdet, geschadet und geschwächt, damit sie uns dann besser

fressen konnte.“ (Ich habe gestaunt, daß es offenbar wirklich nichts Unpolitisches gibt, selbst „Rotkäppchen“ ist Agitprop.) Der Kandidat begann DDR-Errungenschaften aufzuzählen und mit dem Heute zu vergleichen, einst reale, inzwischen aber verlorene als Gedankenblitze im Tempo eines Großcomputers an ihm vorüber: ein Leben ohne Kapitalisten, keine Arbeitslosigkeit, ein Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit, gleiche Bildungschancen für alle, ein zuverlässiges Gesundheitswesen ohne finanzielle Lasten, eine lebensfrohe und optimistische Jugend, Fortschritte bei der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, ein vom Wahnsinn der Vermarktung freies und entwickeltes kulturelles Leben ... Der Oberprüfer winkte ab, murmelte etwas von Nostalgie und verkündete: „Das werden wir gleich mit der zweiten Frage klären.“

Die folgte auf dem Fuße: „Und was hältst du von der Stasi und ihrem Spitzel- und Überwachungsapparat?“ Der Prüfling überlegte nicht lange, sah dem Oberkommissar ins Gesicht und sprach: „Sie war notwendig, denn hätten wir sie nicht gehabt, wären uns die heutigen Verhältnisse mit ihrer sozialen Schieflage und all

den anderen Gebrechen vielleicht schon 30 Jahre früher übergestülpt worden. Ich wußte, daß sie da war, habe mich aber durch sie nie bedrängt oder beschattet gefühlt, sondern immer nur bewahrt und beschützt und behütet. Wer sich überwacht und bespitzelt empfand, hatte wohl G r und dazu und ein schlechtes Gewissen gegenüber seinem Land und der Gesellschaft. Das sollten wir nicht vergessen.“

Ein hörbares Schnaufen ging durch die Kommission. Etliche schienen auch schamhaft ihre Blicke zu senken. Die dritte Frage kam im Stil eines Inquisitors: „Wie findest du die Kommunisten und das, was sie vertreten? Findest du das gut?“ Da sagte der Kandidat nur einen Satz: „Mit Antikommunismus gibt es keinen Sozialismus.“ Schon schlug der oberste Kommissar mit der Faust auf den Tisch, daß es nur so krachte. „Völlig unvereinbar!“, schrie er mit hochrotem Kopf und überschnappender Stimme. „Dreimal völlig unvereinbar!“ Und noch einmal knallten seine Fäuste auf die Platte. „Abgewiesen“, zischte er, und jetzt hämmerte die Mehrheit der Kommission applaudierend

auf die Pulte.

Erwachend träumte ich den Traum zu Ende. Noch in der Szene riet ich mir, meinen Antrag doch lieber ganz schnell und vor dem großen Examen wieder zurückzuziehen. Dann fuhr draußen ein Auto los, und ich atmete erst einmal tief durch.

Wolfgang Mäder



Die rote Fahne am 1. Mai (H. Baluschek, um 1898)

Förderverein und Redaktion grüßen alle
Genossinnen und Genossen, alle Freunde und
Mitstreiter herzlich zum 1. Mai, dem Kampf-
und Feiertag der Werktätigen der ganzen Welt!

Vom Nutzen

Wenn ich ... meine Meinung gesagt,
deutlich nachgefragt.
Gezeigt, was ich gedacht,
nicht nur höhnisch gelacht.
Das Richtige versucht,
statt heimlich geflücht.
Die Faust nicht nur geballt,
sondern auf den Tisch geknallt.
Wenn ich ...
mich gewehrt,
die Sache kritisiert,
mich empört,
gar rebelliert ...
Was hätt' es denn gebracht?
Ich steh' jetzt da,
ich feiger Tor,
bin klüger, als ich war zuvor,
ich sag' es jetzt,
laut sag' ich's nun:
Der Nutzen war gewesen:
es zu tun!

Malte Kerber

Danach

Stille,
die uns trifft.
Laute Blicke fragen.
Wortberg schweigt auf beredtem Tisch:
Tabula rasa du denkst,
Tribunal,
das den Stab über dich bricht
und dem,
was du uns gegeben hast.
Uneinsichtig du bleibst
und bläst das Horn der Bitterkeit:
„Hab ich mich etwa geschont?
Muß ich mir sagen lassen ...?
Nein,
euer Weg ist meiner nicht.“
Noch heftiger straft uns dein Rücken,
als du gehst.
Kein Schmettern der Tür begleitet dich,
doch auch kein Gruß,
der Brücken baut einer Zuversicht,
die kommt aus geballter Faust.
Und:
Immer noch haderst du,
grollst aus steinernem Rest,
der in dir frißt,
der dich wegführt von uns,
auf die Seitenpfade des Alleinganges,
zu den Kissen des müden Mutes
und des Zweifels an dem,
was unser ist
und geschehen muß.

Das sind Stücke der Torheit,
Launen grauhaariger Kinder,
die Riesen zu Zwergen schreiben.
Ja, auch dich.
Die uns in die Winzigkeit hinabwerfen,
in die Ohnmacht der Niederlagen,
aus der wir
wieder
und
wieder
kommen.

Rudi W. Berger

Zeitgedanken

Über die unlängst vergangenen Zeiten
läßt sich auch heute trefflich streiten.
Die Historiker verdienen damit ihr Brot,
zu forschen vom Urknall bis zum Tod.
Stets von neuem stellt sich die Frage,
was ist Wahrheit, was Lüge, was Sage?

Sie beschreiben, wie sich die Erde dreht,
wie sich Leben entwickelt, wie es vergeht,
wie Menschen sich lieben und sich hassen,
oder Güter der Völker sinnlos verprassen,
wie Macht und Profit die Zeit bestimmt
und Krieg uns die Luft zum Atmen nimmt.

Um die Wahrheit ist es schlecht bestellt
in der am Gewinn orientierten Welt.
Erlebte Geschichte, ob in Ost oder West,
wird nun in ein neues Raster gepreßt.
Da wird verdreht, erfunden, verbogen,
Erfahrung negiert und bewußt gelogen.

Die Geschichte der Welt als Wissenschaft
ward längst von der Politik hinweggerafft.
Sozialismus bleibt eine Realität
wenn mancher das heute auch nicht versteht.
Er wird verleumdet und verächtlich gemacht,
die Wahrheit verdreht und das mit Bedacht.

Ausgelöscht soll er sein für ewige Zeiten,
nur, um dem Kapital den Weg zu bereiten.
Ganze Heerscharen sind dazu angetreten
und hetzen und keifen, lügen und beten.
Das Wort Freiheit führen sie stets im Munde
und sind selbst mit dem Teufel im Bunde.

Schon bald werden wir aller Welt beweisen,
Sozialismus zählt nicht zum alten Eisen.
Wenn Menschen und Völker sich neu besinnen,
dann gibt es fürs Gestern auch kein Entrinnen.
Nur gemeinsam wird uns das Werk gelingen,
unserer Welt eine neue Zukunft bringen.

Eberhard Voigtmann

Was immer in der Welt geschieht ...

Was immer in der Welt geschieht,
ob der Weizen blüht,
Wirken und Denken
das Leben bestimmt,
ob uns den Atem nimmt
die große Liebe:
Es wird vorausgesetzt,
der brave Mensch
denkt nicht zuallerletzt
auch an sich selbst.

Vielleicht ist es Schutz,
ganz ohne Eigennutz
fehlt es an Schwung
zum Sprung
über das eigene Feld.

Doch ohne aufs Ganze
gerichtet den Blick
sich im Glanze
vom eigenen Glück
endlos zu sonnen
war gar nichts gewonnen.

Hoch da oben
abgehoben
bleibt der Mensch nicht schwindelfrei!
Könnte es sein,
man sähe das ein
und lebt auf der Erde
das SEIN und WERDE
für sich nicht allein?

Käthe Seelig

Winkelzüge

Ob Müller, Meier, Schulze, Krummwinkel,
ob armer Schlucker oder feiner Pinkel,
ob brave Eheleute oder Einzelgänger,
ob Bankboß, Rentner, Opernsänger,
zur Steuerkasse werden sie gebeten
mit ihren ach so überflüssigen Moneten.

Die Menschen, die findigen, die schlaunen,
die sind gewohnt, sich erst mal umzuschauen,
bevor dem Staat sie die Penunze bringen,
es könnte doch noch irgendwie gelingen,
an ihm vorbei die Kohle gut zu bunkern,
und, statt zu blechen, lieber mal zu flunkern.

Man kann's den Leuten wirklich nicht verdenken:
dem Moloch Staat die eignen Kröten schenken?
Tut der sie nicht in Militäreinsätze stecken,
derweil Millionen weltweit am Verrecken?
Warum mit Steuern Bankenpleiten hindern,
statt sie zu geben armen Kindern?

Nun muß der BND schon Fahnderdienste leisten,
um Steuersündern, den besonders dreisten,
hinter Tricks und auf Schliche zu kommen,
den zahlungskräftigen Betrügnern, scheinbar frommen.
Ihr wahrer Gott soll Mammon heißen,
um dessen Gunst sich alle reißen.

Wird je ein Haar gekrümmt solch' Herren?
Wird man sie ins Gefängnis sperren?
Sie können mit Peanuts den Anwalt bezahlen,
sich freikaufen und vom Rechtsstaat prahlen,
sie werden als Sieger zwei Finger erheben,
als „Leistungsträger“ über dem Volke schweben.

Warum sich nur geben solch' dumme Blößen,
die Steuerprobleme lassen sich lösen.
Für Krummwinkels gibt es nur hämische Lacher,
wie weiland so manche Werbespot-Macher.
Deutsche Promis in ihren Steuerparadiesen,
kann der Kapitalflucht-Vorwurf niemals verdrießen.

G. Karzer

Selbstsuggestion

Leben ist Kampf und Kampf ist Leben.
Geh' ich auch einmal daneben,
nicht die ausgetretne Spur,
immer nur neue Wege, neue Weiten,
neue Grenzen überschreiten.
Ist der Gipfel dann geschafft,
wächst die Kraft!
Nein, ich will nicht unterliegen,
lasse mich nicht kleiner kriegen!
Muß ins Tal ich wieder gehen,
werd' ich neue Gipfel sehen!

Lydia Kuhnt

Häßliches aus meiner schönen Stadt Schwerin

Wo der Filz regiert

Die Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern ist landschaftlich einmalig schön gelegen. Sie wird von sieben Seen umschlungen. Die Luft ist noch einigermaßen klar. Das Schloß bestimmt die Konturen. Es ist als museale Einrichtung ein kulturelles Zentrum, zugleich auch Sitz der Landesregierung. Das Staatliche Museum birgt und zeigt Kunstschätze aus aller Welt, vor allem aber eine der umfangreichsten deutschen Sammlungen holländischer Meister. Zum historisch-kulturellen Ensemble gehört das Mecklenburgische Staatstheater, das mit spektakulären Inszenierungen seit Jahrzehnten auf sich aufmerksam macht, zu den meistbesuchten Bühnen in Deutschland gehört und in den letzten Jahren durch meisterhafte Sommerfestspiele mit Verdi- und Puccini-Opern in der Welt bekannt wurde.

Es könnte also alles so schön sein, ja, wenn die Stadt nicht in den letzten Monaten unrühmlich in die Schlagzeilen geraten wäre. Der Hungertod eines fünfjährigen Mädchens ging als Nachricht um die Welt und förderte Schlamperei, Peinliches und Parteienfilz zu Tage. Kurz vor dem Geschehen war der junge Stadtpräsident geschäftet worden, weil er seinen Laptop als Pfand bei einer Prostituierten hatte stehen lassen.

Schon damit begann ein monatelanges Gerangel der Stadtvertreter aller Parteien, durch das kein Problem gelöst wurde.

Nach umfänglichen Recherchen gepaart mit Vertuschungsmanövern wurde es immer klarer: Es ist was faul im Leitungsteam. Der schon ohne diese Affäre als unfähig bekannte Dezernent für Kultur- und Jugendfragen, jahrelang durch den CDU-Filz hofiert und gestützt, sollte nun sein Ränzlein schnüren. Alle wußten Bescheid, was für ein Typ er ist. Es mußte erst ein Kind verhungern, ehe es für den aus dem Westen importierten „Politiker“ ernst wurde. Doch wie ernst? Am 25. Februar sollte er mit den zuvor eingeholten Unterschriften von 33 der 41 Stadtvertreter abgewählt werden. Er wäre weicher als weich gefallen. Drei Monate garantierte man ihm noch das volle Gehalt, bis 2010 dann monatlich 3000 Euro „Stütze“ aus Steuergeldern.

Bei der erwarteten Abwahl, die schnell für geheim erklärt wurde, stimmten nun plötzlich nur noch 23 Mandatsträger für das von der Bevölkerung vorausgesetzte Ergebnis. Anders gesagt: Der Mann bleibt im Amt. Er fand kein Wort des Bedauerns. Wozu auch, das „C“ im Namen seiner Partei scheint schon lange nichts mehr mit christlicher Ethik zu tun zu haben.

Vielleicht muß erst wieder ein Kind verhungern, oder hat der Dezernent Leute aus seiner Partei wie Böhmer im Rücken, die nach fast 20 Jahren alles noch der DDR in die Schuhe schieben?

Ähnlich wird es Schwerins „Pech“-Marie, dem ebenfalls aus dem Westen nach M-V delegierten Oberbürgermeister ergehen, der Dank seines CDU-Mitgliedsbuch die Stadt schon seit Jahren am Rande der



Diese Tafel ist den Bilder- und Schilderstürmern nicht zum Opfer gefallen. Foto: Sabine Bliesmer

Zahlungsunfähigkeit mit leeren Versprechungen bei Laune hält. Fast jeden Tag sieht man ihn in der Zeitung – auf Empfängen und Festlichkeiten, jedoch kaum bei der Kultur, im Theater oder Konzert. Nachts läßt er ganze Straßenzüge ob der miesen Schweriner Finanzlage lahmlegen. Wie in Nachkriegszeiten ist es in einem der reichsten Länder der Welt dann zapenduster. Eine Einladung für zwielichtige Gestalten, die bei uns wahre Orgien feiern.

Nun sollte ein Bürgerentscheid dem Treiben des OB ein Ende setzen. Der Aufschrei seiner Parteigänger war groß. Damit geschehe ein nicht wiedergutzumachendes Unrecht. Man wundert sich, daß noch kein helfendes Wort der Kanzlerin kam. Es ist damit zu rechnen, daß die Stadtvertretung auch in diesem Falle eine Willensbekundung der Bürger zu verhindern weiß.

Die täglich bröckelnde politische und moralische Kultur in Deutschland, die Diktatur des Geldes führen das Volk in die Katastrophe.

Kein politisches Feld bleibt hier ausgespart. Der Ex-Wirtschafts- und heutige Verkehrsminister in Mecklenburg-Vorpommern kommt aus Bayern und der SPD,

ein weiterer Westimport. Der im Volksmund bereits als „Mr. Bänderschnitt“ bekannte Mann drängelt sich überall ins Bild, wo es einen neuen Straßenabschnitt zu befeiern gibt. Hinsichtlich des vor kurzem ruinierten CD-Werks in Dassow, dessen Ende Hunderten dort beschäftigt Gewesenen das Aus brachte, wußte der Minister schon seit Jahren „von zweifelhaftem Finanzgebaren im Betrieb“.

Das berichtete die „Schweriner Volkszeitung“. Der Mann hat bereits andere Förderruinen auf dem Gewissen. Doch von all dem läßt er sich in seinem Politertainment nicht beirren. Leute dieses Schlages kleben halt an ihren Posten. Zu gehen haben die Arbeiter.

M-V fällt spätestens seit den letzten Landtagswahlen deutschlandweit auf, weil es offensichtlich den höchsten Anteil Irreführter besitzt. Diese haben die faschistische NPD mit 7 % hoffähig gemacht. Unter Führung noch eines Westimports stellen sich die stahlharten Braunbarden als Retter der Nation dar, leugnen den Holocaust und können sich vor allem in zurückgebliebenen und armen Landkreisen profilieren, also dort, wo das Licht im Tunnel längst erloschen ist. Nach der Wahl erzählte mir ein Siebzigjähriger in Anklam, er habe sich für die NPD entschieden, da ihre Volksvertreter die einzigen seien, die den Wegfall von Versorgungseinrichtungen

auf dem Lande wie Postfilialen, Dorfläden und Schulen sowie die katastrophale Versorgungslage auf medizinischem Gebiet kritisiert hätten. „Die Jungs haben versprochen, dagegen etwas zu tun, deswegen habe ich ihnen meine Stimme gegeben“, sagte der Alte und zündete sich seine Pfeife an. Er sieht sein tägliches Umfeld in diesem Land verrotten und fällt auf die Demagogie der Nazis herein.

Als ich unlängst einen Termin beim Augenarzt erbat, wurde mir versichert, der Doktor habe 43 000 (!) Menschen seines Einzugsgebiets zu betreuen und sich deshalb ein neues Bestellsystem ausgedacht. Termine würden nur noch am Monatsersten von 8 bis 9 Uhr vergeben. Dann stünden endlose Schlangen im Treppenflur. Man sollte Ulla Schmidt, den überregionalen Westimport, fortan jeden Monat in diese Schlange stellen, damit sie begreift, welche Segnungen uns ihre „Gesundheitspolitik“ beschert hat und wie die Gelddiktatur das Leben der kleinen Leute immer unerträglicher macht.

Doch das geht über Schwerin hinaus, wo es ja – wie ich eingangs betonte – sonst sehr schön ist.

Dr. habil. Hans-Jürgen Audehm

Was hinter dem „Lissabonner Vertrag“ der EU steckt Merkels zweiter Anlauf

Die Spitzen der Europäischen Union konnten aufatmen. Der sogenannte Lissabonner Vertrag, der im zweiten Anlauf zustandekomme Ersatz für die an den Volksentscheiden in Frankreich und den Niederlanden gescheiterte EU-Verfassung, ist unterzeichnet. Ein neuerliches Debakel soll vermieden werden, indem nur die Parlamente, mit Ausnahme Irlands, eine Ratifizierung durchführen. Der Öffentlichkeit in den europäischen Ländern bleiben Inhalt und Ziele somit weitgehend verborgen! Daß der Gedanke eines „Vereinigten Europas“ keinen Neuheitsgrad besitzt, sondern schon zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts durch die Köpfe verschiedener Politiker geisterte, beweist Lenins Schrift vom August 1915 „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“.

Nun erklären „Linke“ unterschiedlicher Färbung im Brustton der Überzeugung: Wir sind nicht gegen eine europäische Vereinigung, sie muß nur etwas sozialer und demokratischer sein. In der Ausgabe 1/2007 der Zeitschrift „transform! Europe“ schreibt André Brie: „Die europäische Integration hat eine epochale historische Leistung vollbracht: Sie hat nach Jahrzehnten entsetzlicher kapitalistischer Kriege den Frieden zwischen den beteiligten Staaten gesichert.“

Falls dieser Rechtsaußen seiner Partei die unmittelbar zur EU gehörenden Staaten meint, dann stimmt das insoweit, als diese nicht in militärische Konflikte miteinander verwickelt waren. Ansonsten ist es eine demagogische und wahrheitswidrige Behauptung! Die EU und deren Mitgliedsstaaten haben unter maßgeblicher Beteiligung der BRD völkerrechtswidrige Kriege auf dem Balkan geführt und letztlich die auf Geheiß Washingtons erfolgte Herauslösung des Kosovo aus dem serbischen Staatsverband mitveranlaßt. Sie beteiligen sich an den Aggressionen des Pentagons und der NATO in Irak und Afghanistan.

Brie verschweigt, daß es in der EU starke Bestrebungen zu forcierter militärischer Aufrüstung gibt, um die „Gemeinschaft“ zur Führung eigener Interventionskriege zu befähigen – neben, mit oder außerhalb der NATO. Es geht darum, die Interessen des europäischen Finanz- und Großkapitals selbständig durchsetzen zu können. Die Militarisierung der EU wird konsequent vorangetrieben.

Schon Lenin schrieb in dem bereits erwähnten Artikel: „Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel zur zeitweiligen Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts als Krisen in der Industrie ... (der Wirtschaft und der Finanzmärkte) ... und Kriege in der Politik.“

Die Tatsache, daß die Differenzen zwischen den einzelnen Staaten der EU bisher noch nicht auf militärische Weise ausge-

tragen wurden, bedeutet keineswegs, daß das auf ewig so bleiben muß.

Die sogenannte Osterweiterung der EU hat einerseits deren „Kernländern“ außergewöhnliche Expansionsmöglichkeiten erschlossen und andererseits die „einheitliche Union“ in reiche und arme Länder geteilt.

Das zeigt sich nicht nur am unterschiedlichen Niveau des in den einzelnen Volkswirtschaften erzielten Bruttosozialprodukts, sondern auch beim durchschnittlichen Jahreseinkommen von Vollzeitbeschäftigten. Laut Statistischem Jahrbuch der BRD für das Ausland (2004) betrug dieses in Lettland nur 9,6 %, in Tschechien 14 %, in der Slowakei 10,4 %



Erkenntnis in Frankreich: Ein anderes Europa ist möglich!

und in Slowenien 29,5 % des in der BRD erreichten. Wen wundert bei solchen Extra-Profiten der Umzug von NOKIA aus Bochum nach Rumänien?

Haben die Linken im Rahmen des „Vereinigten Europas“ irgendwelche realen „Gestaltungsmöglichkeiten“? Die Entscheidungen trifft der EU-Ministerrat. Bei den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten liegt das letzte Wort. Deren vorerst noch einstimmig zu fassende Beschlüsse erlangen de facto Gesetzeskraft. Die Kommission als ausführendes Organ hat sie dann umzusetzen. Alle beteiligten Regierungen vollstrecken in ihren Ländern den politischen Willen der jeweiligen Unternehmerverbände und des Finanzkapitals. Der Kurs ist damit vorgegeben.

Und das EU-Parlament? Es dient in erster Linie als Feigenblatt für die undemokratischste und bürokratischste politische Konstruktion in der europäischen Ge-

schichte. Diese ist nicht aus der historischen Entwicklung der europäischen Völker und Staaten hervorgegangen, sondern wurde mit den „Römischen Verträgen“ künstlich geschaffen, um der Großbourgeoisie – besonders dem Kapital der BRD und Frankreichs – mehr Raum für ihr „gesamteuropäisches Projekt“ zu verschaffen.

Abgesehen davon, daß das EU-Parlament kein Recht zu eigenen Gesetzesinitiativen hat, besitzt es auf so entscheidenden Feldern wie der Steuer- und Außenpolitik sowie bei Polizei und Militär betreffenden Fragen kein Mitbestimmungsrecht, sondern lediglich das „Recht der Anhörung“.

Die Linke kann also nur über eine breite außerparlamentarische Massenbewegung und entsprechende parlamentarische Aktivitäten, dort, wo sie wie in Portugal und Griechenland, hinreichend stark ist, Druck auf die jeweiligen Regierungen ausüben, um ihnen mehr Demokratie, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Transparenz abzutrotzen.

Die derzeitige Zusammensetzung des EU-Parlaments schützt die Herrschenden zusätzlich vor unliebsamen Überraschungen. Die überwiegende Mehrheit bilden Abgeordnete, die den Kurs der jeweiligen Regierungen mittragen. Die auch im „Lissabonner Vertrag“ festgeschriebenen Grundprinzipien der absoluten Freiheit des Kapital- und Warenverkehrs, der Freiheit der Wanderung der Arbeitskräfte, der Freiheit der Niederlassung und der Dienstleistungen im „europäischen Binnenmarkt“ sind mehr als eine Freihandelszone!

Besondere Anstrengungen werden durch die EU unternommen, um die Expansionsgelüste der Mitgliedsländer in Richtung Afrika, Asien, Karibik und pazifischer Raum zu lenken. Letztlich geht es um neue Kolonien. Die BRD, Frankreich und Großbritannien – die ökonomischen Schwergewichte der EU

– entdecken plötzlich ihr Herz für eine „Partnerschaft mit Afrika“. Dazu wurde 2007 der berühmte „EU-Afrika-Gipfel“ inszeniert. Es geht um „bilaterale Abkommen“ zur Sicherung des Rohstoffzuflusses für die großen Konzerne. Vor allem Erdöl, Erdgas und Erze stehen zur Debatte. Die afrikanischen Länder sollen ihre Märkte „im Gegenzug“ für die europäische Industrie, Ausrüstungen, Technologietransfer und Konsumgüter öffnen. Nicht unerhebliche Mittel fließen in Ausbildung und Ausrüstung polizeilicher oder militärischer Kräfte. Auch dieser „Export“ ist als „Entwicklungshilfe“ getarnt.

Die militärpolitischen Entwicklungsziele der EU, der Ausbau einer eigenen „Schnellen Eingreiftruppe“ runden das Bild dieser Kommandozentrale des aggressiven europäischen Groß- und Finanzkapitals nur noch ab.

Klaus Baunack

Ein Berliner RF-Leser wirft interessante Fragen auf Sozialismus – so oder so?

Es gibt viele Gründe, sich mehr denn je mit dem Sozialismus in Theorie und Praxis zu beschäftigen.

In einer Befragung halten Schüler Herr Kohl für einen sozialistischen Politiker und wissen sonst auch recht wenig von Geschichte und aktuellem Geschehen. Die SPD hat sich mit ihrem Hamburger Programm – offenbar aus taktischen Gründen – wieder rosa eingefärbt und auf den „demokratischen Sozialismus“ zurückverlegt. Die entsprechenden Passagen bringen typisch sozialdemokratische Positionen zum Ausdruck. Mehr als das war ja auch nicht zu erwarten. Es geht allein um ein bißchen Kampfgetöse zum Erhalt des sozialen Gefüges in der BRD und um Wahlkampf vorbereitung „links von der CDU“.

Ich möchte hier einige Fragen zur Diskussion stellen:

1.) Mit der Oktoberrevolution 1917 wurde auf revolutionärem Wege eine gründliche Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse eingeleitet. Daß es dabei Opfer gab, die keineswegs nur dem „roten Terror“ anzulasten sind, ist belegt und wird als entscheidendes Argument gegen die fundamentale Umgestaltung der bestehenden Zustände ins Feld geführt. Um sich vom bisherigen Sozialismus abzugrenzen, bevorzugen manche den Begriff eines „demokratischen Sozialismus“. Der Weg zu ihm soll über Reformen führen. Da es diesen Gesellschaftstyp aber nirgends gibt, drängt sich mir zwangsläufig die Frage auf: Ist der demokratische Sozialismus überhaupt eine gesellschaftspolitische Perspektive?

2.) Das nächste Thema: Geht es ohne Gewalt?

Das 1789 in Frankreich an die Macht gekommene Bürgertum hat über Jahre eine blutige Herrschaft ausgeübt und tut das in Teilen der Welt immer noch. Bis in die Gegenwart ist die Macht des Kapitals in vielen Staaten mit Gewalt und Terror forciert und aufrechterhalten

worden. Jeder Versuch Andersdenkender, neue gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, wurde auf diese Weise unterdrückt. Reicht einfache Repression nicht aus, greift man notfalls zu Faschisierung und Faschismus. Auch Kriege sind nichts anderes als die blutige Ausschaltung von Konkurrenten. Ich behaupte, daß diese Kräfte niemals freiwillig auf die Macht verzichten werden.

3.) Weiter: Wie verhält es sich mit der Diktatur des Proletariats, die man auch als politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten bezeichnen könnte?

„Ihr im Osten habt doch in einer Diktatur gelebt!“ lautet ein pauschales Totschlagargument. Und wir sagen: Ja! In der Diktatur des Proletariats. Da es im 1989/90 zu Fall gebrachten Sozialismus nicht gelungen ist, das Herrschaftsbewußtsein der Werktätigen deutlicher auszuprägen, hatten wir am Ende quasi die Diktatur des Parteiapparats. Die war ohne Zweifel um ein Vielfaches demokratischer als der heutige Staat der bundesdeutschen Bourgeoisie. Aber die Dominanz der Medien des Kapitals hat eine Situation geschaffen, in der allein das Wort „Diktatur“ ein Kampfbegriff zum Niedermachen politischer Gegner geworden ist.

Meine Frage: Wie soll, kann und muß die politische Herrschaft auf dem Wege zum Sozialismus ausgeübt werden?

4.) Weiter: Ist das Klassenbewußtsein abgebaut oder nur verschüttet?

Wenn man wissen will, ob dieser oder jener mit zur Demonstration geht, erhält man nicht selten die Antwort: Warum sollte ich? Mir geht es doch gut!

Tatsächlich ist der Staat des deutschen Kapitals gegenwärtig noch dazu in der Lage, der Mehrzahl der Bürger den Hunger zu ersparen. Den Arbeitern wird suggeriert, der Klassenkampf sei nicht mehr erforderlich, um den derzeitigen Lebensstandard

der Mehrheit von ihnen zu bewahren. Andererseits bemüht man das Argument, die Sowjetunion habe es in 70 Jahren nicht vermocht, den ökonomischen Rückstand gegenüber den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern wesentlich abzubauen. Ähnlich sei das in der DDR und anderen sozialistischen Ländern gewesen.

Woran lag es? Etwa an den Eigentumsverhältnissen, wie die Bourgeoisie weismachen will? Ist es möglich, in einem historisch kurzen Zeitraum das moralische Gesamtverhalten der Menschen und damit die subjektive Leistungsbereitschaft eines ganzen Volkes total zu verändern? Damit an die Stelle der Ich-Bezogenheit ganz und gar eine Wir-Bezogenheit tritt, brauchen viele Menschen auch nach der Änderung der Eigentumsverhältnisse einen gewissen Druck, um hohe Leistungen zu vollbringen. Oder?

5.) Was wird aus Arbeitswilligen bei abnehmenden Arbeitsmöglichkeiten?

Die Produktionsprozesse drängen immer mehr zur Automation. Im produktiven Wirtschaftsbereich werden ständig weniger Arbeitskräfte gebraucht. Doch ein Leben in Arbeitslosigkeit ist kein Leben. Vermutlich dürfte in naher Zukunft der dieses Problem lösbar machende Übergang zum Sozialismus kaum vollbracht werden. Doch der Widerspruch zwischen abnehmenden Arbeitsplätzen und zunehmender Arbeitslosigkeit birgt viel sozialen Zündstoff, der das kapitalistische Herrschaftssystem sprengen könnte.

Gibt es unter den derzeitigen Bedingungen Auswege?

Ich meine, diese und andere Fragen müßten theoretisch weiterbearbeitet und offen diskutiert werden. Der „RotFuchs“ scheint mir dafür der geeignete Platz zu sein.

Dr. Klaus Flemming

Für Dich, Erwin Geschonneck!

Um deine Lippen ein spöttischer Zug,
Der sich mit der spitzen Zunge vertrug.
Egal, was da kam, dein heiterer Blick,
Gerichtet nach vorne und niemals zurück,
Von Kraft und Erfahrung besonderer Art,
War stetig mit menschlicher Wärme gepaart.

Du hattest die Güte, die übersprang,
Was ändern nur derart selten gelang,
Als Tausendsassa, stets Frohnatur.
Zu beschreiben fällt schwer, was dir widerfuhr,
Fast übermenschlich, du hast es geschafft,
Generationen erfüllend mit Lebenskraft.

Legende. Du warst sie zu Lebzeit schon
Mit bittersüßsaurem, klingendem Ton
Im brechtschen Format auf der Bühne der Welt.
Du sangst, was richtig und nicht ob's gefällt,
Die Wahrheit alleine, wie sie war, wie sie ist.
Du bleibst uns als Mime und Kommunist.

E. Rasmus



Aus der ver.di-Broschüre „Genug gespart“

Bei diesen Zeilen geht es mir um den „Umgang der Menschen miteinander“. Es handelt sich um ein Thema, mit dem sich unlängst die als Ärztin wie als Publizistin renommierte Marianne Koch, Doktorin der Medizin und einst auch als Darstellerin im bundesdeutschen Fernsehen populär, beschäftigte. Jetzt schreibt sie bisweilen interessante Kolumnen in der „Apotheken-Umschau“. Am 15. Februar beklagte sie dort unter der Überschrift „Das Leben der Anderen“ die zunehmende „Vereinsamung der Menschen“. Frau Koch antwortete auf die Frage, ob „man in unserer Gesellschaft so isoliert leben“ kann, weil keine Mitmenschen mit Rat und Hilfe zur Verfügung stehen, mit den Worten: „Ja, das ist leider möglich – und es ist keineswegs selten.“ Diese bedrückende Feststellung bestätigen Vorfälle, die in jüngster Zeit Aufsehen erregten: Kleinkinder, für die nicht gesorgt wurde, verdursteten einfach. Wiederholt wurden schwerste Kindesmißhandlungen, bis hin zur Tötung, bekannt. Ein Verzweifelter verkroch sich auf einen Hochsitz im Walde und verhungerte dort ...

Schlimme Einzelschicksale gewiß, doch verweisen sie zugleich auf ein Symptom dieser Gesellschaft: die Vereinzelung: „Man sieht sich nicht. Man weiß nichts voneinander.“ Zu wünschen wäre angesichts dessen, daß dem von humanistischem Geist getragenen Appell Marianne Kochs möglichst viele Gehör schenken: „Was wir brauchen, ist ein anderes Miteinander, eine Kultur der Hilfsbereitschaft.“ Eine solche Kultur des Miteinander war als Grundhaltung für die meisten Bürger der DDR charakteristisch. Natürlich gab es auch damals Konflikte, unfreundliches, gleichgültiges Verhalten, Neid. Bestimmend, prägend war jedoch anderes. Was Frau Dr. Koch „mitmenschlichen Umgang“ nennt, hieß bei uns Solidarität. Im Alltag mangelte es nicht am „Wir sind für euch da, falls einmal Not am Mann ist“. Und Nachbarschaftshilfe, wie Marianne Koch sie zu begründen empfiehlt, gehörte zum Selbstverständlichen.

Ich muß mir keine nostalgische Idylle malen, um diese Gewißheit auszusprechen. 26 Jahre lang wohnte unsere Familie in einem zehngeschossigen Plattenbau im Zentrum Berlins. 30 Mietparteien unter einem Dach. Menschen unterschiedlichster Charaktere. Alte und Junge. Ein bunter Mix an Berufen. Tür an Tür Elektronikingenieur und Rotationsdrucker, Rechtsanwalt und Oberkellner, die Bibliothekarin und die Zahnärztin, der Orchestermusiker und der Obermedizinalrat, die Europameisterin im Schach und das Rentnerhepapa. Daß jeder jedem gleichermaßen sympathisch gewesen wäre, läßt sich nicht behaupten. Doch ausgegrenzt, geschnitten wurde niemand – weder der alkoholranke Vater einer kinderreichen Familie noch der bekennende Nichtwähler, der dennoch in der ND-Druckerei seine Arbeitsstelle behielt. Man konnte fast an jeder Tür klingeln und um Hilfe bitten, ohne abgewiesen zu werden. Die meisten beteiligten sich am alljährlichen Frühjahrsputz im Vorgar-

ten. beim Ausbau eines Kellerraumes zum Hausklub, in dem wir uns gelegentlich zu Feiern oder Versammlungen trafen.

Als wir nach fast drei Jahrzehnten von Berlin wegzogen, riß die Verbindung zu den früheren Nachbarn nicht ab. Und als die dort Gebliebenen dann den 30. Jahrestag des Ersteinzugs in ihr Haus feierten, konnten wir in einem Glückwunsch aus Schwerin an die „gemeinsame Zeit unter einem Dach“ erinnern, weil Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft hier Tür an Tür wohnten und man sich aufeinander verlassen konnte.

Der Unterschied zwischen jener Situation, die Frau Dr. Koch beklagt, und den

möge doch Rückkehrwillige unter ihren ausgereisten Bürgern wieder aufnehmen. Es gebe nämlich „eine erhebliche Zahl, die sich in der BRD nicht zurechtfinden. Sie haben mit unserem System Schwierigkeiten, weil ihnen fehlt, was bei Ihnen in der DDR weit mehr ausgeprägt ist: menschliche Wärme und Heimatgefühl.“ Damals stellvertretender „horizont“-Chefredakteur, kann ich den Wortlaut bezeugen.

Man muß sich nicht wundern, wenn – wie eine Meinungssondierung von Associated Press ergab – im 18. Jahr nach dem Anschluß 84 Prozent der Befragten die DDR als den sozialeren der beiden deutschen Staaten bezeichnen, den Umgang der

Die Kümmernisse der Marianne Koch

menschlichen Beziehungen, die unser DDR-Leben dominierten, erklärt sich natürlich nicht daraus, daß „im Osten“ die verträglicheren Leute zu Hause gewesen wären, während im Westen eher Fieslinge wohnen. Bestimmend für das Tun oder Unterlassen der Menschen sind stets die konkreten Umstände, unter denen sie leben. Oder, um mit Marx zu sprechen: Das Sein bestimmt das Bewußtsein.

Die jeweils andere, gegensätzliche Gesellschaftsordnung ist es, die Menschenbild und Verhalten voneinander abweichen lassen. Selbst uns politisch Fernstehende, den Sozialismus Ablehnende kommen um solche Erkenntnis bisweilen nicht herum. Ich erinnere mich eines Besuchers, der bei Ernst-Otto Schwabe, dem Chefredakteur der Wochenzeitung „horizont“, am 1. Februar 1985 vorsprach, um ihn beschäftigende Fragen „inoffiziell“ mit diesem zu erörtern. Hans-Otto Bräutigam, damals Chef der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, wählte diesen in der Diplomatie nicht unüblichen Weg, um über einen geeigneten Gesprächspartner „Signale“ an die politische Führung seines Aufenthaltslandes zu senden. Es ging ihm darum, Möglichkeiten auszuloten, die (inzwischen auch der westdeutschen Seite lästig werdenden) Massenübersiedlungen aus der DDR etwas einzudämmen. Dabei plädierte Bräutigam u. a. dafür, die DDR

BRD-Bürger miteinander hingegen als deutliche Verschlechterung empfinden. Hans-Dietrich Genscher, bekanntlich kein Liebhaber des sozialistischen deutschen Staates, kommentierte das Ergebnis einer aktuellen Studie im Deutschlandfunk, bei der sich 21 Prozent der Sachsen-Anhaltiner „die DDR zurückwünschten“: „Ich kann mich nicht darüber freuen, aber verstehen kann man das.“ (4. 10. 2007). Und auf ihre Schlagzeilenfrage „Wo ist das Gefühl der Wendezeit?“ antwortete die „Schweriner Volkszeitung“ selbst: „Am Anfang war Euphorie, die bald der Ernüchterung wich. Auch weil die Unterschiede zwischen Ost und West nach wie vor groß sind. Ein Land – zwei Welten ...“

Dieser Gegensatz wird nicht dadurch aufgehoben, daß ehrenhafte Motive viele BRD-Bürger veranlassen, sich „für gute Zwecke“ einzusetzen. Man folgt Spendenaufrufen zur Bekämpfung von Armut und Krankheiten, für Tier- und Umweltschutz usw., bringt ein kleines Opfer, weil der Staat seine Mittel lieber für militärische Zwecke verwendet. Dabei hoffen die Spender nicht selten vergebens, daß ihr Obolus tatsächlich jene erreicht, für die er bestimmt ist.

Unser Thema erschöpft sich nicht in individuellem Verhalten, sondern betrifft Grundeinstellungen in der Gesellschaft, die vorherrschende Wertbilder widerspiegeln. In einer Ausbeuterordnung triumphiert zwangsläufig gnadenloses Konkurrenzverhalten über Mitgefühl und Gemeinschaftssinn. Dort, wo die moralische Grundlage Egoismus ist, und „Jeder sich selbst der Nächste“ sein muß, um nicht auf der Strecke zu bleiben, verkümmert Mitmenschlichkeit, bleiben allenfalls Rudimente von ihr übrig. Wo Profit-erzielung oberste Norm ist, wird letztlich – wie es im „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels heißt – „kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose bare Zahlung“.

So sind die Sorgen der Ärztin und Schauspielerin Marianne Koch durch jeden von uns nachvollziehbar. **Wolfgang Clausner**

Herzlich gratulieren Vorstand und Redaktion des RF unserem engagierten Leser und Freund

**Prof. Dr.
Manfred Gerlach**

zum **80. Geburtstag** am **8. Mai**.
Er war seit 1967 Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, von 1960 bis Dezember 1989 stellvertretender Vorsitzender und bis April 1990 amtierender Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

Wie es ein Mann der Monopole zum Friedensnobelpreisträger brachte

Al Gore – der große Umweltschützer

Der zum Kinostar gewandelte frühere USA-Vizepräsident Al Gore reiste im Mai 2007 nach Buenos Aires, um wieder einen seiner Umweltschutzvorträge zu halten. Durch den Erfolg des Dokumentarfilms „Eine unbequeme Wahrheit“ wurde er für nicht wenige Umweltschützer zu einem Helden, der keine Angst davor hat, den Vertretern der „Großen Interessen“ die Wahrheit ins Gesicht zu sagen.

Zahlreiche argentinische Ökologen äußerten sich damals zu dem Besuch, allerdings nicht, um dem Gast dafür zu danken.

„Wir klagen Al Gore als neuen Kolonialisten und Publizisten des globalen Handels an und bezichtigen ihn, in seinem Film vieles verschwiegen zu haben, um seine Geldgeber, die Ölmultis, die transnationalen Samen- und Agrarunternehmen und die Automobilindustrie nicht zu verärgern.“ Das wurde in der Erklärung von Gualeguaychú bekräftigt, die durch ungefähr ein Dutzend argentinischer Organisationen unterschrieben worden ist. Es ist darauf hinzuweisen, daß Gore nicht zu einem Vortrag über die Gefahren globaler Erwärmung nach Buenos Aires gekommen war, sondern um für Agrarkraftstoffe zu werben. Er nahm am ersten Amerikanischen Kongreß über Biotreibstoffe teil – einem Treffen von Politikern und Unternehmern, bei dem ein Eintrittspreis von 500 Dollar pro Person zu entrichten war.

„Al Gore will nicht die harte Realität sehen, daß bereits der derzeitige Anbau von Monokulturen als Rohstoffe des Äthanols die fast vollständige Verwandlung der besten Böden in Wüstengebiete stark beschleunigt hat“, hieß es in einer Erklärung der Umweltschutzgruppe GRR. „Diese Produktionsweise vertreibt heute schon, noch bevor die angestrebten Ziele der Hauptkonsumenten von Biotreibstoff umgesetzt sind, die Landbevölkerung und viele Ureinwohner aus ihren angestammten Gebieten.“

Vor noch nicht einem Jahr verkündeten mehrere Organisationen, daß „der Anbau für Energieerzeugung ansteigt ... und zwar zu Lasten unseres natürlichen Ökosystems. Soja ist als eine der Haupt-

quellen für die Produktion von Biodiesel vorgesehen, aber tatsächlich sind die Monokulturen dieser Pflanze die Hauptursache für die Zerstörung der heimischen Bäume in Argentinien, des Tropenwaldes im Amazonasgebiet Brasiliens und Boliviens sowie des atlantischen Buschwerks in Brasilien und Paraguay.“

Aber Al Gore hat von all dem nichts mitbekommen. Er wirbt weiterhin weltweit für Biotreibstoffe als alternative Energiequelle.

Wer ist Al Gore? Und was tat er in seinem Leben vor dem berühmten Film?

Zwischen 1993 und 2000 war Gore Vizepräsident der USA, die Nr. 2 der Clinton-Administration. Als Präsidentschaftskandidat nahm Bill den Senator aus Tennessee in sein Boot auf, um sich die Wählerstimmen der Umweltschützer zu sichern. Denn als Gouverneur des Staates Arkansas hatte Clinton auf diesem Gebiet einen Negativrekord hingelegt. Der Umweltschutzsektor war von der Idee, Gore als Vizepräsidenten zu bekommen, geradezu entzückt, denn schon damals galt dieser als „Ökokämpfer“.

Was aber tat er zur Bekämpfung der globalen Erwärmung, nachdem er Vizepräsident des größten Umweltverschmutzers der Welt geworden war? Absolut nichts.

Beginnen wir damit, daß sich die Regierung Clinton/Gore weigerte, das Protokoll von Kyoto über die Reduzierung der Schadstoffemissionen zu unterzeichnen. Dies erwähnt Gore nicht in seinem Film, aber dennoch wagt er es, die Politiker seines Landes zu ermahnen, das Protokoll zu unterstützen. Zu seiner Verteidigung wird angeführt, der arme Kerl sei schließlich nur Vizepräsident und nicht Präsident der USA gewesen. Deshalb habe er auch nicht das letzte Wort gehabt.

Einige verteidigten Gores Untätigkeit, indem sie darauf verwiesen, damals hätten die ultrarechten Republikaner den Kongreß kontrolliert. Die Vereinigten Staaten könnten internationalen Verträgen aber nur mit Zustimmung des Kongresses beitreten. 1994 blieb die Legislative unter der Kontrolle der Republikaner. Mit dem Abgeordneten Newt Gingrich an der Spitze strebten sie das Ziel an, der Clinton/Gore-Regierung die Hände zu binden und all ihre Initiativen zu blockieren. Im Juli 1997 verabschiedete der Senat mit 95:0 Stimmen die Resolution Byrd-Hagel, die das Protokoll von Kyoto zurückwies. Damit schienen der Präsident und sein Vize von ihrer damaligen Untätigkeit entlastet zu sein. Clinton

hätte jedoch eine Regierungsorder unterzeichnen können, um das Land dennoch ins Protokoll aufzunehmen. Die Verfassung sieht solche Präsidentschaftsprivilegien vor, obwohl nur in begrenzter Form. Darauf wäre aber nicht das erste Mal zurückgegriffen worden. Hätte die Regierung also eine Order unterschrieben, wäre ihr wenigstens das Vertrauen der Umweltschützer erhalten geblieben. Doch das Duo Clinton/Gore versuchte es nicht einmal.

Es ist erhellend, diese unterwürfige und resignative Haltung mit der harten und mannhaften Schlacht zu vergleichen, die Clinton und Gore 1993 zur Ratifizierung des üblen Freihandelsabkommens zwischen mehreren mittelamerikanischen Staaten und den USA (TLC) führten. Sie kämpften mit Zähnen und Klauen gegen die Opposition, die aus dem fortschrittlichen, gewerkschaftlichen und Umweltschutz-Bereich sowie aus Gesetzgebern ihrer eigenen Partei bestand. Gore hatte dabei die Aufgabe, die Ökologen außer Gefecht zu setzen. Um sie ruhigzustellen, schlug er vor, mit dem TLC ein Parallelabkommen zu verbinden, das sich um jeden direkt durch den Vertrag verursachten Umweltschaden kümmern würde.

Die große Mehrheit der Umweltschutzgruppen erkannte den Fallen-Charakter des Angebots und erblickte darin eine unbedeutende Maßnahme ohne ernsthafte Auswirkungen. Doch sieben Organisationen scherten aus, akzeptierten es, stürzten sich in die TLC-Unterstützungskampagne und lösten damit einen Zwitter innerhalb der Umweltschutzgruppen aus. Für sein engagiertes Wirken im Dienste mächtiger Kapitalinteressen wurde Al Gore im Jahre 2007 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Die Begründung lautete, er sei ein unermüdlich tätiger Umweltschutzpatron.

Carmelo Ruiz Marrero

Übersetzung: Isolda Bohler



Aus: „The Guardian“, Sydney

Am **23. Mai um 16 Uhr** findet in der Gartengaststätte „Knieper Nord“, Stralsund, Karower Chaussee, die erste Veranstaltung der „RotFuchs“-Lesergemeinschaft Nord-Vorpommern statt.

Es spricht Oberst a. D. **Bernd Fischer** zu dem Thema

Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten

Mitglieder, Leser und Interessenten aus Stralsund, Ribnitz-Damgarten, Rügen und Grimmen sind herzlich eingeladen.

Prinzip: Flächendeckende Verdummung

Die unendliche Geschichte der Akten

In den Medien wurde unlängst wieder **I**vermeldet, daß das Interesse an den „Stasi“-Akten ungebrochen fortbesteht. Weiter wurde mitgeteilt, daß im vergangenen Jahr bei der Birthler-Behörde 101 521 Anträge auf Akteneinsicht gestellt worden seien.

Eine einfache Hochrechnung ergibt, daß seit Bestehen der Behörde eine erhebliche Anzahl solcher Anträge vorliegt. Das ist für einfache Gemüter sicher beeindruckend, suggeriert es doch unterschwellig, daß eine Vielzahl von „Opferakten“ in der Behörde vorhanden sein müsse. Wiederholt wurde genüßlich auf Schriftgut des MfS „in einer Länge von über 100 Kilometern“ verwiesen.

Die kommentarlose Präsentation dieser Zahl folgt dem politischen Auftrag der Behörde – sie kostete den Steuerzahler in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens rund 1 Mrd. Euro –, die „Stasi“-Hysterie mit dem Phantom „flächendeckender Überwachung der DDR-Bevölkerung“ weiter anzuhetzen.

Es fragt sich zunächst, wer in den vergangenen Jahren Antrag auf Akteneinsicht bei der Behörde gestellt hat. Neben interessierten oder neugierig gemachten Privatpersonen handelte es sich um die komplexe Überprüfung sämtlicher Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes der DDR (bis 2001 waren das ca. 1,5 Mio. Betroffene), aller durch die Sonder- und Zusatzversorgungsträger betreuten Personen (ca. 0,75 Mio.) sowie um Sicherheitsüberprüfungen aus der Privatwirtschaft, Anfragen von Medien, Standesorganisationen, Kirchen, Nachrichtendiensten usw.

Was war das Ergebnis all dieser Anfragen auf Akteneinsicht?

Im 4. Tätigkeitsbericht der Behörde (1999) wird erklärt, daß zu etwa einem Drittel der Antragsteller tatsächlich Unterlagen vorhanden gewesen seien. Allein diese Feststellung relativiert die jedes Jahr genannten Zahlen.

Es bleibt allerdings der gewünschte Eindruck bestehen, daß es sich bei diesen rund 30 % um Personen handelt, die als Gegner des Systems der DDR vom MfS aktiv bearbeitet worden seien. Deshalb ist es angebracht, einen Blick auf die hinterlassenen Akten des MfS zu werfen: Der mit Abstand größte Teil der personenbezogenen Dokumente kann nicht ernsthaft der Gruppe politischer DDR-Feinde zugeordnet werden. Dazu gehören Unterlagen zu

- ✓ allen offiziellen Mitarbeitern des MfS mit ihren Verwandten ersten Grades seit 1950, einschließlich der Personen, die als Mitarbeiter vorgesehen waren, deren Einstellung aber aus verschiedenen Gründen unterblieb;

- ✓ allen Soldaten und Unteroffizieren, die im Wachregiment des MfS oder in den Wacheinheiten der Bezirke für drei Jahre Wehrdienst geleistet haben bzw. dafür vorgesehen waren;

- ✓ allen inoffiziellen Mitarbeitern der unterschiedlichen Kategorien seit Gründung des MfS, einschließlich derer, die aufgeklärt wurden, mit denen aber eine Zusammenarbeit aus unterschiedlichen Gründen nicht zustande kam;

- ✓ allen inoffiziellen Mitarbeitern der Arbeitsrichtung I der Kriminalpolizei;

- ✓ den Personen, zu denen Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt wurden (z.B. Auslands- und Reisekader, Geheimnisträger, Angehörige von Spezialeinheiten der NVA), von denen über 95 % ein positives Ergebnis erbrachten.

Die aktive Bearbeitung von Personen erfolgte in Operativvorgängen (OV), Untersuchungs- bzw. Ermittlungsverfahren (EV) und in Operativen Personenkontrollen (OPK).

Voraussetzung bei den OV war das Vorliegen eines Verdachts auf strafbare Handlungen, im wesentlichen gemäß dem Besonderen Teil des StGB der DDR, oder auf bedeutsame kriminelle Straftaten. Erfasst waren Einzelpersonen oder Gruppen. Ca. 60 % der OV wurden jährlich wegen Nichtbestätigung des Anfangsverdachts eingestellt, ca. 30 % führten zu einem EV. 1988 waren ca. 4500 OV registriert, die zum Teil über mehrere Jahre geführt wurden, von denen 1750 im genannten Verhältnis abgeschlossen wurden.

Bearbeitet wurden z. B. Agenten der westlichen Nachrichtendienste, Reisekader von Betrieben, die für die Konkurrenz im Westen tätig wurden, Personen, die schwere Gewalttaten planten, und Menschenhändler. Bei einer Podiumsdiskussion der damaligen Gauck-Behörde im Jahre 1994 wurde bekannt, daß nur in ca. 13 % der OV sogenannte Dissidenten oder Oppositionelle unter Beobachtung standen.

Gering war ebenfalls der Anteil der aktiv bearbeiteten Übersiedlungersuchenden, die insgesamt nur 1 bis 2 % der DDR-Bevölkerung ausmachten.

Von 1950 bis 1989 wurden von der Untersuchungsabteilung des MfS ca. 17 500 EV archiviert.

Die Untersuchungsabteilungen des MfS führten insgesamt ca. 3 % der EV in der DDR, der Rest wurde von der Kriminalpolizei und Zollverwaltung bearbeitet.

Die OPK dienten vorrangig der Aufklärung und vorbeugenden Sicherung von Personen. Ca. 80 % der OPK wurden ohne Folgen eingestellt, nur 10 % wurden zu OV entwickelt.

Das führte auch dazu, daß mancher „gewendete“ DDR-Staatsfunktionär bei der Einsicht in seine „Opferakte“ lesen muß-

te, daß sich ein Verdacht gegen ihn nicht bestätigt hatte und er als zuverlässiger Genosse galt.

Aus dem Dargelegten ergibt sich, daß die Birthler-Behörde ganz bewußt die entscheidenden Zahlen verschweigt: Sie macht keine Angaben dazu, wie viele der Antragsteller auf Akteneinsicht nach welchen Deliktgruppen aktiv bearbeitet worden sind. Eine Zuordnung wäre problemlos möglich, weil in jedem Eröffnungsbericht zu einer aktiven Bearbei-



tung die entsprechenden Paragraphen des StGB genannt sind.

Konkrete Aussagen in diesem Sinne würden mit der durch die Behörde verbreiteten Karikatur der DDR-Wirklichkeit kollidieren und Fragen nach dem Nutzen des Hauses Birthler aufwerfen. Das aber will man vermeiden.

Dem politischen Kampfbegriff „Opferakte“ werden wir deshalb weiter begegnen, denn beinahe jeder, der vor einem DDR-Richter stand, wird heute als „Opfer des DDR-Unrechtsregimes“ dargestellt. Dazu zählen sicher auch die zwei Militärspione, die in unserer Stadt noch kurz vor dem Ende der DDR ihrer Taten überführt wurden, und natürlich die Dame, die die Sprengung der Stickstoffleitungen eines großen Chemiebetriebes androhte.

Karl-Heinz Günther, Rudolstadt

Am **10. Mai** begeht unser Berliner Genosse

Peter Wegner

Vorstandsmitglied des RF-Fördervereins, seinen **60. Geburtstag**. Peter hat sich in der VVN/BdA, der Friedensbewegung, der Neuköllner Galerie Olga Benario, in seiner Partei, der DKP und im RF als verlässlicher Organisator und treuer Mitstreiter erwiesen.

Herzlichen Glückwunsch!

Nicht nur in Berlin, auch in anderen deutschen Großstädten wurde die Idee der „Stolpersteine“ verwirklicht. Der Passant begegnet unverhofft im tausendfachen Mosaik des Straßenpflasters einem einzigen Quader, der ihn erinnern soll: An einen jüdischen Menschen, der in der Zeit des Hitlerfaschismus gedemütigt, verfolgt und schließlich zu Tode gebracht wurde.

Blicken wir zurück: In einem Nürnberger Tagungssaal stand am 15. September 1935 die Haßlosung geschrieben: „Die Juden sind unser Unglück!“ Auf ihrem dortigen „Reichsparteitag der Freiheit“ beschloß die NSDAP der braunen Mörder die „Nürnberger Gesetze“. Im Schullehrbuch von 1936 hieß es dazu: „Blut von Rassen, die nicht auf unserem mitteleuropäischen Boden von alters her heimisch sind, ist

mit einem „J“ gekennzeichnet sind, oder zu deren Haushalt solche Verbraucher gehören, sind von dieser Regelung ausgeschlossen.“ 11. Januar 1942: „32. Zuteilungsperiode. Hülsenfrüchte (Sonderzuteilung): Auf die mit „J“-Kennzeichnung versehenen Abschnitte der Nährmittelkarte dürfen Hülsenfrüchte nicht bezogen oder abgegeben werden. Abgabe von Apfelsinen und Mandarinen: Verbraucher, deren Lebensmittelkarten durch ein „J“ gekennzeichnet sind, werden vom Bezug von Apfelsinen und Mandarinen ausgeschlossen. Abgabe von kakao- und marzipanhaltigen Erzeugnissen: Verbraucher, deren Lebensmittelkarten durch ein „J“ gekennzeichnet sind, werden von der Belieferung ausgeschlossen.“ 15. Februar 1942: „Abgabe von Gemüse (Rotkohl, Blumenkohl, Rosenkohl, Schwarzwurzeln):

Bedarfs für die Palästinenser blieben aus; vielleicht Hülsenfrüchte, kakao- und marzipanhaltige Erzeugnisse, Rotkohl, Blumenkohl, Rosenkohl, Schwarzwurzeln, Käse, Kondensmilch, Roggenbrot. Auch den Stromausfall hatte Israel durch die Blockade bewirkt. War das im Warschauer Ghetto nicht ebenso?

Israel handelte in der Absicht, „vorsätzlich solche Lebensbedingungen für eine Gruppe zu schaffen, die darauf abzielen, ihre physische Vernichtung ganz oder teilweise herbeizuführen“. So lautete der am 9. Dezember 1948 in der UNO verabschiedete Text der „Konvention über die

Am **10. Mai um 10 Uhr** spricht
Prof. Dr. Götz Dieckmann,
stellvertretender Vorsitzender des
RF-Fördervereins,
auf einer Veranstaltung der
Regionalgruppe Dresden
in der Drogenmühle Heidenau,
Dresdner Straße 26, über das Thema

**Der Marxismus –
die wissenschaftliche
Weltanschauung
der Epoche**

Stolperstein auch für Palästinenser? Jeder Rassismus ist perfide

uns artfremd. Mischung mit ihm verdirbt das Volk. Deshalb gehören die in Deutschland lebenden Juden nicht zum deutschen Volke.“ Und gegenwärtig wird Schülern zu diesem Thema in einem Schulbuch geraten: „Lies jetzt noch einmal über Hitlers ‚Weltanschauung‘ und ihre rassistischen Ansätze nach.“ „Ansätze“!? Was für ein unpassendes Wort!

Noch im März 1933, unmittelbar nach der vor 75 Jahren erfolgten Machtauslieferung an Hitler, wurden die beiden ersten Konzentrationslager – Dachau und Oranienburg – offiziell „eingeweiht“. Mit Terror und Folter.

Einige Daten aus der Vielfalt der Chronik antisemitischer Exzesse: 24. März 1936: „Keine Beihilfen mehr für kinderreiche jüdische Familien.“ 26. April 1938: „Alle jüdischen Vermögen über 5000 RM müssen angemeldet werden.“ 23. Juli 1938: „Juden erhalten eine besondere Kennkarte.“ 9. Juni 1938/10. August 1938: „Zerstörung der Synagogen in München und Nürnberg.“ 20. September 1939: „Juden haben ihre Radios abzuliefern.“ 1. September 1941: „Juden ab 6 Jahre müssen im gesamten Reichsgebiet den Gelben Stern tragen.“

Zum besseren Verständnis auch noch diese „Ansätze“ der rassistischen Ideologie der Hitlerfaschisten: Im „Amtsblatt der Reichshauptstadt Berlin“ veröffentlichte das Haupternährungsamt in regelmäßigen Abständen die Zuteilung von Waren des täglichen Bedarfs. Hier Beispiele des verwendeten Vokabulars: 4. Januar 1942: „Verbraucher, deren Lebensmittelkarten

Verbraucher, deren Lebensmittelkarten durch ein J gekennzeichnet sind, werden vom Bezug dieser Gemüsearten ausgeschlossen.“ 12. Januar 1943: „Bekanntmachung Nr. 7 über die Hausbrandversorgung im Kohlenwirtschaftsjahr 1942/1943: „Die Belieferung von Verbrauchern, deren Kohlenbezugskarten 1942/1943 durch ein J gekennzeichnet sind, unterliegt nach wie vor der getroffenen Sonderregelung.“ 6. April 1943: „Abgabe von Käse – Verbraucher, deren Fettkarten den Überdruck ‚Jude‘ aufweisen, sind von der Belieferung ausgeschlossen. Verteilung von Kondensmilch: Juden, Zigeuner und Polen sind von dieser Sonderzuteilung ausgeschlossen.“ 1. Juni 1944: „Abgabe von Roggenbrot: Verbraucher, deren Lebensmittelkarten durch das Wort ‚Jude‘ gekennzeichnet sind, werden vom Bezug ausgeschlossen.“ Nicht von „Ansätzen“ der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung muß also die Rede sein, sondern von der zielgerichteten und unbarmherzigen Ausrottung durch das Naziregime.

„Mit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 fanden 4,6 Millionen Jüdinnen und Juden dort eine neue Heimat, nachdem sie jahrhundertlang Repressalien, Verfolgung und Ermordung über sich ergehen lassen mußten“, lernt der Interessierte in Anke Fischers Bildband „Die sieben Weltreligionen“. Er erfährt aber auch vom Gebot: „Du sollst nicht morden!“ Jüngst erlebte die Welt, daß der Staat Israel alle Zugänge zum Gazastreifen geschlossen hat. Waren des täglichen

Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes“. Zerstörung? Nicht nur ein permanenter Landraub vollzieht sich durch den Bau immer neuer israelischer Siedlungen im palästinensischen Westjordanland. Mal mehr, mal weniger zielgenau werden „mutmaßliche Terroristen“ in ihren Unterkünften und Fahrzeugen vernichtet. Seit 40 Jahren sind die palästinensischen Bürger für Tel Aviv Freiwild – wie die Juden unter Hitler. 21 UN-Resolutionen hat der Staat Israel seit der Okkupation 1967 nicht befolgt. Dazu schweigt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Aber sie handelt auch, indem sie Herrn Olmert neue mit Kernwaffen bestückbare U-Boote modernster Bauart liefert. BRD-Menschenrechtsforderungen sind so lange zwiegesichtig, solange Merkel und Steinmeier bei Israels Ausrottungspolitik im Gaza-Streifen zuschauen oder wegsehen.

Ist es nicht an der Zeit, auch für die Palästinenser einen Stolperstein ins Mosaik des öffentlichen Bewußtseins zu bringen?

Hans Horn

Wir trauern um den standhaften
Kommunisten, unser Vereinsmitglied

Gerhard Griese

aus Rostock, der kurz vor Vollendung seines 80. Lebensjahres nach langer schwerer Krankheit verstorben ist.
Verein und Redaktion sprechen seinen Angehörigen ihr Mitgefühl aus.

Eine Ausstellung über das Leben der Jugend in der DDR

Faustdicke Lügen

Nach den blumigen Ankündigungen einer Show unter dem Motto „Wie die Jugend in der DDR lebte“ begab ich mich ins Johanneum – das evangelische Gymnasium in Hoyerswerda –, um mir die Ausstellung anzusehen. „Zwischen Aufbegehren und Anpassen“ hieß diese „Schau“. Zunächst fiel mein Blick auf ein Foto Erich Honeckers, der nach seiner Wahl zum Staatsratsvorsitzenden von einem Pionier einen Blumenstrauß überreicht bekam. Im Hintergrund sah man das DDR-Staatseblem.

Doch dann hörte es mit der Freundlichkeit auf. Beim Betrachten der 12 Tafeln mußte ich feststellen, daß außer dem Startfoto kaum etwas vom „Anpassen“ zu bemerken war, eher etwas vom „Aufbegehren“. Es wurde nicht dargestellt, was die Jugend der DDR tatsächlich für die Stärkung ihres Staates geleistet hat. „Thema verfehlt!“ war mein Fazit.

Diese Ausstellung dient allein dem Zweck, die als „SED-Diktatur“ und „Stasi-Hölle“ karikierte Politik der DDR zu verunglimpfen. Dazu ist dem Veranstalter – der Birthler-Behörde – jedes Mittel recht.

Den Gipfel der Verteufelung der DDR soll zweifellos das von einem Fünfjährigen gemalte Bild darstellen, welches einen übergroßen NVA-Soldaten mit einem kleinen Panzer zeigt. Zweck der Übung: Nachzuweisen, daß die „Militarisierung des Denkens“ damals bereits im Kindergarten begann. Dabei hatte der kleine Maler mit seinem „Werk“ lediglich den NVA-Soldaten zu ihrem Festtag am 1. März gratulieren wollen.

Jeder frühere DDR-Bürger weiß, daß Menschen der verschiedensten Berufsgruppen zu entsprechenden Anlässen geehrt wurden. Das widerspiegelte sich natürlich auch in den Kindergärten. So gehörte es zur sozialistischen Werteerziehung, Leistungen zur Stärkung der DDR anzuerkennen. Auch die Frauen und Kinder hatten ja ihre Ehrentage. Am Tag des Lehrers, dem 12. Juni, war es z. B. üblich, daß die Kinder den Pädagogen Blumen und kleine Geschenke mitbrachten. Warum sollten Angehörige der NVA und der Grenztruppen ausgelassen werden?

Welche „Werte“ müssen junge Menschen heute verinnerlichen? „Geiz ist geil“, heißt die Devise, mit der man das Streben nach

Profit als höchste Tugend anerziehen will. Da nimmt es nicht wunder, wenn die angebliche Bürgerrechtlerin Freya Klier noch an den Schulen tätige DDR-Lehrer als „geschickte Lügner mit gutem Verdienst“ beschimpfen darf, die den Schülern die DDR „als solidarische Menschengemeinschaft“ nahebringen.

Die in Hoyerswerda und anderswo gezeigte Ausstellung ist eine antikommunistische Propagandaschau zur geistigen Abrichtung derzeitiger Schülergenerationen. Das Spektakel führte dazu, daß ein 20jähriger (!) Antrag auf Einsicht in seine „Stasi“-Akte stellte. Birthlers Lügenshow war für alle drei Hoyerswerdaer Gymnasien und das Berufsschulzentrum „Konrad Zuse“ bestimmt und sollte schließlich im Schloß der Stadt untergebracht werden. Die Volksverhetzung kann also noch eine Weile weitergehen. Man darf fragen, warum diese Geschichtsklitterung ausgerechnet im Johanneum gestartet wurde und weshalb die Schulleitung nicht von ihrem Hausrecht Gebrauch machte, den mehr als peinlichen Vorgang zu verhindern.

Dr. Dieter Rostowski, Kamenz

Wo „Bürgerrechtler“ abblieben

Wer die Zerschlagung und Annexion der DDR vor 19 Jahren erlebt hat, kann sich noch gut an die Beteuerungen der dortigen „Bürgerrechtler“ erinnern, sie wollten kein anderes Gesellschaftssystem, sondern lediglich einen „besseren Sozialismus“. Wer damals laut sagte, es handele sich nicht um Bürgerrechtler, sondern um Konterrevolutionäre, Agenten und Ultrarechte, wurde niedergeschrieben.

Interessant ist, was aus den „Freiheitskämpfern“ von einst geworden ist. Die Zusammenstellung ist unvollständig.

Freya Klier: Sie wurde in der DDR dermaßen unterdrückt, daß sie Schauspiel und Regie studierte und 1984 den DDR-Regiepreis erhielt. Heute schreibt sie in der neofaschistischen Postille „Mut“ über das „kriminelle Regime“ der DDR.

Rainer Eppelmann: Der angebliche Pazifist, DDR-Wehrdienstverweigerer und Abrüstungsprediger stieg 1990 zum Verteidigungsminister der Noch-DDR auf. Er ist einer der vielen Pfarrer, die sich derart christlich engagierten, daß Deutschland endlich wieder Angriffskriege führen konnte, weil die DDR zerschlagen war. Eppelmann wirkte, bis heute unwidersprochen, schon früh als Agent des amerikanischen Geheimdienstes CIA in der DDR. Er ließ sich in den 90ern eine Totenmaske abnehmen, damit ihn die Nachwelt bewundern solle. Er lebt aber noch.

Marianne Birthler: Als Strafe für den Austritt aus der FDJ mußte sie 1966 in der DDR das Abitur ablegen, studieren und im Außenhandel tätig werden. Sie engagierte sich in der evangelischen Kirche, die sie mit einer Oppositionspartei verwechselte.

Nachdem sie bei den Grünen abgehalftert war, versorgte man sie im Jahr 2000 mit der Leitung der Denunziationsbehörde für „Stasi“-Unterlagen, die für Millionen Euro an Steuergeldern jährlich regelmäßig Skandale, Geschichtsfälschungen, Flops und Rufmorde produziert.

Joachim Gauck: Noch ein Pfarrer. Vorgänger von Birthler in der bundesdeutschen Behörde für die Unterlagen der Staatssicherheit der DDR. Gauck wurde vor allem für seine haßerfüllten Ausfälle gegen alles bekannt, was er links von seiner eigenen politischen Einstellung wähnt. (Das Gebot, nicht falsch Zeugnis zu reden, gilt offenbar nicht für Gottesmänner.)

Er engagierte sich heute in dem CIA-gesponserten Verein „Atlantik-Brücke“ („Die USA werden von 200 Familien regiert, und zu denen wollen wir gute Kontakte haben.“ – Arend Oetker), einer Kalte-Kriegs-Gründung, die u. a. ideologische Schulungen für Militärs durchführt.

Wolfgang Templin: Buchdruckerlehre abgebrochen. Eintritt in die SED. Austritt aus der SED. Mitarbeit bei der Staatssicherheit. Beendigung der Mitarbeit wegen Unzuverlässigkeit. Ausreise aus der DDR.

Wiedereinreise in die DDR. Eintritt in die Partei Bündnis 90/Grüne. Austritt aus den Grünen.

Vera Lengsfeld, geschiedene Wollenberger: Sie wurde dermaßen diskriminiert, daß sie in der DDR Philosophie studieren mußte, danach an der Akademie der Wissenschaften arbeitete und freiwillig in die SED eintrat. Unfreiwillig wurde sie allerdings nach acht Jahren ausgeschlossen. Sie trat 1990 der Partei Bündnis 90/Grüne bei und zog für diese in den Bundestag ein. Dort trat sie jedoch in die CDU über und gibt mittlerweile Interviews für die rechtsradikale Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Sie engagiert sich in einer neofaschistisch beeinflussten Initiative gegen den Bau einer Moschee in Berlin-Heinersdorf.

Bärbel Bohley: Sie studierte in der DDR an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee und erhielt Funktionen im Verband Bildender Künstler. Wegen West-Spionage mußte sie ausreisen, kehrte aber bald wieder in die DDR zurück. Nachdem Großdeutschland für die Zerschlagung Jugoslawiens sorgte, wurde Bohley als Kolonialbeauftragte dorthin geschickt. Von einem Protest ihrerseits gegen die Bombardierung jugoslawischer Schulen und Krankenhäuser durch deutsche Flugzeuge ab März 1999 ist nichts bekannt, wohl aber von ihrem innigen Verhältnis zu Exkanzler Helmut Kohl.

Hans Dölzer

Aus der Geschichte der LPG „Vereinte Kraft“ Lohsdorf (2)

Unvergessene Pioniertaten

In der Jahreshauptversammlung am 18. Februar 1957 beklagte der neue VdGB-Vorsitzende Willy Böhme „schlechte Kontakte“ zwischen der LPG und den Einzelbauern. Er sprach sich für mehr Harmonie in den gegenseitigen Beziehungen aus. Direktor Karl Richter stellte den Patenschaftsvertrag zwischen der Schule und der LPG zur Diskussion. Diese Kontakte erwiesen sich in den nächsten Jahren als für beide Seiten sehr fruchtbringend. In einer Vollversammlung im März 1957 kam es zu Auseinandersetzungen mit einigen Mitgliedern wegen schlechter Arbeitsdisziplin.

Schwere Ackerarbeiten nahmen uns die Traktoren der MTS ab. Dennoch mußte vieles, auch in der Ernte, noch mit Pferdegespannen und per Hand bewältigt werden. Das Getreide ernteten wir mit von Traktoren gezogenen Mähbindern. Eingefahren wurde es mit den Pferden. Der Stallmist mußte mit der Hand geladen werden. Erste Versuche gab es mit einem neuen Ladegerät. Auch die Hackfruchternte erfolgte noch mit dem Pferde-Roder und Handlesen. Das Dreschen des Getreides wurde teils mit den herkömmlichen Maschinen der Bauern, teils mit fahrbarer Technik der MTS erledigt. Auch das Mist-Ausbreiten geschah grundsätzlich mit der Gabel. Manchmal wurde er vom fahrenden Hänger verteilt – eine schwere und gleichzeitig gefährliche Arbeit. Das Melken wurde mit der Hand erledigt.

Nicht alle Mitglieder waren immer bereit, jede anfallende Arbeit zu verrichten. Mancher dadurch entstandene Engpaß wurde nur dadurch überwunden, daß Genossen der Parteigruppe einsprangen und für zwei arbeiteten. Gern erinnere ich mich der wertvollen Hilfe durch die Frauen und Männer des Patenbetriebes „Hartpappe Polenz“. Von dort kam stets eine sehr arbeitsfreudige und fröhliche Truppe. Die in diesen Jahren zu Ernteeinsätzen bei uns weilenden Studenten der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät sowie von Hochschulen hinterließen den besten Eindruck. Sie wirbelten nicht nur an unserer Seite, sondern nahmen auch an Versammlungen teil und feierten mit uns.

In jenen Jahren waren wir aber nicht nur mit der Schaffung neuer Produktionsverhältnisse auf dem Lande befaßt. Wir

bemühten uns auch, erworbenes Wissen weiterzuvermitteln. Bereits 1953 berichtete ich vor interessierten Lohsdorfer Bäuerinnen und Bauern über die neuesten Erkenntnisse in der Tierhaltung und -fütterung. Nachdem ich so manches in der eigenen Wirtschaft ausprobiert hatte, gab ich die dabei gewonnenen Erkenntnisse in abendlichen Zusammenkünften in den Wohnstuben den Interessierten weiter. Im Auftrag der Kreisvolkshochschule oder der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse sprach ich in den nächsten Jahren in vielen Gemeinden des Kreises im Rahmen der „Bäuerlichen Massenschulung“ über Themen wie Tbc-Freimachung, naturgemäße Viehhaltung, Kälberaufzucht, Weidewirtschaft usw. Das geschah immer abends, anfangs ohne Vergütung, später für 5 Mark je Vortrag. Die Bezahlung erhöhte sich dann auf 15 Mark.

Hinsichtlich der weiter oben erwähnten Patenschaftsbeziehungen zwischen unserer LPG und der Grundschule Ulbersdorf/Lohsdorf ist zu bemerken, daß es deren Leiter Hans Richter sehr gut verstand, den Patenschaftsvertrag mit Leben zu erfüllen. Als Vertreter der LPG wurde ich zu den Beratungen des pädagogischen Rates eingeladen und hospitierte auch im Unterricht. Kollege Richter seinerseits ließ es sich nicht nehmen, bei der Ernte zu helfen. Unvergessen ist sein Einsatz beim Anmähen des Getreides mit der Sense. Die gute Betreuung der Schulklassen am Unterrichtstag in der Produktion (UTP) war für uns Ehrensache.

1958 wurden erstmals ständige Brigaden zur Betreuung des genossenschaftlichen Viehs gebildet.

Die LPG beantragte die Baugenehmigung für einen Rinderoffenstall. In der Vollversammlung wurde dieses Vorhaben sehr lebhaft diskutiert. Außerdem sollte die Schafhaltung aufgegeben und die Hühnerhaltung auf Rentabilität überprüft werden. Der Inventarbeitrag je Hektar eingebrachtes Land betrug damals 600 Mark. Neu hinzugekommenen

wirtschaftsschwachen Betrieben wurde gestattet, ihre Leistung teilweise in Geldform zu erbringen, wenn deren Tiere nicht die erforderlichen Qualitätskriterien erfüllten. Wie das Protokoll ausweist, wurde nicht immer von den Einbringern ertragsarmer Kühe verstanden, daß man leistungsstärkere Tiere im Wert höher einstufte. Im Januar 1958 war auch die Bildung einer Normenkommission erfolgt. Das bedeutete für uns etwas Neues.

Mit der Anstellung des Buchhalters Arnold aus Sebnitz stabilisierte sich die Buchführung. Der zuständige Agronom Botho Schaale unterstützte die Genossenschaft recht gut. Wie interessiert die Mitglieder an ihrer LPG waren, zeigt ein Beispiel aus der bereits erwähnten Vollversammlung: Als über zu hohe Ausgaben bei Kleingeräten diskutiert wurde, verlangte ein Genossenschaftsbauer das Anlegen eines Inventarverzeichnisses. Vom Rat des Kreises wurde auf dieser Zusammenkunft die Pionierrolle hervorgehoben, welche die LPG Lohsdorf bei der Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse auf dem Lande spielte.

An dieser Stelle will ich den beispielgebenden politischen Einsatz hervorheben, den damals besonders die Genossen und Leitungskader an den Tag legten. Sie hatten doch nicht nur die Hauptlast in ihrer eigenen LPG zu tragen, sondern auch in den VdGB-Bauernversammlungen aufzutreten, die regelmäßig im Ort stattfanden. Auch dort waren sie es, die eine oftmals undankbare politische Kleinarbeit leisten mußten. Wer außer ihnen hätte das in jener Zeit sonst wohl getan?

Wenn ich an die Anfangsjahre zurückdenke, berührt mich auch, wie regelmäßig die monatlichen Vollversammlungen stattfanden, wobei die Tagesordnung meist acht bis zehn Punkte umfaßte. Und wie kritisch ging es dabei zu! Welche Leistung erbrachten die Vorsitzenden, welche hohe Achtung hatten sie vor der genossenschaftlichen Demokratie!

(wird fortgesetzt)

Werner Döring

Die **RF-Regionalgruppe Berlin** lädt für den **23. Mai** um **16.30 Uhr** in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, zu einer Leserdiskussion über die seit 2007 in der Zeitschrift veröffentlichten Ansichten zu

Ursachen und Lehren unserer zeitweiligen Niederlage

ein.
Mitglieder, Leser und Interessenten sind herzlich eingeladen.



Schnäppchen der „Arbeitgeber“

Grafik: Bernhard Gutte

Eine Frage, die nach 40 Jahren noch immer nicht geklärt ist: Wer erschöß Martin Luther King?

In einer autobiographischen Skizze hatte Martin Luther King geschildert, wie der Rassismus schon seine frühe Jugend überschattete: „Ich erinnere mich, wie ich eines Tages, als ich noch klein war, mit meinem Vater einen Schuhladen im Geschäftsviertel der Stadt (Atlanta) besuchte. Wir hatten uns auf die ersten leeren Stühle vorn im Laden gesetzt, als ein junger weißer Angestellter auf uns zukam. ‚Ich will Sie gern bedienen‘, murmelte er höflich, ‚aber gehen Sie doch bitte auf die Plätze dort hinten.‘ ‚Wir haben an diesen Plätzen nichts auszusetzen‘, sagte mein Vater. ‚Wir sitzen hier sehr bequem.‘ ‚Es tut mir leid‘, antwortete der Angestellte, ‚aber hier kann ich Sie nicht bedienen.‘ ‚Nun, entweder kaufen wir unsere Schuhe hier, wo wir sitzen, oder wir kaufen gar keine‘, gab mein Vater zur Antwort. Darauf nahm er mich bei der Hand und ging mit mir aus dem Laden. Das war das erste Mal, daß ich meinen Vater so zornig gesehen hatte. Ich hörte ihn immer noch vor sich hinsprechen: ‚Ich werde dieses System nie anerkennen, ganz gleich, wie lange ich noch unter ihm leben muß.‘“

Dieses nachhaltig wirkende Erlebnis scheint mir symptomatisch für die Persönlichkeit des afroamerikanischen Bürgerrechtlers und Baptistenpredigers zu sein.

Martin Luther King wurde am 15. Januar 1929 in Atlanta (Georgia) in einer konfliktreichen Welt und Zeit geboren. Die Mutter, eine Lehrerin, war im Hause eines erfolgreichen Predigers aufgewachsen. Sein Vater, Geistlicher in einer Baptistengemeinde und Sohn eines kleinen Farmpächters, hatte die furchtbaren Auswirkungen der Rassendiskriminierung und die soziale Misere schwarzer USA-Bürger am eigenen Leib spüren müssen. Dies alles belastete Kindheit und Jugend des heranwachsenden Martin. Er besuchte zwei theologische Seminare, gewann schließlich als bester Student einen Preis und ein Stipendium, das es ihm gestattete, beliebige Studien an einer Universität seiner Wahl fortzusetzen. So finden wir ihn an der Pennsylvania-Universität, an Harvard und in Boston. Nachdem er zunächst auf dem Gebiet der Philosophie in der zuletzt genannten Stadt promoviert hatte, erwarb er 1954, schon nebenbei in seiner künftigen Gemeinde in Montgomery arbeitend und wirkend, auch noch den Titel eines Doktors der Theologie. Sein Interesse galt dem Rassen- und dem Wirtschaftsrecht. Ein „Essay über den zivilen Ungehorsam“ ließ in ihm eine wichtige Erkenntnis reifen: „Der Gedanke, daß man sich weigern solle, mit einem bösen System zusammenzuarbeiten, faszinierte mich so sehr, daß ich das Werk mehrmals las. So kam ich zum ersten Mal mit der Theorie vom gewaltlosen Widerstand in Berührung.“

Von besonderer Bedeutung war für King das In-Kontakt-Kommen mit dem Marxismus-Leninismus. Schon 1949 las er in



seinen Mußestunden Karl Marx. Insbesondere studierte er „Das Kapital“ und das „Kommunistische Manifest“ sowie einige Sekundärschriften über Marx und Lenin. „Beim Lesen dieser kommunistischen Schriften überzeugte mich manches, was ich bis heute noch für richtig halte“, bekannte er einmal. Dabei begriff er: „Der Kapitalismus verleitet die Menschen leicht dazu, statt Lebensinhalt nur Lebensunterhalt zu suchen. Wir neigen dazu, den Erfolg eher nach der Höhe unserer Gehälter oder der Größe unserer Autos zu beurteilen als nach der Qualität unseres Dienstes an der Menschheit und unseres Verhältnisses zu ihr.“ Die Beschäftigung mit Werken von Rauschenbach, Niebuhr, Thoreau, Marx, Kant, Schleiermacher und Gandhi erweiterte seinen Gesichtskreis enorm. Nicht zuletzt dadurch gewann er Einsichten im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit und einer positiven Sozialphilosophie. Die Arbeit für die und mit den Schwarzen ließ ihn erkennen, „daß diese das Opfer dreier Übel waren: des Parteigeistes unter ihren Führern, der Gleichgültigkeit der Gebildeten und der Passivität der Ungebildeten“. Die geistigen Wurzeln seiner im Grunde revolutionären Position waren Gewaltlosigkeit und Nächstenliebe.

King wurde immer wieder mit unterschiedlichen Methoden der sozialen und rassistischen Reaktion in den USA konfrontiert. Er und seine Freunde bekamen

auch juristischen Terror zu spüren. Der Ku-Klux-Klan, ein 1866 gegründeter Geheimbund, verfolgte sie mit Bombenattentaten und anderen Repressivmaßnahmen.

Nicht zuletzt um den Drohungen, Nachstellungen und Verfolgungen zu entgehen, wurde 1956/57 die Christliche Führerschaft des Südens (Southern Christian Leadership Conference) ins Leben gerufen. Sie bestimmte King zu ihrem Präsidenten. Die Devise der Organisation lautete: „Blick vorwärts!“ Politische und staatsbürgerliche Erziehung, Fragen der Kommunalpolitik, Ausbildung zur Persönlichkeit, Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Gesundheitswesens, Sport und Erholung, juristische Probleme, Meinungsbildung und Kulturarbeit gehörten zum Fächer der Aktivitäten.

King kam es darauf an, einen neuen Typ des Afroamerikaners herauszubilden zu helfen, der sich seiner selbst bewußt und öffentliche Verantwortung zu übernehmen bereit war. Dem dienten auch der legendäre Marsch auf Washington am 28. August 1963 und herausragende antirassistische Aktionen in Birmingham, Detroit, Cleveland und Boston im Rahmen eines „Sommers des Mißvergnügens“.

Den am 9. Dezember 1964 gegen den erbitterten Widerstand der USA-Geheimpolizei FBI und anderer reaktionärer Kräfte mit dem Friedensnobelpreis Geehrten erklärte das USA-Magazin „Time“ zum Mann des Jahres.

Ein Briefwechsel Kings mit Gerald Götting, dem Vorsitzenden der DDR-CDU, unterstützte die innenpolitischen Aktivitäten des Vietnamkriegsgegners, der im Sommer 1964 am Baptistischen Weltkongreß in Amsterdam teilnahm und im September des gleichen Jahres von Papst Paul VI. empfangen wurde. In beiden Teilen Berlins predigte King bei ökumenischen Gottesdiensten. Er traf sich u. a. mit afrikanischen Studenten der Berliner Humboldt-Universität.

All das veranlaßte FBI-Chef J. Edgar Hoover dazu, seine Agenten damit zu beauftragen, sich überall an Kings Fersen zu heften und „belastendes Material“ gegen ihn zu sammeln.

Die Kugel eines gedungenen Mörders streckte ihn am 4. April 1968 – vor 40 Jahren – auf dem Balkon des Lorraine-Motels in Memphis (Tennessee) nieder. Noch kurz vor diesem Anschlag hatte Martin Luther King in der New Yorker Riverside Church den historischen Satz geprägt: „Der Antikommunismus hat uns zu oft in den Morast geführt.“

Wie die Geheimdienste das Verbrechen von Memphis geplant und organisiert haben, liegt bis heute weitgehend im dunkeln. Der angebliche Todesschütze widersprach nach langjähriger Haft und traf mit Kings Angehörigen zusammen, die ihn nicht für den Täter halten.

Hermann Gerathewohl

Zypern: Ein Kommunist als Staatschef

In der Mittelmeer-Republik Zypern ist Demetris Christofias, Generalsekretär der Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes (AKEL), wie sich die äußerst einflußreiche Partei der Kommunisten des Inselstaates seit etlichen Jahrzehnten nennt, zum Präsidenten gewählt worden. Das Ergebnis der Stichwahl vom 24. Februar war zwar relativ knapp, doch eindeutig: Während der Sieger 53,36 % der Stimmen erhielt, entfielen auf seinen rechtskonservativen Gegenspieler Ioannis Kasoulides 46,64 %. Der 61jährige Christofias war bereits seit 2001 Zyperns Parlamentspräsident. Als Maurersohn im jetzt durch die türkische Armee okkupierten Norden Zyperns geboren, studierte er in der UdSSR, wo er auch als Historiker promovierte. Christofias war Generalsekretär des AKEL-Jugendverbandes EDON und wurde 1982 ins ZK der Partei gewählt. Seit 2001 nimmt die AKEL in der Parteienskala Zyperns den ersten Platz ein. Damals errang sie 18 Kammermandate – mehr als jede andere Partei. Sie hat zwei Abgeordnete im Europaparlament. Christofias setzt sich für eine gerechte Lösung der Zypernfrage ein und schlägt hierzu den Weg des Referendums vor. Er tritt für gute, auf gegenseitigem Vertrau-

en beruhende Beziehungen zur türkischen Bevölkerungsgruppe ein und genießt unter deren Mitgliedern weithin Respekt. Noch am Tag seines Wahlsieges gratulierte ihm Mehmet Ali Talat, der Führer der nur durch Ankara anerkannten Türkischen Republik Nordzypern. Diese war 1974 im Ergebnis der Invasion türkischer Truppen, die noch heute ein Kontingent von 30 000 Mann auf der Insel unterhalten, einseitig ausgerufen worden. Talat, ein Sozialdemokrat, traf inzwischen mit Christofias zu einem konstruktiven Meinungsaustausch zusammen. Der neue Präsident war in der zweiten Runde auch durch Sozialdemokraten, Grüne und mehrere Massenorganisationen unterstützt worden. Beim ersten Urnengang hatte sein Vorgänger Tassos Papadopoulos eine herbe Niederlage hinnehmen müssen. Die AKEL ist die einzige Partei des nur 9251 qkm großen und 835 000 Einwohner (78 % sprechen griechisch, 18 % türkisch) zählenden Inselstaates, die Anhänger in beiden Bevölkerungsgruppen besitzt und gute Beziehungen zu einigen politischen Kräften des Nordens unterhält. Die Lage in Zypern wird auch dadurch belastet, daß die NATO-Macht Großbri-

tannien zwei ausgedehnte Militärbasen auf dem Landesterritorium unterhält. Erschwerend kommt weiterhin hinzu, daß seit 1974 mehr als 140 000 aus der Türkei eingewanderte Siedler, die jetzt auf ihre „Rechte“ pochen, die Okkupation im nördlichen Drittel Zyperns stützen. Die durch UNO-Truppen gesicherte „Grüne Linie“, die beide Insektoren trennt, besteht zwar noch fort, ist aber in letzter Zeit durchlässiger geworden. Zehntausende türkische Arbeiter aus dem ärmeren Norden haben in Betrieben des Südens Beschäftigung gefunden. Im Jahre 2004 hatten die griechischen Zyprioten die von UNO-Generalsekretär Kofi Annan unterbreiteten Wiedervereinigungspläne bei einem Referendum mit großer Mehrheit abgelehnt, da sie die Fortsetzung der türkischen Herrschaft über den Norden massiv begünstigten. Zypern, das 1960 den Briten nach hartem, teils bewaffnetem Kampf unter Führung der Kommunisten die Unabhängigkeit abtrotzte, gehört seit dem 1. Januar 2008 zur Euro-Zone. Seine Wirtschaft wird vom Tourismus und von Aktivitäten der Handelsmarine dominiert.

R. F., gestützt auf „The New Worker“, London, und „Solidaire“, Brüssel

Bundeswehrangehörige berichten von ihrem „Auslandseinsatz“ in Afghanistan Raketen auf Camp Warehouse

Raketenbeschuß des Bundeswehrcamps, Anschläge auf die Interventionstruppen der ISAF, Feuer auf Versorgungsmaschinen beim Anflug auf den Airport der afghanischen Hauptstadt, Ausrüstungsmängel, Schlachtfeldtourismus, Affentanz bei Besuchen, Saufgelage, Fahrzeugstillegungen ..., all das sind Themen, die Achim Wohlgethan (mit Dirk Schulze) zu Gegenständen des Insiderberichts „Endstation Kabul“ machte. Beide Autoren gingen als Stabsunteroffizier bzw. Hauptmann (Presseoffizier) im Jahre 2002 freiwillig nach Afghanistan. Sie sind inzwischen aus der Bundeswehr ausgeschieden und üben zivile Berufe aus. Nun schildern sie in ihrem aufsehenerregenden Bericht interessante Details aus dem Alltag der heute 3500 Bundeswehrsoldaten, die beim „Wiederaufbau“ des überfallenen Landes „helfen“. Einem internen Gutachten des „Verteidigungsministeriums“ zufolge leiden die „Auslandseinsätze“ der Bundeswehr unter unsachgemäßer Führung, wodurch die Soldaten in Lebensgefahr gebracht werden, berichtet die „Süddeutsche Zeitung“. In dem 55 Seiten umfassenden Papier des Hauses Jung gehe es um Leitungsschwäche, fehlende strategische Planung, bizarre Bürokratie und kleinkarierte Kontrollwut. „Wir kennen den Bericht nicht“, schreibt Achim Wohlgethan auf seiner Website,

„glauben aber jedes Wort. Damit nicht nur interne Gremien informiert werden, sondern auch die breite Öffentlichkeit von dem Wahnsinn der ‚Auslandseinsätze‘ erfährt, haben wir unser Buch geschrieben – nicht im Gutachter-Deutsch, sondern leserfreundlich aufbereitet und aus dem prallen Leben.“ Wohlgethan läßt uns hinter die Kulissen der Bundeswehr blicken und rückt damit die Diskussion um den Export militärischer Gewalt durch die BRD sowie Sinn und Zweck der deutschen Armee, die keine Verteidigungsaufgaben mehr zu lösen hat, sondern in aller Welt Krieg „spielt“, in ein neues Licht. Die „Operation Afghanistan“ ist nicht nur eine mörderische Bedrohung der einheimischen Bevölkerung, sondern auch eine tickende Zeitbombe für die dort stationierten deutschen Soldaten. In seinem packenden Tatsachenbericht schildert der ehemalige Fallschirmjäger Wohlgethan authentisch und kenntnisreich seinen Einsatz in Kabul. Er lauschte an den 182 Abenden im Camp Warehouse jeweils um 21.55 Uhr der schon unter Hitler mißbrauchten Melodie von „Lilli Marleen“, jetzt übertragen vom Soldatensender „Radio Andernach“. Er tat das schon zuvor in Pristina im Kosovo. Wohlgethan erlebte Raketenangriffe der Taliban auf das Lager, die allerdings ihr Ziel verfehlten. Den Beschuß mit Infanteriewaffen erwähnt er nur am Rande.

Während seines ersten Einsatzes in Kabul wurde der Stabsunteroffizier als Spezialist einer niederländischen Kommandoeinheit zugeteilt. In den USA als Hubschrauberpilot ausgebildet, operierte er auch außerhalb des „Mandatsgebiets“. Dabei steuerte er weder einen Helikopter, noch sprang er mit dem Fallschirm ab. Dafür patrouillierte sein mobiles Kommando im Distrikt Paghman in luftiger Höhe. Während seiner Dienstzeit bei der ISAF habe er auch für den Militärischen Abschirmdienst MAD gearbeitet, teilt der Autor freimütig mit. Eindringlich wird geschildert, wie die Bundeswehr die Gefährlichkeit ihrer „Mission“ absichtlich herunterspielt und die Soldaten oft moralisch, politisch und juristisch im Stich gelassen werden. Jetzt sollen weitere 250 Angehörige der BRD-Streitkräfte als „Schnelle Eingreiftruppe“ in das Land am Hindukusch verlegt werden. In Regierungskreisen diskutiert man bereits darüber, das „Mandat“ der Bundeswehr – so wird der Kriegseinsatz parlamentarisch verbrämt – bis auf 4000 oder 5000 Mann zu erhöhen.

Franz-Karl Hitze

Achim Wohlgethan (mit Dirk Schulze): Endstation Kabul / Als deutscher Soldat in Afghanistan – ein Insiderbericht, Ullstein Buchverlage GmbH, Econ-Verlag, Berlin 2008, 304 Seiten, gebunden, 18,90 Euro, ISBN 978-3-430-20043-1

Brasiliens Meisterarchitekt Oscar Niemeyer: Mein Memorial für Luis Carlos Prestes

Meiner Meinung nach ist die Gedenkstätte, die ich zur Erinnerung an Luis Carlos Prestes baute, ein besonderes Werk, das ich ein wenig erklären möchte. In den freien Tagen am Jahresende, in denen ich ausruhte, kam mir der Wunsch in den Sinn, darüber zu schreiben.

Die im Süden des Landes liegende Gedenkstätte ist eine Arbeit, die nicht – wie sonst üblich – auf einem Konstruktionsplan beruht, sondern auf der Idee, etwas Wesentliches und Einzigartiges zu schaffen: Eine Wand voller Kurven und mit unerwarteten Geraden, ein Viereck aus Glas, das das Gebäude durchläuft, könnte die Besucher an die wichtigsten Etappen im Leben des großen Brasilianers erinnern. Die einfache und geradlinige Fassade des Gebäudes zeigt, zusammen mit der inneren, sehr beweglichen Wand, den Kontrast, der von einer guten Architektur oftmals gesucht wird.

Neben dem Eingang befindet sich die Wand mit Texten und Fotos, die den Besuchern die frühe Etappe in der Entwicklung von Prestes zeigen, als der junge Armeeoffizier die Bauarbeiten am Rio Grande do Sul begleitete. Hier erhob er, erst sechsundzwanzig, aber schon sehr ernsthaft, wie er immer war, gegen die schlechten Bedingungen Einspruch, unter denen die Arbeiten durchgeführt wurden.

Da seine Beschwerden nicht beantwortet wurden, kam ihm allmählich zu Bewußtsein, daß eine bürokratische Lösung zu nichts führen werde, weshalb die Probleme des Landes nur durch eine Revolution zu lösen seien. Es tauchte die durch den Urwald ziehenden legendäre „Kolonnen Prestes“ auf – als damals einziger Weg, den politischen und sozialen Fragen zu begegnen.

Schritt für Schritt lernen die Besucher auf diese außerordentliche Weise den Mut jener Gruppe von Landsleuten kennen, welche so lange den Kräften der Unterdrückung Widerstand leistete. Anschließend mußte Prestes ins Exil gehen – zuerst nach Bolivien, dann nach Argentinien und später in die Sowjetunion. Da war er schon Marxist und sah die Revolution im weitesten und universellsten Sinne.

Dann wird die Wand dunkler, und in einer geschlosseneren Umgebung mit weniger Licht erscheint die Zeit des Gefängnisses, die Prestes neun Jahre lang in Einzelhaft zubringen mußte. Und um so viel Traurigkeit noch zu verstärken, wurde 1936 seine Frau Olga Benario, gefangen und schwanger, nach Hitler-Deutschland ausgeliefert. Sie entband in der Haft, kam in das Konzentrationslager Ravensbrück und wurde 1942 von den Faschisten vergast. Ihre Tochter Anita konnte schließlich, nach einer großen internationalen Kampagne, die von Prestes' Mutter angeführt wurde, den Großeltern in Brasilien übergeben werden. Wieviel Leid! Durch so viel Gewalt beeindruckt, halten die Besucher konsterniert inne: Das ist der politische Kampf in seinen glorreichen und schreck-

lichen Momenten. Der Krieg hörte auf. Die siegreichen sowjetischen Truppen kamen nach Berlin. Es entstand ein Klima des Optimismus. In Brasilien wurde Prestes amnestiert, und die Brasilianische Kommunistische Partei (PCB), deren Generalsekretär er war, errang die Legalität. Es begann die Epoche der großen Neuanfänge, der Verfassungskampagne.

Die mit den Ereignissen übereinstimmende rote Wand ändert ihre Farbe und wird wieder dunkler. Vor ihr stellen die Besucher bewegt fest, daß der euphorische Augenblick vorbei ist. 1947 tilgte das Oberste Wahlgericht die PCB aus dem Register zugelassener Parteien und annullierte unverzüglich die Mandate ihrer Abgeordneten und Senatoren, unter denen sich auch Prestes befand. Es war die Periode der antikommunistischen Reaktion, die unerbittlich einsetzte.

Prestes handelte wieder aus der Illegalität heraus. Durch den Militärputsch im Frühjahr 1964 wurden seine politischen Rechte abermals aufgehoben.

Die Geschichte geht ihrem Ende zu. Aufmerksam und innerlich erregt verfolgen die Besucher die Darstellung eines großen Lebens. Für Prestes begann ein neues Exil, das sich bis 1979 hinzog. Bei seiner

Rückkehr unterstützte er die „Directas Ya“, solidarisierte sich mit der Kandidatur von Tancredo Neves. 1990 starb er, bis zuletzt aktiv und mit dem gleichen Mut wie immer. Nach seinem Tod wurde der einstige „Ritter der Hoffnung“ ein zweites Mal amnestiert und von der Armee sogar zum Oberst befördert. Als Architekt stelle ich mit Befriedigung fest, daß mein Projekt dazu beiträgt, die Erinnerung an Luis Carlos Prestes wachzuhalten, einen Brasilianer, der für sein Volk gegen Not und soziale Ungleichheit kämpfte, die leider noch immer in unserem Land bestehen.

Ich lese meinen Text noch einmal durch und glaube, die Vergangenheit nicht genug hervorgehoben zu haben. Das Wichtigste besteht aber darin, den Kampf für eine bessere Welt, die Bush vergebens zu zerstören sucht, weiterzuführen.

Oscar Niemeyer

*Aus „La Folha de São Paulo“
Übersetzt von Isolda Bohler*

Der Autor dieser Zeilen ist einer der bedeutendsten Architekten des 20. Jahrhunderts, Erbauer der Hauptstadt Brasília und Schöpfer unvergänglicher Werke im eigenen Land und an anderen Orten der Welt. 1945 schloß er sich der KP seines Landes an.

Neuer Vorsitzender von Belgiens PTB

Die Partei der Arbeit Belgiens (PTB/PVDA) – die einstmalige Organisation maoistischer Intellektueller – hat sich zu einer modernen und immer schlagkräftigeren marxistisch-leninistischen Partei mit derzeit 3000 Mitgliedern entwickelt. Auf ihrem 8. Parteitag, der am 2. März abgeschlossen wurde, wählte sie eine neue Führung. An die Stelle des bisherigen PTB-Vorsitzenden Ludo Martens trat der 38jährige Peter Mertens. Auch im achtköpfigen Büro – der eigentlichen Spitze der Partei – gab es Veränderungen, wobei erfahrene Kader wie Boudewijn Deckers und Jo Cottenier ihre Plätze behielten. Zu den jungen in der engeren Parteiführung gehört David Pestieau, Chefredakteur der Wochenzeitung „Solidaire“, auf deren exzellente Informationen zu internationalen Themen sich der RF oft und gerne stützt. Gegenwärtig durchläuft die PTB eine wichtige Phase der Erneuerung. Eher konspirative Methoden früherer Jahre weichen der Transparenz. „Unsere Partei ist ein Haus aus Glas“, schrieb „Solidaire“ in Anlehnung an Alvaro Cunhals berühmtes Buch „Die Partei mit Wänden aus Glas“, mit dem er vor mehr als zwei Jahrzehnten die Portugiesische KP (PCP) vorstellte.

Peter Mertens hat das Studium der Soziologie 1994 abgeschlossen. Er war Vorsitzender des Studentenverbandes der PTB. Auf dem 5. Parteitag (1995) wurde er ins damalige ZK (jetzt Nationalrat) gewählt. Ab 1998 leitete er die Provinzorganisation der Partei in Antwerpen. Im Jahr 2002 stieg er ins Büro der PTB auf. In seinem



Peter Mertens

2005 erschienenen Buch „Die Arbeiterklasse in der Ära transnationaler Unternehmen“ plädierte er leidenschaftlich für die Verstärkung kommunistischer Aktivitäten in den Betrieben. Mertens gehört dem Stadtrat von Antwerpen an. Er ist Lebenspartner der bekannten belgischen Kommunistin Zohra Othman und hat zwei Söhne – Karim und Armin.

Ungarische Kommunisten freigesprochen

Die Ende 2007 wegen angeblicher Verleumdung der Justiz zu jeweils zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilten Mitglieder des Büros der Ungarischen Kommunistischen Arbeiterpartei sind vom Appellationsgerichtshof in Fejer freigesprochen worden. Ihnen war vorgeworfen worden, eine Gerichtsentscheidung öffentlich attackiert zu haben, mit der die Beschlüsse eines im Jahr 2005 abgehaltenen Parteitags der UKAP rechtswidrig annulliert worden waren. ■

Kubas erfolgreicher Kampf gegen den Säuglingstod Auf dem Kontinent hält nur Kanada Schritt

Besonders seit dem Wegbrechen des Rückhalts in der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern Europas hat Kuba so manche Durststrecke hinter sich gebracht. Noch immer gibt es viele ungelöste Probleme, bei deren Bewältigung verlässliche Freunde des karibischen Inselstaates wie China und Venezuela jetzt tatkräftig helfen.

Andererseits können die Kubaner auf bestimmten Gebieten, wo sie mit an der Spitze stehen, anderen die Hacken zeigen. Das gilt z. B. für die gesundheitliche Betreuung von Säuglingen und Kleinkindern. Deren Sterblichkeit bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres betrug im Lande der Castro-Brüder 2007 das zweite Jahr in Folge 5,3 auf 1000 Lebendgeborene. Es handelt sich um die niedrigste Zahl in der Geschichte Kubas. Gemeinsam mit Kanada eilt der sozialistische Staat allen anderen Ländern der Hemisphäre davon. Weltweit liegt die Säuglingssterblichkeit gegenwärtig bei 52 von 1000, in Lateinamerika bei 26. Westafrika meldet laut UNICEF-Bericht 108 Todesfälle in dieser Altersstufe.

Demgegenüber wird in den entwickelten Industriestaaten insgesamt vom Faktor 5, in den USA von 6 ausgegangen, wobei die afroamerikanische Bevölkerung mit 13 aus dem Raster herausfällt. Diese Ländergruppe wird jedoch deutlich durch Schweden, Dänemark, Norwegen, Finnland und

Japan überflügelt, die nur 3 Todesfälle auf 1 000 Lebendgeburten melden.

Hervorhebenswert ist, daß es in Kuba keinen Unterschied bei Ethnien bzw. Hautfarben gibt. Im Jahr 2007 wurden in der Inselrepublik 112 425 Kinder geboren, etwas mehr als 2006. Dabei mußte der anschließende Tod von 592 Säuglingen beklagt werden, deren Ableben vor allem auf Komplikationen bei der Entbindung, Erbschäden und Infektionen zurückzuführen war.

Aufschlußreich ist ein Vergleich mit der vorrevolutionären Situation Kubas. Damals lag die Säuglingsmortalität bei 60. Bis 1962 war sie auf 42 gesenkt worden – immer noch eine enorme Zahl.

Im Weltmaßstab sterben jährlich 500 000 Frauen während der Schwangerschaft, bei der Geburt und im Wochenbett – jede Minute eine. Das sind 400 auf 100 000 Geburten. In ganz Lateinamerika liegt die Frauensterblichkeitsrate bei 190 – in Kuba beträgt sie 21. Die kubanischen Gynäkologen führen die noch auftretenden Fälle vor allem auf Blutungen, Embolien des Fruchtwassers, das in den Blutstrom gelangt, und Blutgerinnungsprobleme zurück.

Kubas deutliche Fortschritte auf den hier dargestellten Gebieten sind nicht vom Himmel gefallen. Nach der Alphabetisierungskampagne, mit der die beispielhafte Entwicklung des Bildungswesens eingelei-

tet wurde, wandten sich die KP Kubas und die Volksmacht der Schaffung eines allen zugänglichen, kostenlosen Gesundheitssystems zu. Die gesamte Einwohnerschaft wurde durch nationale Impfkampagnen erfaßt. Es entstand ein dichtes Netz von Betreuungseinrichtungen für werdende Mütter. Ihnen ermöglicht der Staat jeweils 17 Untersuchungen. Inzwischen bringen fast alle Schwangeren ihr Kind in einer staatlichen Geburtsklinik zur Welt. Acht Laboruntersuchungen werden bereits bei der Aufnahme in den Kreis der Betreuten eingeleitet. Bei zu erwartenden Frühgeburten wird den Frauen von der 28. bis zur 34. Woche ein „Lungenreifungsmittel“ verabreicht. Gesunde Kinder untersucht man im Regelfalle 12 Mal im Jahr. Dabei impft man sie nacheinander gegen 12 vermeidbare Infektionen. (Tuberkulose, Hepatitis B, Diphtherie, Keuchhusten, Tetanus, Hirnhautentzündung der Typen B und C, Mumps, Röteln, Scharlach, Kinderlähmung und die vom Virus Haemophilus Influenzae verursachten Krankheiten) Bei der Einschulung kommt eine weitere Impfung gegen Typhus hinzu.

Wie man sieht, gibt es sehr handfeste Gründe für Kubas kontinentale Spitzenleistung, die Säuglings- und Kindersterblichkeit seit dem Sieg der Revolution auf weit weniger als ein Zehntel zurückgedrängt zu haben.

R. F., gestützt auf „Granma Internacional“, Havanna

Bewegende Exposition eines in der DDR ausgebildeten vietnamesischen Fotoreporters Als Jane Fonda Mut bewies

Chu Chi Thanh studierte an der Sektion Journalistik der Leipziger Karl-Marx-Universität. Er gilt als Meister des belichteten Zelluloids. Ihm zu Ehren wurde in Hanoi eine Ausstellung eindrucksvoller und erschütternder Aufnahmen eröffnet, die inzwischen auch in Ho-Chi-Minh-Stadt und weiteren Zentren Vietnams gezeigt worden ist. Die Bilder wurden von Thanh während des terroristischen USA-Luftkrieges der 60er und 70er Jahre gegen sein Land gemacht. Erste Station war das hauptstädtische Museum der vietnamesischen Revolution. Die Schau umfaßt 110 Schwarz-Weiß-Fotos und steht unter dem Motto: „Unvergessliche Augenblicke“. Gut die Hälfte der Aufnahmen des in Vietnam berühmten Fotoreporters, der über eine 40jährige Berufserfahrung verfügt, konnte vorher noch nie in Augenschein genommen werden.

Thanh untergliedert seine Arbeit in acht Komplexe: in der Feuerlinie der Zone 4; Hanoi; Haiphongs 12 Tage unter dem Bombardement der B-52; Straße zur Front; Die Armee ohne Uniform; der Premierminister (Pham Phan Dong), den ich



Diese Aufnahme von Jane Fonda machte Thanh 1972 im kriegszerstörten Nam Dienh.

liebte; Jane Fonda und die Freunde in aller Welt; beide Seiten sind froh; der erste Tag des Wiederaufatmens.

Die Exposition beginnt mit einer Fotoreportage von den Schauplätzen besonders erbitterter und blutiger Kämpfe in der Zone 4. Die Aufnahmen entstanden mit zwei Kameras aus DDR-Produktion: Praktika

und Exakta. Zu den bewegendsten Bildtafeln zählt der Bericht aus dem durch die USA-Luftpiraten schwer getroffenen Hanoi Krankenhaus Bach Mai und von der bei einem B-52-Angriff niedergewalzten Kham-Thien-Straße.

Einige Fotos bringen dem Betrachter das mutige Antikriegsengagement der amerikanischen Schauspielerin Jane Fonda nahe, die Thanh 1972 während ihres Aufenthalts in der schwer zerstörten Textilstadt Nam Dienh aufgenommen hat.

Der herausragende Fotograf war auch dabei, als gefangene nordvietnamesische Soldaten in Verwirklichung des Pariser Friedensabkommens aus Südvietnams Quang-Tri-Kerker entlassen wurden.

Thanh arbeitete zwischen 1967 und 1974 für die Vietnamesische Nachrichtenagentur. Seine Berichte erschienen in renommierten Zeitungen und Magazinen des In- und Auslands. Seit 2005 war er Vorsitzender der Vietnamesischen Vereinigung für künstlerische Photographie.

R. F., gestützt auf „Vietnam News Service“

Vom Parteitag der irischen Linkspartei

Sinn Féin visiert Vereinigung beider Landesteile an

Anfang März versammelten sich rund 500 Mitglieder zum Ard Fheis, dem jährlichen Treffen der irischen Linkspartei Sinn Féin. Im letzten Jahr hatte sie die historische Entscheidung getroffen, erstmals in der Geschichte der irisch-republikanischen Bewegung die Sicherheitskräfte im Norden der Insel offiziell anzuerkennen. Teil des nordirischen Friedensprozesses ist die Umwandlung der vormals britischen Besatzungspolizei in einen von allen Bevölkerungsteilen anerkannten Polizeidienst.

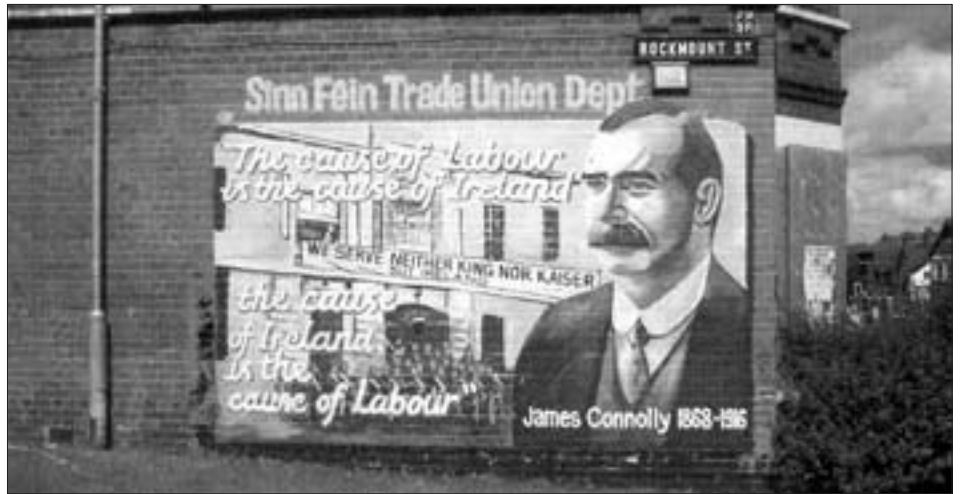
Die Entscheidung – und die damit verbundene Beteiligung von Sinn Féin an Aufsichtsorganen der Polizei – war Voraussetzung des Zustandekommens der nordirischen Autonomieregierung in Belfast. Seit dem Frühjahr 2007 wird die Region, wie im Friedensabkommen von 1998 vorgesehen, durch eine Koalition der rechtsprotestantischen Democratic Unionist Party (DUP) und der linken Sinn Féin regiert.

Auf dem diesjährigen Parteitag erinnerte deren Leader Gerry Adams an die Bürgerrechtsbewegung, die 1968 auf die Straße ging: „Mit einfachen Forderungen schlossen sich Republikaner, Nationalisten, Sozialisten und andere fortschrittliche Kräfte zusammen. Die Bewegung war spontan und gewann massenhafte Unterstützung.“

Adams brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, daß man der irischen Einheit „so nahe wie nie“ sei. Es wurde eine Kommission führender Republikaner eingerichtet, die einen strategischen Stufenplan (Roadmap) zur Vereinigung Irlands ausarbeiten soll. „Die Proklamation des Dubliner Osteraufstands von 1916 ist unsere Vision von einem unabhängigen Irland, basierend auf Gleichheit, Gerechtigkeit und wirklicher Demokratie“, sagte Adams.

In Nordirland ist Sinn Féin mit Abstand die stärkste Kraft im republikanischen Lager und wird aller Voraussicht nach bei den nächsten Wahlen auch die pro-britische Konkurrenz überflügeln. Ein Durchbruch im Süden der Insel erscheint jedoch schwierig. Daher sind zwei Kampagnen geplant, mit denen Sinn Féin größere Unterstützung gewinnen möchte.

Erstens geht es um ein klares Nein beim Referendum über die sogenannten Lissabonner Verträge, mit denen die in Frankreich und den Niederlanden abgelehnte EU-Verfassung „durch die Hintertür“ wieder eingeschleppt worden ist. Hier kann Sinn Féin als einzige der großen Parteien auf die EU-kritische Haltung vieler Iren setzen. Eine zweite Kampagne betrifft ein gigantisches Wirtschaftprojekt vor der irischen Westküste. Dort möchte der Shell-Konzern Gas fördern. Die schwarz-grüne Regierung gab dazu bereits freie Bahn. Eine Protestbewegung aus Anwohnern, Umweltschützern und linken Aktivisten macht indes gegen das Vorhaben mobil.



Ein Wandbild der Sinn-Féin-Partei: Es zeigt den Vorkämpfer des irischen Proletariats James Connolly. Der Text daneben lautet: Die Sache der Arbeiter ist die Sache Irlands – die Sache Irlands ist die Sache der Arbeiter. Foto: F. Osuch

Erfreulich war auf dem Parteitag die internationalistische Ausrichtung der Linkspartei. Mit großem Beifall wurden vor allem die Gäste vom African National Congress (ANC) Südafrikas und von der in die Illegalität getriebenen baskischen Linkspartei Batasuna empfangen. Mit Blick auf die fortschrittlichen Bewe-

gungen in Lateinamerika erklärte Gerry Adams: „Vor wenigen Wochen sandten wir herzliche Grüße an Fidel Castro, der seine Ämter niederlegte. Wir wenden uns gegen die Dämonisierung von Regierungen, die wie in Venezuela, Cuba, Bolivien oder Ecuador über ihre Ressourcen selbst entscheiden wollen.“ Florian Osuch

Verein und Redaktion beglückwünschen die Jubilare des Monats

Herzlich gratulieren wir Genossen **Reinhard Wecker** aus Falkensee, der am **27. Mai** seinen **85. Geburtstag** begeht.

Ein starkes Kontingent **80jähriger** rückt ein: **Roland Richter (9. Mai)** aus Strausberg, **Regine Wdowzyk (15. Mai)** aus Weimar, **Manfred Purschke (20. Mai)** aus Berlin, **Prof. Dr. Heinz Wachowitz (20. Mai)** aus Berlin, **Dr. Rainer Miedtank (24. Mai)** aus Liebenwalde und **Horst Schröter (27. Mai)** aus Iserlohn begehen diesen Ehrentag.

Zum **75.** beglückwünschen wir **Karl Grandissa (3. Mai)** aus Freiberg.

Herzliche Grüße zum **70. Geburtstag** gehen an **Günter Werzlau (1. Mai)** aus Taucha, **Dr. Karl Fischer (2. Mai)** aus Berlin, **Wolfgang Schramm (5. Mai)** aus Wolfen, **Dagmar Schmidt (10. Mai)** aus Suhl, **Lieselotte Hähnlein (19. Mai)** aus Erfurt und **Eberhard Schlosser (24. Mai)** aus Auerbach.

65 wird am **18. Mai** Genosse **Dirk Jakob** aus Magdeburg.

Genossin **Gisela Kohlase** aus Berlin begeht am **4. Mai** ihren **60. Geburtstag**.

Liebe Grüße an alle etwas älter werdenden Mitstreiter!

Vor 60 Jahren: Proklamation des Staates Israel Auf Kosten der Araber

Am 14. Mai 1948 endete das britische Mandat über Palästina. Am gleichen Tag trat der Nationalrat, die Vertretungskörperschaft der Juden im Mandatsgebiet, zu seiner 4. Sitzung im Stadtmuseum von Tel Aviv zusammen. David Ben Gurion, Chef der Jewish Agency, der obersten Selbstverwaltungsbehörde der palästinensischen Juden, verlas die „Unabhängigkeitserklärung“ und proklamierte „die Errichtung eines jüdischen Staates“, des Staates Israel. Noch am gleichen Tag erfolgte dessen Anerkennung durch die USA, jedoch nur „de facto“. Die volle diplomatische Anerkennung folgte erst am 31. Januar 1949. Washington wollte die israelischen Wahlen abwarten, in deren Ergebnis man einen Sieg der Linken und die Bildung einer prosovjetschen Regierung befürchtete. Die linken Kräfte, darunter die Kommunisten, erlitten jedoch in den ersten israelischen Wahlen vom 25. Januar 1949 eine schmerzliche Niederlage. Die Vorbehalte der USA bestanden zunächst trotz eindeutiger Westorientierung der israelischen Führer weiter. Die UdSSR hingegen war ihrer erklärten Linie treu geblieben und hatte bereits am 18. Mai 1948 als erstes Land den Staat Israel und dessen provisorische Regierung in vollem Umfang anerkannt.

Als unmittelbare Reaktion auf die UNO-Teilungsresolution vom 29. November 1947 (s. RF 11/07, S. 21) hatte sich die bewaffnete Konfrontation zwischen den Bevölkerungsgruppen außerordentlich verschärft. Anfang April 1948 begannen die zionistischen Milizen eine Großoffensive gegen die überwiegend arabisch besiedelten Gebiete. In wenigen Wochen erreichten sie fast vollständig die im Teilungsplan vorgesehenen Linien. Eine Massenflucht der arabischen Bevölkerung setzte ein, besonders nachdem das

von den rechtszionistischen Milizen im April 1948 begangene Massaker im arabischen Dorf Deir Jassin bekannt geworden war.

Bis zum Ende des Mandats am 15. Mai 1948 hatten die jüdischen Truppen der Hagana, die auf den Kibbuzim basierende „Verteidigungsarmee“, ihre Einsatzgruppe Palmach, die im Zweiten Weltkrieg in der Jüdischen Brigade mit den Alliierten gekämpft hatte, und die Milizen wie Ezel und Lechi bereits wesentliche militärische Erfolge erzielt. Bis zur Ausrufung des Staates Israel eroberten zionistische Milizen mehr als 200 palästinensische Dörfer und Städte – darunter Jaffa, Haifa, Tiberias, Safed und Teile West-Jerusalems. Die Einwohner wurden vertrieben. Nun griffen die arabischen Nachbarstaaten, insbesondere Jordanien und Ägypten, in die Kämpfe ein. Entgegen immer noch verbreiteten Darstellungen, Israel habe gegen eine 25fache Übermacht um seine nackte Existenz kämpfen müssen, setzten die arabischen Staaten zu keiner Zeit mehr als 50 000 Soldaten ein. Das waren weniger, als Israel zu dieser Zeit mobilisieren konnte.

Die arabische Intervention stellte für die Streitkräfte des jungen Staates kein wirkliches militärisches Problem dar. Zudem traf der Krieg die Araber in Palästina unorganisiert und führungslos. Keinerlei Vorbereitungen für einen eigenen arabischen Staat waren erfolgt. Die Araber hatten sich noch nicht von der Niederwerfung des Aufstandes gegen Mandat und Vertreibung (1936–1939) erholt. Ihre Kämpfer waren den Juden nicht nur zahlenmäßig unterlegen, sondern auch im Hinblick auf Bewaffnung und Ausrüstung. Israel erhielt zu dieser Zeit nennenswerte militärische Unterstützung allerdings nur durch die UdSSR. Über die Tschechoslowakei und Jugoslawien sorgte Moskau für die Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern sowie die Ausbildung israelischer Offiziere. Dazu gehörten auch Artillerie, Munition und Nachrichtenmittel sowie Kampfflugzeuge und die Instruktion ihrer Besatzungen. Das entsprach bereits in der UNO vertretenen Politik der Sowjetunion, die mit dem neuen Staat Israel auf einen zukünftigen Verbündeten im Nahen Osten setzen wollte.

Das erwies sich allerdings bald als Illusion, weil die

zionistischen Führer ganz andere politische Ziele verfolgten. Als Ergebnis des Krieges von 1948/49 vergrößerte Israel sein Territorium gegenüber dem UNO-Teilungsplan um rund 50 Prozent. 750 000 Araber (palästinensische Quellen gehen sogar von 930 000 Menschen aus) wurden während des Krieges gewaltsam vertrieben oder flohen vor den Kampfhandlungen. Eine Rückkehr wurde ihnen später von Israel verweigert. Jordanien annektierte im geheimen Einverständnis mit der israelischen Regierung das Westjordanland einschließlich Ostjerusalem, Ägypten kontrollierte den Gazastreifen. Israel wurde im Mai 1949 Mitglied der Vereinten Nationen unter der Voraussetzung, die Resolution 181 zu respektieren. Dies ist bis heute nicht geschehen. Am 6. 1. 1950 erklärte Premier Ben Gurion Jerusalem, das zwischen Israel und Transjordanien geteilt war, zur Hauptstadt Israels. Im April 1950 okkupierte Transjordanien, seit 1946 unter König Abdallah formal unabhängig, Ostpalästina. Israel billigte das wieder stillschweigend. Damit entstand das Haschemitische Königreich Jordanien.

Die Palästinenser, in Flüchtlingslagern und unter jordanischer oder ägyptischer Herrschaft, wurden praktisch ihrem Schicksal überlassen. Weder durch sie selbst noch von anderer Seite erfolgten Schritte für die Schaffung des palästinensischen Nationalstaates. Die UNO-Resolution 181 vom November 1947 (UNO-Teilungsbeschluss) enthielt zahlreiche Ansatzpunkte für eine demokratische Lösung des Palästinaproblems, die jedoch von den Zionisten im Bündnis mit dem Imperialismus bewußt hintertrieben, aber auch von den herrschenden feudalmönarchistischen Kräften der arabischen Staaten verspielt wurden.

Seitens der UdSSR und der mit ihr verbündeten Staaten gab es zu lange keine Initiativen für die Interessen des arabischen Volkes von Palästina. Bemühungen um die Lösung des Flüchtlingsproblems blieben ohne Wirkung.

Im Juni-Krieg 1967 besetzte Israel das Westjordanland und das Gebiet von Gaza. Mehr als 350 000 Palästinenser mußten in die Nachbarländer fliehen (s. RF 6/07, S. 23, und 7/07, S. 20).

Während Israel im Sinne Ben Gurions „so viel palästinensischen Boden wie möglich mit so wenig Palästinensern wie möglich“ durch Besatzerterror, Hungerblockaden und Vertreibung beherrschen will, forderten jüngst zwölf kommunistische und Arbeiterparteien der Region Mittelmeer, Rotes Meer und Arabisch-Persischer Golf „den Abzug aller israelischen Besatzungskräfte aus Palästina, die Auflösung der israelischen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet und die Schleifung der von Israel errichteten Mauer“. Nur so sind Frieden, Gerechtigkeit und gute Nachbarschaft zu erreichen. **Bernd Fischer**



Die Bundeskanzler der BRD hatten schon immer ein sicheres Gespür bei der Partnersuche ...

Taiwans Alleinvertretungsanspruch erstreckt sich auch auf Tibet

Was wäre, wenn ...

... auf dem chinesischen Festland noch die Guomindang herrschen würde? Also eine bürgerlich-reaktionäre Partei und deren Regierung, die 1949 nach langem Bürgerkrieg von der chinesischen Volksbefreiungsarmee besiegt worden sind. Ihre geschlagenen Reste flüchteten sich seinerzeit auf die Insel bzw. in die Provinz Taiwan. Sie nennen ihren „Staat“ anmaßend „Republic of China (ROC)“, pflegen also seit nunmehr fast 60 Jahren einen ungebrochenen Alleinvertretungsanspruch für ganz China. So weit, so schlecht. Aber drehen wir das Ganze mal um und sagen ausnahmsweise: „So weit, so gut.“ Der Volksrepublik China und der KPCh wird vom Westen, durch die von Tibetomanie und Dalai-Lama-Hysterie befallenen „Musterdemokraten“ und „Menschenrechtsvorkämpfer“ vorgeworfen, sie hätten 1950 Tibet überfallen und annektiert, seien folglich Besatzer. Doch ein Blick nach Taiwan bestätigt den Peking Standpunkt: Tibet ist seit

Jahrhunderten ein integraler Bestandteil des chinesischen Staates, zunächst der Kaiserreiche, dann der 1911 ausgerufenen bürgerlichen Republik und seit 1949 der Volksrepublik. Im Bürgerkrieg mußte die Volksbefreiungsarmee die meisten Provinzen in schweren Kämpfen erobern.

Dr. Norbert Podewin in M-V

Am **13. Mai** um **15 Uhr** ist der bekannte Autor etlicher Bücher im Klub der Volkssolidarität in **Prora**, Poststraße 21, und am **14. Mai** um **15 Uhr** im Mehrgenerationenhaus **Rostock-Evershagen**, Maxim-Gorki-Straße 52, zu Gast.

Veranstalter ist im ersten Falle die **RF-Lesergemeinschaft Rügen**, im zweiten die **RF-Regionalgruppe Rostock**.

Dr. Podewin spricht über das Thema: Droht ein neuer Faschismus?

Mitglieder, Leser und Sympathisanten sind herzlich eingeladen.

Aber nicht alle! Es gab mehrere Provinzen, in denen die Volksmacht fast ohne militärische Operationen errichtet werden konnte. Zu diesen zählt Tibet, das nur zum Teil ein Schlachtfeld wurde. Und daß ein Staat seine Streitkräfte auch auf seinem gesamten Gebiet disloziert, ist eine ganz normale Angelegenheit. Das ist unter der „friedlichen Befreiung Tibets“ aus Peking Sicht zu verstehen. Wobei die Zentralregierung über zehn Jahre lang die Besonderheiten Tibets, also das feudaltheo-kristliche Regime des Dalai Lama und die Leibeigenschaft, akzeptierte. So wie sie zum Ausgang des 20. Jahrhunderts bis heute die Besonderheiten der ehemaligen Kolonien Hongkong und Macao („Ein Staat, zwei Systeme“) in Kauf nimmt. Kommen wir nun aber auf die sogenannte „Republik China“ zurück. In der Beschreibung ihrer politisch-administrativen Gliederung listet sie bis heute Tibet als eine „ihrer“ Provinzen auf. Und zeigt das auch deutlich mit ihrer offiziellen politischen Landkarte, die wir in der Wiedergabe des Originals abdrucken. Ja, was wäre wenn ... Wenn China (noch oder wieder) eine bürgerliche Republik wäre und ein „demokratischer Bündnispartner“ der USA – kein Held der westlichen Welt würde „Free Tibet!“ krakeelen.

Siegfried R. Krebs

Republic of China (ROC): Administrative Divisions & Territorial Disputes



Belgien ist heute ein föderaler Staat, aber ohne föderale Parteien. Die Partei der Arbeit (PTB/PVDA) einmal beiseite gelassen, gibt es keine landesweiten Parteien. Es gibt nur flämische, französische und deutsche. Ein Belgier, der in Wallonien lebt, kann niemals gegen einen flämischen Politiker stimmen. Selbst dann nicht, wenn der acht Jahre lang sein Ministerpräsident war. Und umgekehrt gilt das natürlich genauso. Das bedeutet, daß die politische Agenda mehr und mehr von regionalen Interessen beeinflusst wird. Bei den letzten Wahlen auf Bundesebene im Juni 2007 sind die wichtigsten flämischen Parteien mit einem demagogischen, chauvinistischen Programm angetreten und haben Versprechungen gemacht, daß sie, wenn sie gewählt würden, einige spezifisch flämische Interessen durchzusetzen gedächten, die nicht im Interesse des französischsprachigen Teils der Bevölkerung liegen.

Die holländisch- und französischsprachigen Gemeinden haben sich in den letzten 30 Jahren immer weiter voneinander isoliert. Es gibt keine belgienweiten Medien mehr, nur noch wenige gemeinsame Institutionen und keine Form von Zweisprachigkeit. Selbst die Gewerkschaften wurden von diesen Tendenzen beeinflusst. Vor kurzem hat sich die zur FGFB/ABVV gehörende sozialistische Metallarbeitergewerkschaft entlang der Sprachenfrage gespalten.

Eine Welle von flämischem Nationalismus hat die meisten Parteien in Flandern in den letzten Jahren fest gepackt. Ihre Vorstellung (die mehr eine völkische, denn eine geographische ist) hatte einen dramatischen Einfluß auf die Politik im ganzen Land. „Wir spüren, daß der Standpunkt unserer Partei sehr schnell zu einem Mehrheitsstandpunkt werden wird“, erklärte Frank Vanhecke, der Vorsitzende des faschistischen Vlaams Belang (VB), der im Juni 12 % der Stimmen bekam. „Unsere Sichtweisen werden jetzt von den anderen flämischen Parteien bestätigt. So kann unsere Partei nur gewinnen.“ Die radikalen französischen und flämischen Parteien sorgen dafür, daß die Verhandlungen sehr viel polarisierter verlaufen als früher. Alle sind vom chauvinistischen Virus infiziert.

Wir stehen vor der Situation, daß heute separatistische Parteien versuchen, die Bevölkerung dahin zu bringen, daß sie dieser Krise überdrüssig wird. In der Hoffnung, daß das zu einer resignativen Unterstützung der Unabhängigkeit Flanderns führt. Das Fortbestehen Belgiens ist zu einer offenen Frage geworden. Doch man kann sagen: Die Gegenoffensive hat begonnen. In der letzten Septembertwoche 2007 startete die von einem breiten Bündnis getragene Kampagne „Die Solidarität bewahren!“ Sie wurde von Hunderten von Gewerkschaftsaktivisten initiiert, die von vielen bekannten Künstlern, Akademikern, Journalisten und Schriftstellern unterstützt werden. Die beiden großen Gewerkschaftsbünde FGFB/ABVV und CSC/ACV erklären weiterhin, daß sie gegen eine Zersplitterung der Arbeitsmarkt-

Wie der chauvinistische Spaltpilz Flamen und Wallonen entzweit Belgien am Ende?

politik, der nationalen Tarifverhandlungen und der sozialen Sicherungssysteme sind. Sie sehen sehr genau, daß das der schnellste Weg ist, um die in der Vergangenheit erkämpften Errungenschaften der Arbeiter wieder zu verlieren.

Nach außen hin hat es immer den Anschein, als habe die belgische Krise vor allem mit linguistischen Problemen zu tun. Das ist falsch. In den flämischen Grenzgemeinden rund um Brüssel ist der Prozentsatz der Einwohner, die kein Holländisch, sondern Französisch und Englisch sprechen, sehr hoch. Das sind häufig gut bezahlte Angestellte, die sich nach Wohnungen in Vorstädten mit viel Grün umschauen. Holländischsprachige Bewohner dieser Gemeinden behaupten, daß sie es sich nicht mehr leisten können, dort zu wohnen. Aber dasselbe passiert in Brüssel, wo einfache Belgier beider Sprachgruppen von dem reicheren Personal der EU-Institutionen aus ihren Wohnungen verdrängt werden. Flämische Nationalisten machen aus diesem sozialen Problem ein Sprachenproblem.

Insgesamt ist es so, daß heute 6 Millionen Belgier holländisch und 3,5 Millionen französisch sprechen. Daneben gibt es in Ostbelgien eine kleine deutschsprachige Gemeinde von 70 000 Menschen. Hinzu kommt eine erhebliche Zahl von Einwanderern aus Italien, der Türkei und Nordafrika.

Wie auch immer, das Sprachenproblem ist im Laufe der Jahre immer zweitrangiger geworden und dient heute vor allem als Vorwand. Der flämische Nationalismus hat sich zu einer Ideologie der neuen Bourgeoisie in Flandern entwickelt, die in den 60er Jahren ihren Aufstieg erlebte, als Wallonien in den wirtschaftlichen Niedergang geriet und Flandern zu einer der am stärksten aufblühenden Regionen Europas wurde. Es ist heute sozialökonomisch deutlich besser gestellt als Wallonien. Das Pro-Kopf-Einkommen betrug 2005 in ganz Belgien 27700 €, in Brüssel (dem Standort vieler internationaler Konzernzentralen) aber 54905 €. In Flandern machte es 27300 €, in Wallonien nur 19800 € aus. Ähnlich ist es mit der Arbeitslosigkeit. Die liegt heute in Charleroi, Liège (Lüttich) und La Louvière bei 20 %.

Die ärmeren Regionen decken sich übrigens nicht mit den Sprachgrenzen. Auch in Flandern gibt es arme und auch in Wallonien reiche Regionen. Man muß sehen, daß diese ganze Agenda für mehr Autonomie etc. einen beispiellosen Angriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse in Belgien darstellt. Das ist ein Programm zur Spaltung der Organisationen der Arbeiterklasse und zur Schaffung einer Konkurrenz zwischen den Arbeitern der verschiedenen Regionen. Mit unterschiedlichen Löhnen, unterschiedlichen

sozialen Sicherungen, unterschiedlichen Steuersätzen und Unternehmen, die die Arbeiter der einen nach Belieben gegen die Arbeiter der anderen Region auspielen und sie mit Standortverlagerung erpressen können.

Mit zwei Dritteln der Beschäftigten in den Berufsverbänden hat Belgien heute einen der höchsten Organisationsgrade Europas. Die Vielfalt bei den Gewerkschaften ist historisch auf ideologische Unterschiede zurückzuführen. Die spielen aber eine immer geringere Rolle. Der älteste Gewerkschaftsbund ist die sozialdemokratische FGFB/ABVV (1,2 Millionen Mitglieder). Die christliche Gewerkschaft CSC (1,7 Millionen Mitglieder) war ursprünglich eine „antisozialistische Gewerkschaft“. Ihre Beziehungen zu Cd&V und CDH (d. h. der belgischen CDU) sind heute lockerer geworden. Vor allem in Flandern bildet die CSC allerdings noch immer ein wichtiges Wählerreservoir für die Christdemokraten.

Meines Erachtens hängen die Perspektiven der belgischen Linken eng mit der sogenannten Staatsreform, das heißt mit der künftigen staatlichen und sozialen Entwicklung, zusammen. In der belgischen Geschichte wurde sozialer Fortschritt immer nur durch Einheit und durch Kampf erreicht. Jedes Mal, wenn es der Bourgeoisie gelang, die Arbeiter in verschiedene Nationalitäten zu spalten, gingen die Kämpfe verloren. Auch dieses Mal wird die Idee der Klassenkollaboration auf einer nationalistischen Grundlage wachsen, wenn dem kein Einhalt geboten wird. Dann wird es eine Phase erbitterter nationalistischer Agitation geben, die das Klassenbewußtsein unter den Arbeitern zerstören kann. Die Entfremdung der Arbeiter aus den verschiedenen Regionen wird zunehmen.

Deshalb hat die Partei der Arbeit Belgiens (PTB/PVDA) seit ihrer Gründung klar Stellung gegen die föderalistische Entwicklung bezogen und sich für die Einheit der Arbeiterklasse und des belgischen Volkes eingesetzt. Natürlich bedeutet Demokratie, daß die Rechte von Minderheiten überall geschützt werden müssen. Die PTB/PVDA unterstützt die von einigen antiseparatistischen Kreisen erhobene Forderung, eine föderale Wahlpflicht einzuführen. Da müßten sich Politiker, die auf der Bundesebene Verantwortung tragen, dem Wählervotum im ganzen Land stellen. Dies könnte eine Waffe gegen zunehmende nationalistische Demagogie in Wahlkampfzeiten sein.

Aus einem Interview mit Herwig Lerouge, dem Herausgeber der Zeitschrift „Etudes Marxistes“ und Mitglied des ZK der PTB/PVDA

Siegfried Pitschmann wurde am 12. Januar 1930 im niederschlesischen Grünberg (Zielona Góra) geboren. Er wuchs in der Nachkriegszeit in Mühlhausen/Thüringen auf, wo er das Uhrmacherhandwerk erlernte. Dort begegnete er auch seiner ersten Frau. Ende der 50er Jahre ging er zur Schwarzen Pumpe und lebte in Hoyerswerda. Er heiratete Brigitte Reimann. 1965 zog er nach Rostock, wo er am Volkstheater bei Hanns Anselm Perten tätig war. 1991 kehrte er nach Thüringen zurück. Er ließ sich in Suhl nieder. Siegfried Pitschmann wurde als „ein sehr genauer, vielleicht übergenaue(r) Schreiber“ bezeichnet, dessen nachdenkliche Sorgfalt von einem starken Verantwortungsgefühl gegenüber dem Leser zeuge. Harald Kretzschmar zeichnete ihn folgerichtig, wie er das mit einer Pinzette gefaßte Manuskript durch eine Uhrmacherlupe betrachtet. Pitschmann bekannte 1970 in einem Interview, er habe „die merkwürdige Angewohnheit, alles, was nicht Endfassung ist, zu vernichten ... Ich habe einen mächtigen Papierverschleiß, der immer gleich in den Altstoffhandel wandert. Vielleicht Furcht, daß einer sehen könnte, was für eine pedantische Quälerei so eine Seite bedeutet, ehe sie richtig dasteht.“ Die Folge dieser Arbeitsweise war, daß der Schriftsteller

Der Autor Siegfried Pitschmann kämpfte mit jeder Zeile Die Verantwortung des Literaten

etliche seiner Manuskripte zurückhielt, darunter den Roman „Jonas oder Der Traum vom glücklichen Menschen“. Lektor Günter Caspar hob Pitschmanns „zisi-lierenden Stil, den Fanatismus nach Sach-, Fach- und Detailkenntnissen“ hervor. Siegfried Pitschmann trat als Erzähler, Hörspiel- und Filmautor sowie als Dramatiker auf. Bereits in den 50er Jahren veröffentlichte er Skizzen und Kurzgeschichten. Besondere Resonanz fanden seine Erzählbände „Die wunderliche Verlobung eines Karrenmannes“ (1961), „Kontrapunkte“ (1968) und „Männer mit Frauen“ (1974). Die acht Erzählungen im „Karrenmann“ wurden als sein „Gesellenstück“ bezeichnet. In „Kontrapunkte“ verwies schon der Titel auf seine erzählerische Methode, da zwölf „Geschichten“ mit elf „kurzen Geschichten“ wechselten, die zusammen einen Zyklus ergaben. Der Band „Männer mit Frauen“ enthielt 22 bekannte und neue Prosawerke, so die Erzählung „Fünf Versuche über Uwe“. Nach dieser drehte Lothar Warnecke den DEFA-Film „Leben mit Uwe“. Eberhard Esche spielte die Hauptrolle. Allerdings war der Held der Erzählung ein Wissenschaftler im agrochemischen Bereich, während der Film-Uwe zum Genetiker „befördert“ wurde. Nach Pitschmanns Geschichte „Der glückliche Zimpel“, die auch in die Anthologie „Wochentage“ des Aufbau-Verlages aufgenommen wurde, entstand ein Hörspiel mit Martin Flörchingen. Bereits in Hoyerswerda widmete sich Pitschmann der Dramatik und schrieb mit Brigitte Reimann die Hörspiele „Sieben Scheffel Salz“ und „Ein Mann steht vor der Tür“. Das erste lief eineinhalb Jahre bis August 1969 als Bühnenstück in Dresden, das zweite ging bereits 1961 in Magdeburg über die Bretter. Angebote zum Nachdenken bildeten Pitschmanns drei Einakter „Die Wassertreter“, „Blaue Trambahnen“ und „Die Aviatiker“, die 1976 am Volkstheater Rostock uraufgeführt wurden. Sie erschienen unter dem Titel „Er und sie“ in der Edition Neue Texte und zeichneten sich durch blendende Sprachgestaltung aus.

Siegfried Pitschmann ging es in seinen Werken stets darum, das Außergewöhnliche im Normalen zu zeigen, ohne in falsches Pathos zu verfallen. „Ich rechne ganz fest mit Lesern, die Spaß am einfühlenden Denken haben“, schrieb er. Dieter Noll bemerkte treffend in seiner Laudatio, als Pitschmann mit dem Heinrich-Mann-Preis ausgezeichnet wurde, ihm gelinge es, „mit einem Minimum an Worten unverwechselbare Gestalten lebendig werden zu lassen, erzählerische Atmosphäre von erstaunlicher Dichte zu schaffen und sie immer in den Dienst des Inhalts zu stellen.“

In seinen letzten Jahren arbeitete der „enorm langsam schreibende“ Autor, der inzwischen hatte invalidisiert werden müssen, an einem fingierten Tagebuch mit dem Arbeitstitel „Das Stellwerk“. Es war zeitlich in den Jahren 1985 bis 1988 angesiedelt. Anlässlich seines 70. Geburtstages erschien Pitschmanns Erzählband „Elvis feiert Geburtstag“ (2000) mit bekannten und neuen Erzählungen. In dem Feature „Und trotzdem haben wir immerzu geträumt davon“ berichtete er über Leben, Lieben und Arbeiten mit Brigitte Reimann.

Siegfried Pitschmann starb 72jährig am 29. August 2002 in Suhl an einer Lungenembolie. Zeitzeugen wie Matthias Biskuppek rühmten den Schriftsteller als leisen, höflichen und geistreichen Menschen, der charmant plauderte und voller Geschichten war. Pitschmanns Schaffen erstreckte sich über 45 Jahre. Schon 1953 erhielt er für seine Liebesgeschichte „Sieben ist eine gute Zahl“ den Anna-Seghers-Preis. Pitschmanns Erinnerungen erschienen unter dem Titel „Verlustanzeige. Ein Lebensbericht“ (2004) in der „Edition Muschelkalk“ (Band 13), aufgezeichnet und bearbeitet von Marie-Elisabeth Lüdde. Sie hatte im Oktober 2001 „den Freund nicht sanft, aber nachdrücklich dazu gebracht, ihr sein Leben auf Band zu sprechen. Dieser Lebensbericht führt eindringlich den großen Erzähler vor Augen, der ein kleines, aber feines Prosawerk hinterlassen hat“.

Dieter Fechner



Zeichnung: Lydia Kuhnt

Korrektur

In der April-Ausgabe stand in der 3. Spalte der Seite 5 (Weder Schmähung noch Glorifizierung) der Halbsatz: „1953 und 1961 waren wir noch nicht dazu imstande ...“ Es mußte natürlich heißen: „1953 und 1961 waren wir noch dazu imstande ...“

Marx lesen

Am 5. Mai, dem 190. Geburtstag von Karl Marx, lesen ab 10 Uhr – beginnend mit einem Arbeitslosenfrühstück – Prominente und Nichtprominente, Chemnitzer und Nicht-Chemnitzer am Karl-Marx-Monument in Chemnitz ganztägig Texte von Karl Marx. Organisatoren sind Sabine Kühnrich und Ludwig Streng vom Kleinkunsttheater „Fata Morgana“, auch bekannt als Mitglieder der Gruppe QUIJOTE. Die Aktion wird von der RF-Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen unterstützt.

Der RF-Chefredakteur in Güstrow

Am 29. Mai um 16 Uhr spricht Dr. Klaus Steiniger auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe im Hansabad, Hansenstraße 4, über das Thema

Zur Lage in der revolutionären Weltbewegung

Mitglieder, Leser und Interessenten sind willkommen.

Senat läßt Berliner Bibliotheken sterben Eine Liste der Schande

- 10179 Berlin-Mitte, Heinrich-Heine-Bibliothek († 31. 1. 2003)
 10205 Berlin, Patientenbibliothek KH Friedrichsh. († 2. 6. 2003)
 10315 Berlin, Hans-Fallada-Bibliothek († Sommer 2001)
 10318 Berlin-Lichtenberg, Bibliothek Karlshorst († Okt. 2002)
 10319 Berlin-Lichtenberg, Bibliothek Passage († 2000)
 10367 Berlin-Lichtenberg, Hobby- und Freizeitbibl. († Jan. 1994)
 10407 Berlin-Pankow (Prenzlauer Berg), Kurt-Tucholsky-Bibliothek (plus Kinderbibliothek Nobis) (geschlossen Ende 2007 – soll von einem Bürgerverein weitergeführt werden)
 10437 Berlin-Pankow (Prenzlauer Berg), Musikbibliothek im Eliashof († Ende 2007)
 10551 Berlin-Mitte, Brüder-Grimm-Bibliothek, Jugend- und Kinderbibliothek († 26. 11. 2004)
 10623 Berlin, Bibliothek der Kirchenkanzlei der UEK (früher EKU) († 18. 8. 2006)
 10787 Berlin, Bibliothek des Deutschen Instituts für Normung († 31. 12. 2005)
 10967 Berlin, Patientenbibliothek, Selbständige Bibliothek im KH († 30. 5. 2003)
 12057 Berlin, Bibliothek, Stadtteilbibliothek Kölnische Heide († 1995)
 12107 Berlin-Tempelhof, Bibliothek Mariendorf-West, Stadtteilbibliothek († März 1997)
 12109 Berlin-Tempelhof, Bibliothek, Stadtteilbibliothek Mariendorf-Ost († 1. 9. 1997)
 12347 Berlin, Patientenbibliothek Humboldt-KH († 2003)
 12459 Berlin-Treptow-Köpenick, Peter-Brock-Bibliothek, Kinderbibliothek († 2003/2004)
 12487 Berlin-Schöneweide, Stadtteilbibliothek († Herbst 2005)
 12498 Berlin, Akademie der Wissenschaften der DDR, alle Institutsbibliotheken († 1992)
 12527 Berlin-Treptow-Köpenick, Stadtteilbibliothek Grünau († 26. 11. 2004)
 12627 Berlin, Stadtbibliothek Marzahn-Hellersdorf, Stendaler Straße († 3. 7. 2003)
 12629 Berlin, Stadtbibliothek Marzahn-Hellersdorf „Konstantin Simonow“ († 1. 11. 2002)
 12679 Berlin, Stadtbibliothek Marzahn-Hellersdorf, Fontane-Bibliothek († 2002)
 12679 Berlin-Marzahn, Stadtteilbibliothek Berlin-Marzahn (Kleist-Bibliothek) († September 2004)
 12685 Berlin, Stadtbibliothek Marzahn-Hellersdorf „Heinz Lüdecke“ († 25. 4. 2003)
 12687 Berlin, Stadtbibliothek Marzahn-Hellersdorf „Horst Bastian“ († 31. 3. 2003)
 13086 Berlin-Weißensee, Mittelpunktbibliothek Pistoriusstraße († 30. 4. 2005)
 13088 Berlin, Stadtteilbibliothek Weißensee († 2005)
 13088 Berlin-Pankow, Stadtteilbibliothek Buschallee, Erwachsenenbibliothek († 2003/2004)
 13088 Berlin-Pankow, Stadtteilbibliothek Mahlerstraße, Kinderbibliothek († 2003/2004)
 13125 Berlin-Buch, Patientenbibliothek KH Buch († 2001)
 13156 Berlin-Pankow, Stadtteilbibliothek Niederschönhausen († 1. 3. 2007)
 13158 Berlin, Stadtteilbibliothek Wilhelmsruh († 2004)
 13189 Berlin, Kiezbibliothek († 1. 4. 2004)
 13189 Berlin-Pankow, Stadtteilbibliothek Upsalaer Straße († 2003/2004)
 13351 Berlin, Jerusalem-Jugendbibliothek († 8. 2. 2008)
 13467 Berlin-Hermsdorf, Ortsteilbibliothek († 1. 1. 2006)
 13467 Berlin-Hermsdorf, Erich-Kästner-Bibliothek († 1. 1. 2006)
 13591 Berlin-Spandau, Stadtteilbibliothek Staaken († 30. 3. 2007)
 14163 Berlin-Zehlendorf, Stadtteilbibliothek Nord († 2003/2004)

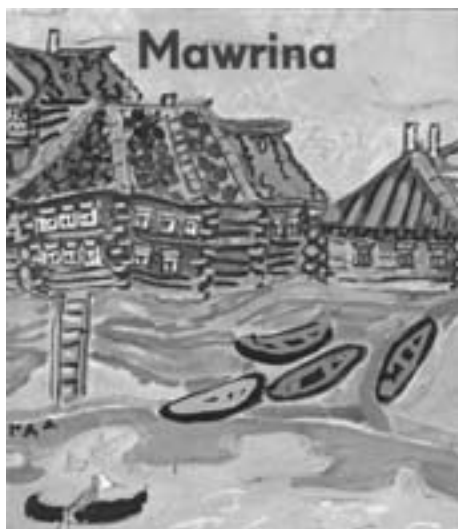
(Zusammengestellt nach Informationen der Internetseite www.bibliothekssterben.de)



Grafik: Petra Ott

Tatjana-Mawrina-Bibliothek in Berlin-Moabit

In Berlin wird seit langem um die bereits vollzogene bzw. angekündigte Schließung von öffentlichen Bibliotheken



in den Stadtbezirken gestritten. (Siehe die oben abgedruckte, keineswegs vollständige „Liste der Schande“.) Mancherorts entstehen Initiativen, um von der Schließung bedrohte Kiezbibliotheken unter Führung eines Interessenvereins weiterzuführen. In diesem Zusammenhang ist das Projekt hervorzuheben, eine Privatbibliothek öffentlich zugänglich zu machen. Die Tatjana-Mawrina-Bibliothek in der Moabiter Sickingenstraße (Telefon 030/3918424) wurde vor drei Jahren von unserem Kulturredakteur Wolfgang Metzger gegründet und wird bisher von ihm mit eigenen Mitteln unterhalten. Sie ist auf Kinder- und Jugendbücher spezialisiert, hat einen Buchbestand von über 6000 Titeln, ein Filmarchiv mit rund 1200 Spiel-, Zeichen- und Puppentricksfilmen sowie ein Tonarchiv und wird als Präsenzbibliothek geführt. Sammelschwerpunkte sind Kinder- und Jugendbücher überwiegend aus der DDR und Osteuropa,

Märchen und Sagen, alte Kinderbücher, Pop-up-Bücher und Sekundärliteratur. Im Herbst vergangenen Jahres hat Wolfgang Metzger ein Informationsheft über die Namensgeberin Tatjana Alexejewna Mawrina (1902–1996) herausgegeben. Neben Landschaftsbildern, vorwiegend mit Motiven von der Wolga und der Moskauer Umgebung, gehörte die Buchgestaltung vor allem von Kinder- und Märchenbüchern zu ihren Arbeitsschwerpunkten. Die russische Malerin und Illustratorin wurde vielfach ausgezeichnet, u. a. 1976 mit dem internationalen Hans-Christian-Andersen-Preis. Das Heft enthält u. a. eine Biographie, bibliographische Notizen und vier Porträts, die Kunstkritiker und der Kinderbuchautor Juri Kowal geschrieben haben. Besucher sind nach vorheriger telefonischer Terminabsprache willkommen.

**R.F.,
gestützt auf „Marginalien. Zeitschrift
für Buchkunst und Bibliophilie“**

Sein Leben ist wie ein aufgeschlagenes Buch, jeden einladend, der sich vom Reichtum seiner Gedanken und der Schönheit seiner Sprache verzaubern lassen will. Ehrfurchtgebietende Altersweisheit und nie versiegende quellfrische Erinnerungen mischen sich bei ihm auf unnachahmliche Weise. Es ist eine glückliche Fügung, daß er immer noch die Kraft hat, seinen großen inneren Reichtum in Geschichten festzuhalten. Nun, 88jährig, hat Almos Csongár, ein begnadeter Sprachkünstler, Literaturwissenschaftler und Übersetzer, ein neues Buch herausgebracht. Die meisten der darin enthaltenen Erzählungen, Feuilletons und Humoresken hat der gebürtige Ungar, der jedoch einen großen Teil seines Lebens in der DDR zubrachte, in den 50er und 60er Jahren geschrieben. Einige sind darunter, in denen er sich mit den tiefgreifenden Folgen des Anschlusses seiner geliebten zweiten Heimat an die BRD auseinandersetzt. Sie alle lassen uns spüren, daß wir es mit einem hellwachen Geist, parteilichen Zeitzeugen, hochbegabten Essayisten und nimmermüden Suchenden, der allen Dingen auf den Grund gehen will, zu tun haben. Unter dem Titel „Ich liebe dich auf ungarisch“ präsentiert der Autor eine bunte Mischung aus Kriminaler-

Das Bekenntnis des Almos Csongár: Ich liebe dich auf ungarisch

zählungen, autobiographischen Reflexionen, philosophischen Betrachtungen, „menschlichen Tiergeschichten“ und – was der Leser als äußerst bereichernd empfinden mag – meisterhaften „Lektionen“ über die Sprache der Magyaren. Diese sind nicht, wie es Vorträge mitunter an sich haben, abschreckend trocken, sondern stecken voller Begeisterung, ja Hingabe an sein Geburtsland.

Bei allem, was Almos Csongár schreibt, ist sein Drang erkennbar, auch dem scheinbar Unbedeutenden dessen Sinnhaftigkeit und Einmaligkeit zu entlocken. Nichts scheint so belanglos zu sein, daß es nicht zu neuen Erkenntnissen, selbst zu Bekenntnissen führen könnte. Er verachtet die süßen Verlockungen der Selbstgenügsamkeit, bleibt ein prüfender, aktiver Mensch, der sich selbst nicht schont. Immer wieder muß er erfahren, wie mühsam es mitunter ist, Halt und Orientierung zu finden. An einmal eingenommenen Positionen hält er fest, selbst wenn er anderen damit auf die Füße tritt und – wie seine Biographie verrät – auch persönliche

Nachteile in Kauf zu nehmen hatte. Nicht alle seine Wertungen von Ereignissen wie die des „Prager Frühlings“ 1968 mögen die ungeteilte Zustimmung des Lesers finden. Am Ende aber bleibt ein Gefühl der Achtung und des Respekts für ein Lebenswerk, mit dem Almos Csongár seinen Beitrag zur Förderung der Freundschaft zwischen den Völkern, zur Stärkung des Sozialismus in der DDR geleistet hat.

Er präsentiert seine Geschichten mit der Leichtigkeit eines Stils, der kaum etwas von der Sorgsamkeit verrät, mit der der Autor jeden seiner Sätze abgewogen haben mag. Sie zu lesen macht Freude, bereichert den eigenen Horizont und bringt uns einen Menschen nahe, der mit seinem Buch in berührender Weise Zeugnis über sich und eine dramatische Zeitgeschichte ablegt.

„Ich liebe dich auf ungarisch“ ist nicht nur eine Liebeserklärung an seine ungarischen Landsleute, deren Traditionen und Kultur, es ist ein Bekenntnis zum Leben, das von seiner Faszination für ihn bis heute nichts verloren hat.

Bruni Steiniger

Wie 1946 im Ruhrgebiet Fußball gespielt wurde Mit Millionären nichts am Hut

Fußball 1946. Mensch, waren das noch Zeiten. Hungerzeiten – aber wir hatten Frieden. Keinen Fliegeralarm mehr. Und wir von der C1-Jugend waren zumindest in Wuppertal Ost nicht zu schlagen. Mit und ohne Fußballschuhe nicht. Wer von uns Jungs hatte schon Fußballschuhe? Ja, der Hansi Blankenagel, der Sohn vom Kolonialwarenhändler. Und Waldemar Scheib auch. Seine Eltern besaßen eine Bandwirkerei. Ich hatte nix, aber ich verstand mich mit dem „Putz“ Weber aus der A-Jugend. Dessen Vater war Klüngelspitter, und der Putz lieb mir seine Stepphose und seine Knieschoner. Da gab ich einen großen Torwart ab – wenigstens, was die Hose anbelangte.

Und wir waren eine gute Schülermannschaft, eine sehr gute sogar. Trainer war die Straße. Und der alte Arends war ein umsichtiger Betreuer. Für uns alt, der Straßenbahner, weil er der Vater vom Enor war. Enor war unser „Szepan“, denn natürlich hatten wir unsere Vorbilder. Und der Paul Kuckuck war unser Ernst Kuzorra. Wenn die beiden mich nach einem Spiel einmal lobten, verging sogar der Hunger für eine Weile. Auch ein Ötte Tibulski spielte bei uns, doch der hatte sich den Namen selbst gegeben und taugte nicht viel. Doch er wurde aufgestellt, weil sein Bandwirkervater die Trikots für uns Jungen gestiftet hatte; und das war damals eine große, einmalige Sache. Kompensieren und Vitamin B (= Beziehungen) nannte man das. Von wegen Markenarti-

kel – uns fehlte kein Adidas, uns mangelte es an Kalorien.

Apropos Vitamin B. Unsere „Erste“ sollte gegen Derschlag spielen. Derschlag? Nie gehört. „Das ist ein Kaff im Bergischen“, erklärte Ötte Tibulski. „Hat mein Vater klagemacht, die haben da einen Laster mit Holzvergaser, damit kutschieren sie ihre Bauernknüppel. Die bringen Kartoffeln mit.“

Und dann kamen die vom Dorf. Klar, daß unsere denen in der ersten Halbzeit schon den Laden zuballerten. 4:0. Und in der zweiten Halbzeit schossen die „Mistbauern“ dann sage und schreibe sieben Tore. Was soll ich noch viel erzählen. In der Vereinskneipe hatten die Derschlager für unsere Erste Erbsensuppe mit Bauchfleisch kochen lassen. Das war damals Vitamin B. Und wir Jungen drückten uns am Kneipenfenster die Nasen platt, hatten Hunger und eine Stinkwut auf unsere gekauften Sportsfreunde.

Und dann kamen sie! Die Königsblauen! Die Knappen mit ihrem Schalcker Kreisel. Natürlich nicht zu uns nach Nächstebrück. Im Stadion am Zoo sollten sie gegen eine englische Division spielen, die auf dem Lichtscheid kaserniert war. Für die Sportkanonen wurden sogar Plakate geklebt. Allein die Namen ... (Der Linksaußen Urban war nicht mehr dabei, den hatte mein Vater am Ilmensee begraben. Mit Birkenkreuz und Stahlhelm drauf.) Jedenfalls liefen sie auf. Und alle alten Strategen waren dabei (entgegen Falschbehauptungen, sie hätten nach dem Krieg

nicht mehr gespielt). Sie kreiselten, und wir jubelten.

Spielverlauf sonst? Nur noch das Dramatischste ist da in Erinnerung: Alle Schalcker sind in der gegnerischen Hälfte. Ein englischer Stürmer bricht allein durch. Hans Klodt rennt aus dem Kahn ihm entgegen, zieht das Knie an, der schwächliche Engländer läuft auf, bricht zusammen. Bahre. Da rief keiner „Auf Wiedersehen!“ wie heute. Traute sich auch niemand. „Wenn der man nicht kaputtgeht“, raunte der Metzger brutal, aber ahnungsvoll. „Dann geht der Klodt aber ab!“ prophezeite einer neben ihm. „Gewinnen dürfen wir Deutschen sowieso nicht!“

Der Soldat starb im Lazarett. Eine Zeitung vermutete etwas von abgetrennter Niere. Hans Klodt blieb Torwart auf Schalke. Die Knappen wurden dann mal von Westfalia Herne geschlagen. Die kamen auch nach Wuppertal, und auf den Plakaten stand: Der Schalkebezwinger Westfalia Herne – das waren damals hohe sportliche Anerkennungen.

Sind diese Histörchen heutzutage noch interessant oder gar wichtig?

Sollen die ignoranten Fußballgötter ihre Millionen schlucken, ich habe nichts mit ihnen und ihresgleichen am Hut. Und die Hungernden in der Dritten Welt auch nicht. Für sie wird von den Kanzeln zum Gebet aufgefördert.

Hans Dieter Hesse, Recklinghausen
Der 2007 verstorbene Arbeiterschrittsteller verfaßte diese Zeilen wenige Monate vor seinem Tod.

Archie und der Verleger

Seine erste eigene Wohnung erhielt Archie 1960 zusammen mit seiner Lebensgefährtin Rosi. Es handelte sich um eine AWG-Wohnung (Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaft) in Berlin-Baumschulweg, natürlich mit Eigenleistung und Zahlung von Genossenschaftsanteilen, nicht so einfach damals. Nach acht Jahren in Stadtmitte und Berlin NO zur Untermiete, in Hinterhöfen, zuletzt in einer kleinen Kochstube am Zionskirchplatz, ebenfalls im Seitenflügel, wo er mehr gehaust als gelebt hatte, fühlte er sich wie im Paradies. Die Q-3A-Wohnung in „Baume“ kam ihm fürstlich vor, alles licht- und sonnendurchflutet, vorn und hinten freie Sicht, Küche mit großem Fenster, Balkon, Bad mit Badewanne, zwei größere und zwei kleinere Zimmer, auf Nachwuchs berechnet – und das alles nach Jahren der Enge, der Dunkelheit und teilweise auch der Bevormundung durch Wirtinnen.

Als er 1961 vom Balkon aus sehen mußte, wie die Leute am 13. August teils in Panik, teils aufgehetzt über den Heidekampgraben sprangen, um in Richtung Neukölln nach Berlin-West zu gelangen, dachte er: Und wenn sie mich mit der Sänfte übertragen würden, ich ginge nicht in den „Goldenen Westen“. Es war nicht Archies Welt, vor irgendeinem Privatunternehmer zu knien, zu katzbuckeln und Kratzfüße zu machen.

Seinen Freund, den Grafiker Manfred G., der in Panik türmen wollte, hielt er mit der Bemerkung ab: „Du gehst dort vor die Hunde, du hast nicht die Ellenbogen, hier hast du dein Auskommen und eine preiswerte gute Wohnung. Ein nicht kündbares Dach überm Kopf, das man mühelos bezahlen kann, ist nicht hoch genug zu bewerten.“ Die Frau des Freundes mit den zwei Söhnen war froh darüber.

Archie wiederum verdankte seine Wohnung eigentlich dem bekannten Berliner Verleger und Gründer des Henschelverlags Bruno H. Und das kam so: Archies Frau, die Lehrerin war und auch in Berlin studiert hatte, stammte aus Dresden und mußte nach dem Studium in den Bezirk zurück, wie es die Berufslenkungskommission festlegt hatte. In Großhain wurden Lehrer dringend gebraucht. In Berlin konnte sie deshalb in der Volksbildung nicht eingestellt werden, kompliziert also.

Archie arbeitete damals beim Fernsehen in Adlershof als Dramaturg, Übersetzer und Regie-Assistent. Nebenbei lektorierte er fremdsprachige Theaterstücke für den Bühnenvertrieb des Henschelverlags. Er tanzte also auf mehreren Hochzeiten und fuhr außerdem ständig nach Großhain. Ilse Galfert, die Chefdramaturgin des Bühnenvertriebs und spätere Dramaturgin am DT, stellte Archies Lebensgefährtin beim Bühnenvertrieb ein, nahm sie unter ihre Fittiche und brachte ihr die Grundbegriffe der Dramaturgie bei, sehr effektiv und praxisbezogen.



Mutter Heimat

Wieso fällt das Archie alles jetzt wieder ein, 40 Jahre später? Langzeitgedächtnis des Alters? Vielleicht, weil er in Wut gerät, wenn er die ewige bürgerliche Propagandaleier hört, in der DDR sei alles von der Wiege bis zur Bahre vom Staat geregelt gewesen. Man mußte bisweilen strampeln und hartnäckig sein, um gesetzte Ziele zu erreichen, manchmal auch gegen staatliche und andere Beschlüsse, leider. Der Zufall war ebenfalls im Spiel. Der wollte es, daß Bruno Henschel aus privaten Gründen vorübergehend in den Verlags-AWG-Block zog, in dem auch Archie wohnte. Zunächst wußte er nicht, wer der Herr war, der oft an einem älteren Auto sowjetischer Bauart Marke „Wolga“ hantierte. Im Volksmund nannte man es den „Traktor im Frack“. Es wurde selten als Privat-, eher als Dienstwagen von Ministerien gefahren. Archie stellte sein Motorrad Marke „Pannonia“ ungarischer Produktion oft auf dem Parkplatz neben dem „Wolga“ ab, die Besitzer kamen so ins Gespräch und halfen sich gegenseitig mit schmutzverschmierten Händen am

Vergaser oder anderen Autoteilen. Der ältere Herr sagte, daß er früher einmal als Dreher gearbeitet hätte, und Archie, der immer auch ein bißchen Trautntänzer war, merkte geraume Zeit nicht, daß er es mit Bruno Henschel zu tun hatte.

Als er diesen später mit Ehrerbietung begrüßen wollte, sagte der nur: „Laß den Quatsch, bleib so, wie du bist!“

Erinnern wir uns kurz daran, was der Henschelverlag war. Er befand sich in Berlin-Mitte, Spandauer Vorstadt, Oranienburger Str. 67/68. Um 1900 war hier ein achtgeschossiges Bürohaus errichtet worden. In dieses zog 1948 der zwei Jahre zuvor von Bruno Henschel gegründete Bühnenvertrieb und Verlag Henschel & Sohn ein. 1951/52 erfolgte dessen Vereinigung mit dem Deutschen Film- und Funkverlag zum Henschel-Verlag Kunst und Gesellschaft. Der gab „Theater der Zeit“, „Theaterdienst“ und Fachzeitschriften über Film und Fernsehen heraus, sowie viele heute noch gesuchte Bücher auf den Gebieten Schauspiel, Musik und Theater, Unterhaltung, Bildende Kunst und Denkmalpflege. 1991 wurde alles im Gefolge der Annexion ausgegliedert, ausgeweitet, übernommen, platt gemacht.

Bruno Henschel holte Archie Anfang der 60er Jahre in den Verlag, wo sich dieser zum Lektor qualifizieren konnte. Er betreute u. a. die Buchreihe „Internationale Dramatik“. Gelegentlich nahm ihn der Chef auch zur Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal in Treptow mit. Archie trug dann den Kranz, Bruno Henschel war Ehrengast. Nach der Zeremonie setzten sich beide oft auf eine Bank. Der Verleger holte eingewickelte Butterbrote aus der Tasche, die sie gemeinsam verzehrten. Archie blickte auf das Monument der trauernden „Mutter Heimat“, hörte die Silberpappeln rauschen, während Henschel erzählte, wie er die Nazi-Zeit mit einem Milchladen überstanden hatte.

Einmal brachte er einen kleinen unscheinbaren Herrn in seinem „Wolga“ mit. „Das ist mein Freund“, sagte er zu Archie. Später stellte sich heraus, daß es Günter Weisenborn gewesen war – der damals schon berühmte Dramatiker, Buchautor und Theatermann, der 1931 zusammen mit Brecht an dem Stück „Die Mutter“ nach Gorki gearbeitet hatte. 1946 war sein Drama „Die Illegalen“ und 1947 das Erinnerungsbuch „Memorial“ herausgekommen.

Nach der Kranzniederlegung saßen sie zu dritt auf einer Bank im Ehrenmal. Weisenborn erzählte mit leiser, brüchiger Stimme von seinem Leben in Argentinien und vom Zuchthausaufenthalt 1942 bis 1945 in Hitler-Deutschland. Archie war sehr bewegt. Später fuhr Bruno Henschel gelegentlich auch auf Archies Motorrad als Sozium mit zum Verlag, wenn der „Traktor im Frack“ wieder einmal seine Mucken hatte. Sie hatten viel Spaß dabei. Eine große Zeit, sagt sich Archie, wenn er an damals von heute aus zurückdenkt.

Manfred Hocke

**Leserbriefe an
RotFuchs**



Hier sind wir dem Lügenschwall über die armen, verfolgten Tibeter ausgesetzt – so, wie Ihr auch, was ich dem täglich ausgestrahlten deutschsprachigen Nachrichtendienst (Deutsche Welle) per TV entnehme. Dieser Popanz, der Dalai Lama, macht jetzt die Weltrunde, um gegen China zu hetzen und die Olympiade zu untergraben. Der Song über „Freiheit“ und „Menschenrechte“ in Tibet wird von allen gutgläubigen (und antikommunistischen) Menschlein als Wahrheit hingenommen. Dabei verschweigt man, wie die Lamas Tibets Bauern versklavten und die Folter, die sie anwandten. Man sagt auch nicht, daß die ach so lautstarken Demonstranten „FÜR EIN FREIES TIBET“ in Wahrheit überwiegend frühere Feudalherren und deren Anhang sind. Sie entkamen in den Westen, meist mit beträchtlichen Reichtümern versehen, die sie der Bevölkerung raubten. Ja, die Yankees geben nicht auf, ihre Subversionsmaschine läuft, selbst wenn Wall Street zusammenbricht. Wenn man das mit dem Idioten Gorbatschow vergleicht ... Jedenfalls sind die Chinesen klüger!

Dr. Vera Butler, Melbourne

Von einer sozialistischen Tageszeitung erwarte ich eine unvoreingenommene, objektive Analyse der Vorgänge in Tibet. Statt dessen reihte sich das ND in die Kampagne der Medien zur Torpedierung der Olympischen Spiele in China ein. Nur wer politisch absolut naiv und historisch unbedarft ist, kann übersehen, worum es bei den Randalen in Tibet wirklich geht und wessen Interessen letzten Endes hinter diesen Protesten stehen. Vergessen ist offenbar die systematische Zerstückelung Jugoslawiens, die „Orangene Revolution“ in der Ukraine oder als jüngstes Beispiel die völkerrechtliche Abspaltung Kosovos.

Das in Tibet seit längerem ablaufende Szenario mit dem Ziel der Diffamierung und Schwächung der Position der Volksrepublik China und dem eigentlichen Ziel der Liquidierung des Sozialismus in diesem Lande läßt nur allzu deutliche Ähnlichkeiten mit den genannten Aktivitäten der USA und ihrer Verbündeten erkennen. Wenn es gelänge, Tibet abzuspalten, dann hätte der Imperialismus mit hoher Wahrscheinlichkeit dort bald eine weitere Bastion für seine Weltherrschaftspläne und gegen den Sozialismus in China. Und natürlich meldet sich auch flugs Herr Steinmeier mit der Mahnung zur Gewaltlosigkeit zu Wort. Offensichtlich hält er die Öffentlichkeit für so vergeblich und so blöd, sich nicht mehr daran erinnern zu können, wie bundesdeutsche Polizei Demonstranten in Heiligendamm mißhandelt und in Drahtkäfige gesperrt hat. Aber das waren eben „Linke, Chaoten und Randalierer“, während es sich in Lhasa von vornherein, und leider auch für das ND, um Kämpfer für „Freedom and Democracy“ handelt, ohne zu fragen, warum es zum Einsatz der Sicherheitskräfte gekommen ist.

Prof. Dr. Klaus Rohrberg, Crinitzberg

Eure herzlichen Grüße nach Dresden im Februar, „RotFuchs“ möchte ich mit einem neuen Erfolg erwidern. Die Worte in Eurer Glückwunschschaft „Sein Beispiel sollte Schule machen“ waren mir Ansporn und Verpflichtung, weiter nach Lesern zu „fahnden“. Heute kann ich Euch berichten, daß ich die Anzahl der neuen RF-Abos von 18 im Dezember 2007 um weitere 12 auf 30 erhöhen konnte.

Wenn diese Arbeit auch sehr aufwendig ist, so macht sie trotzdem Spaß, weil man davon überzeugt ist, daß in weiteren 30 Haushalten unsere Zeitschrift und damit auch unsere Ideologie Einfluß finden. **Harald Kirsten, Dresden**

Mit großer Freude erwarte ich immer den nächsten „RotFuchs“, da er meinen politischen Auf-

fassungen entspricht und diese bestätigt, sehr viele interessante Themen anschnieidet und die Lügen der bürgerlichen Medien aufdeckt. Es wäre eine große Freude für mich, wenn Sie Ihre Zeitschrift auch an folgende Personen senden würden: ... (es folgen mehrere Adressen in der BRD und in Griechenland)

A. Siakkou, Aproklisi, Griechenland

Die Bildzeitung berichtete am 17. März, sie habe von mir das späte Geständnis gehört, daß es nun doch einen „Schießbefehl“ gegeben haben soll. Ich habe in Hollendorf in Mecklenburg-Vorpommern bei einer Buchlesung nichts anderes gesagt, als in meinen Publikationen nachzulesen ist: Wie überall auf der Welt gab es auch in der DDR Schußwaffengebrauchsbestimmungen, die fast wortgleich mit denen der alten Bundesrepublik waren. Sie entsprachen dem Grenzgesetz der DDR und dem Völkerrecht. Sie wurden von der UNO nicht beanstandet. Einen DDR-Schießbefehl im Sinne eines Tötungsbefehls hat es nie gegeben.

Egon Krenz, Dierhagen

„Manches Urteil von Kant ... wird abgelehnt werden“, schreibt Dr. Malte Kerber. Allerdings!, würde ich sagen. Sicher hat Hermann Kant im 240-Seiten-Interview mit Irmtraud Gutschke viele schmerzhaft Wahrheiten ausgesprochen und auch Selbstkritik geübt, was Anerkennung verdient. Er gibt zu, nicht frei von Überheblichkeit zu sein ... (S. 89, 112, 117, 120, 194) Er bekennt sich zu seinen Bemühungen, in der DDR für Frieden und Sozialismus, gewirkt zu haben, versucht, die Ursachen unserer Niederlage zu ergründen, charakterisiert nicht wenige Persönlichkeiten der Zeitgeschichte treffend, benennt die Schwächen der Linken – besonders der Partei „Die Linke“ –, distanziert sich vom antikommunistischen Kampfbegriff „Stalinismus“ ... So weit, so gut.

Andererseits hielt er Schabowski für den Klügsten im Politbüro, weil der „witzig, tüchtig, ausgeschlafen“ gewesen sei. (S. 167) Dazu gäbe es doch wohl etwas mehr zu sagen. Viele „MfS-Leute“ seien „oft nur doof“ gewesen. (S. 113) So, so! Der Einmarsch der Sowjetarmee (1968) in die CSSR „war eine Katastrophe“. (S. 87) Für wen? „Ich war ein guter Parteisekretär, und ich war ein guter Schriftstellerverbands-Präsident“. (S. 80) Aha! Stefan Heyms Devisenvergehen seien „Quatsch“ gewesen. (S. 124) Übrigens: Was machte Heym alle vier Wochen in der US-Botschaft?

Auch zu der eifrigen ND-Journalistin gäbe es wohl einige Bemerkungen. Für sie war es in ihrer Zeitung bis 1989 nur „anstrengend“. Heute kann sie endlich „befreiend“ agieren. Nun darf sie die SED-Funktionäre offen als „Machthaber“ bezeichnen und ihre Abneigung gegenüber der DDR zum Ausdruck bringen. (S. 186, 207, 219) Erfreulicherweise ließ sich Hermann Kant durch diverse Suggestivfragen kaum aufs Glatteis führen. Auf die Frage, ob die DDR eine „Luftnummer“ gewesen sei, antwortete er klar mit nein.

Horst Jäkel, Potsdam

Wieder einmal hatte die „RotFuchs“-Lesergemeinschaft Nord-West einen prominenten DDR-Politiker und Staatsmann eingeladen, der zum Thema „In historischer Mission“ sprechen sollte. Abermals war der Saal im Technologie-Zentrum am „Alten Hafen“ fast bis auf den letzten Platz besetzt. Auch jene Reporterin der Ostseezeitung hatte sich eingefunden, die bereits über eine ähnliche RF-Veranstaltung mit Egon Krenz in Wismar berichtete.

Dr. Hans Modrow sprach etwa eine Stunde lang über Erlebnisse und Erfahrungen seiner Tätigkeit. Die aus Mitgliedern und Interessenten bestehende Zuhörerschaft spendete nach dem Vortrag Beifall. Etliche Fragen wurden sachlich und erschöpfend beantwortet.

Dreierlei ist hervorzuheben: Erstens können die Medien eine solche Veranstaltung nicht mehr einfach ignorieren. Zweitens ist der Wunsch der Bürger nach authentischer Information nicht nur ungebrochen, sondern auch noch gewachsen. Drittens ist es möglich, daß sich eine Reporterin der bürgerlichen Regionalpresse durchaus dazu imstande sieht, ohne gehä-

sige Bemerkungen auszukommen und relativ sachlich zu informieren, wie es sich für seriöse Journalisten geziemt.

Auch bei uns im Norden befindet sich der RFFörderverein auf dem richtigen Weg, was sich in seinem wachsenden Einfluß widerspiegelt.

Helmut Wagner, Wismar

Wie schlecht guckt Ihr doch alle Fernsehen. Hat denn keiner von Euch das Gespenst in der „Panorama“-Sendung am 14. Februar gesehen? Gleich zu Beginn tauchte ein großer Kopf mit Knubbelnase und roten Flecken im Gesicht auf. Er sprach: „Wir haben immer nur 0,05 % gehabt.“ Weg war er, dann folgte das zusammengeschnittene Interview mit Christel Wegner. Als alte Kommunistin (seit meinem 10. Lebensjahr gehörte ich der Kinderbewegung an, heute bin ich 87) nahm ich an der Trauerfeier für unseren Genossen Kurt Erlebach teil. Er war in den 50er Jahren für die KPD in der Hamburger Bürgerschaft. Aus diesem Grunde bekundete man „öffentliches Interesse“. Das Fernsehen war anwesend. Mehrere DKP-Genossen wurden interviewt. Ein Reporter kam auch zu mir. Er wollte wissen, wie ich zur Hamburg-Wahl stünde. Ich lehnte zunächst ab, mit ihm darüber zu sprechen, da man das, was ich sagen würde, ja ohnehin nicht zu senden beabsichtige. Er beteuerte Redlichkeit. Also sagte ich in die Kamera: „In Hessen und Niedersachsen sind die Linken in die Landtage eingezogen. Es ist zu hoffen, daß auch die Hamburger erkannt haben, wohin die Politik der bei uns Regierenden geführt hat. Sie brauchen einen Denkkettel.“ Das Ergebnis war dann das eingangs erwähnte Gespenst mit den 0,05 %. (Nach der „Panorama“-Sendung habe ich gedacht, wir befänden uns in der Zeit der späten 20er Jahre.) Ein Genosse sagte zu mir: „Elsa, das ist Klassenkampf.“ Also kämpfe ich weiter, solange ich noch aufrecht gehen kann.

Elsa Schmidt, Hamburg

Der Anlaß für Klaus Steinigers Sonder-Editorial in der März-Ausgabe traf mich in Mark und Bein. Nicht wegen der Reaktionen der Bourgeoisie auf den „Fall Wegner“, sondern wegen der sich immer und immer wiederholenden, sie aushöhrenden Bekämpfung der „Linken“ untereinander und diesmal besonders makaber, die DKP diskriminierend. Ich möchte Euch darum bitten (außer dem RF sehe ich kaum eine alternative Möglichkeit), der konstruktiven theoretischen und praktischen Auseinandersetzung zum Weg, den wir in eine „andere Gesellschaftsform“ gehen sollten, einen höheren Stellenwert einzuräumen. Wie anders wollen wir uns sonst enger zusammenschließen? Etwa durch Appelle, durch Schimpfen auf die Bourgeoisie oder durch Lecken unserer Wunden?

Genossin Christel Wegner wäre auf ihrem steinigem Weg doch auch am besten geholfen, wenn sie sich auf fundierte, kollektive Erkenntnisse von Gleichgesinnten stützen könnte.

Dr. Eberhard König, Dresden

Einigermaßen erschrocken über die Reaktion der Partei „Die Linke“, besonders ihres linken Flügels, zum „Fall Wegner“, freue ich mich, daß der „RotFuchs“ (erwartungsgemäß) mit dem Sonder-Editorial schnell und klar Standpunkt bezogen hat.

Da sagt eine Kommunistin, die auf der Liste der „Linken“ in Niedersachsen stand und gewählt wurde, in einem imperialistischen Fernsehsender einige grundsätzliche Wahrheiten. Sagt sie offen und ohne jegliches Kalkül. Kaum verwunderlich, daß dieser reaktionäre Sender das Gesagte zerstückerl und mit lügenerischen Interpretationen versieht. Immer noch wenig verwunderlich, daß diese Interpretationen für eine Lügen- und Hetzkampagne der bundesdeutschen Presse erhalten.

Verwunderlich aber ist, was nun durch Wortführer der Partei geschieht, die sich „Die Linke“ nennt. Einige „Politprofis“ aus deren Reihen schelten Christel Wegner, daß sie dem bürgerlichen Sender auf den Leim gegangen sei. Aber wer ist denn hier in der ideologischen Defensive, wer plappert die Argumente seiner Gegner nach?

Bernd Gutte, Görlitz

Voll und ganz teile ich die Meinung im Sonder-Leitartikel „Fracksausen“, daß die Partei „Die Linke“ eine gesamtdeutsche Kraft ist. Sie ist unangenehm, stört die bisher so einträchtige Parteienlandschaft, die in zwar etwas nuancierter Form, aber doch einhellig dem Neo-Liberalismus huldigt. Die Partei „Die Linke“ war ja in den östlichen Landesparlamenten, diesem „okkupierten“ Gebiet, noch zu dulden, aber in der eigenen „guten Stube“ kommt es einer Katastrophe gleich. Wir erleben heute eine instruktiv-methodische Lehrveranstaltung in Sachen *Demokratie* nach dem Verständnis des Kapitals.

Ein neues Gespenst wird aufgebaut und die Keule des Antikommunismus geschwungen. Das ist nicht verwunderlich, denn gerade in der BRD hat sich dieser aus der Kaiserzeit heraus bis in die heutigen Tage, über alle dazwischenliegenden Staatsformen, nahtlos erhalten.

Der Landesverband „Die Linke“ Niedersachsen hatte im Interesse der Zusammenarbeit aller Linkskräfte auch ein Mitglied der DKP auf seine Liste zu den Landtagswahlen gesetzt.

Was dann von seiten der DKP erfolgte, war in meinen Augen eine totale politische Fehlleistung. Für uns alle hätte doch der Einzug einer linken Fraktion nach über 50jähriger verordneter Abwesenheit in den niedersächsischen Landtag Priorität haben müssen. Ist es denn von so herausragender Bedeutung, wie sich die Fraktion zusammensetzt?

Die Genossin hätte Besseres verdient. Dennoch zolle ich den Genossinnen und Genossen der DKP Respekt für ihren Einsatz, den sie unter den Bedingungen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ im Interesse sozialer Gerechtigkeit und Friedenserhaltung geleistet haben. Ich werde mich in meinem Umfeld für eine weitere Zusammenarbeit einsetzen.

Gerhard Schiborowski, Bleckede

Was das Wahlergebnis in Hamburg betrifft, so war Springers „Hamburger Abendblatt“ stolz, daß sein Meinungsforschungsinstitut die Partei „Die Linke“ immer so um 6,4 Prozent gehandelt hatte und nicht um 10 Prozent oder mehr, wie andere. Daß die Kommunisten, die auf Kandidatenlisten der „Linken“ standen, schuld an dem Ergebnis sein sollen, ist ein Märchen. Wir haben hier vor Ort im Stadtteil Steilshoop nicht nur die „Linken“ unterstützt, sondern zugleich auch die Materialien der DKP mit am Infostand verteilt. In vier Wahlbezirken vor unserer Haustür erhielten die „Linken“ über 10 bis 14 Prozent der Stimmen.

Sinngemäß hat die Spitzenkandidatin und das neue Bürgerschaftsmitglied Dora Heyenn bei der Wahlauswertung der „Linken“ im Bezirk Hamburg-Wandsbek am 5. März gesagt, sie hätte sich der Diffamierung der Kommunisten nicht angeschlossen und den Wahlkampf mit ihnen solidarisch geführt, um sich nicht auseinanderdividieren zu lassen. Ähnliches hatte sie auch schon zuvor in Hamburger Medien gesagt.

Uwe Scheer, Hamburg

Was sich „Die Linke“ mit Christel Wegner erlaubt hat, ist einfach niederträchtig. Schon in der mündlichen Abiturprüfung 1965 mußte ich mich mit dem Thema „Das Eindringen des Opportunismus in die Arbeiterbewegung“ beschäftigen. Von der Einverleibung der SED im Dezember 1989 über das zunächst trotzige Agieren als PDS hinterließ der auf ein „Ankommen“ in der BRD gerichtete Kurs der „Linken“ eine Spur des Wankelmutts, der Prinzipienlosigkeit und der Verleugnung von „Mutter und Vater“, des Abschwörens der eigenen Herkunft und des Verzichts auf die „gute Kinderstube“. Das sollten wir nicht mehr wort- und kritiklos hinnehmen. Wer immer nur – wie „Die Linke“ – zurückweicht, wenn der Gegner schwadroniert, wird am Ende aufgeweicht. Meine Solidarität gilt der Christel und der DKP!

Torsten Preußing, Berlin

Im RF 122 wurde ein Artikel von Wolfgang Mäder („Unser begriffliches Arsenal sauberhalten!“) veröffentlicht, in dem die Gleichsetzung des sogenannten Realsozialismus mit dem Sozialismus „als solchem“ angegriffen wird. Der

Autor weist zu Recht auf die Kompliziertheit und lange Dauer des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus hin, wobei er unter Bezug auf den verführerischen Terminus „Realsozialismus“ auch die semantische Seite der Problematik im Auge behält ...

Es ist mir unbegreiflich, daß neben dem richtigen und höchst nützlichen Artikel des Genossen Mäder ein anderer Beitrag veröffentlicht worden ist, der im schroffen Gegensatz dazu steht: „Sozialismus für das 21. Jahrhundert“ – Diskussionsangebot der KP Böhmens und Mährens. (Wenn schon, warum dann ohne Kommentar oder zumindest eine Notiz!) Dieses „Diskussionsangebot“ ist nämlich die tschechische Variante dessen, was Prof. Ingo Wagner im RF vom September 2007 als neueste Erfindung der „schöpferischen Neokommunisten“ gründlich zerschlagen hat.

Es handelt sich um das offiziell dem Parteitag der KSCM vorzulegende Material, welches jedoch auf großen Widerstand in der Partei gestoßen ist. Es soll von der Parteiführung durchgepeitscht werden. Ein marxistisch-leninistischer Gegenentwurf wurde in der Diskussion vor dem Parteitag überhaupt nicht zugelassen.

Karel Pavlík, Praha

Ich habe mich sehr über diesen Nachdruck (RF März 2008, S. 24) und damit die Würdigung des Genossen Karl-Eduard von Schnitzler gefreut. Das Ruhrgebiet war dünnemals ein „Tal der Ahnungslosen“, da wir das DDR-Fernsehen nicht empfangen konnten. Daher war für mich bei allen Besuchen der DDR der „Schwarze Kanal“ am Montagabend ein selbst gewählter Pflichttermin. Wurde hier doch fundiert und überzeugend all das wiedergegeben, analysiert, ja seziert und klassenmäßig eingeordnet, was ich als Arbeiterjunge aus dem Ruhrpott als tagtägliche kapitalistische Realität erlebte.

Nach der Konterrevolution 1989/90 waren es nicht nur die Gegner, die sich gerade auf diesen gradlinigen Kommunisten stürzten. Auch viele „Ehemalige“ meinten nun, daß es ihnen wohl hilfreich sei, Kled mit Schlamm zu bewerfen.

Er hingepfe, an dem solcherlei Unrat geradezu abtropfen, scheute sich nicht, sich den medialen Hyänen zu stellen und ging erhobenen Hauptes in die damals hoch emotionalisierten Talk-Shows diverser, auch privater TV-Anstalten. Dort vertrat er unsere kommunistischen Ideale, verteidigte die sozialistische DDR und verurteilte die Verfolgung von deren führenden Repräsentanten, an ihrer Spitze Erich Honecker – oftmals gegen eine geradezu lynchjustizähnliche Studiostimmung.

Heinz-W. Hammer, Essen

Der Untergang des Kapitalismus ist ein eruptiver Prozeß, den die Linken in ihrer jetzigen Verfassung weder erkennen noch bekämpfen, noch als Chance wahrnehmen können. Der Sozialismus benötigt, wie die gewaschene Wäsche mehrere Spülungen braucht, mehrere Wellen von Revolutionen. Den Kapitalismus hat Ende der 70er Jahre die tödliche Krankheit befallen, die, durch den Untergang des „realen Sozialismus“ verschlimmert, die Form eines prozeßhaften Verfalls hat. Die zweite Welle des Sozialismus ist im Anrollen. Sie hat andere Voraussetzungen und andere Folgen als die erste, kann aber aus historischen Gründen und Aufgaben nicht die letzte sein.

Die schlimmste Krankheit der Linken ist nicht ihre Zerstrittenheit, sondern ihre Selbstgenügsamkeit. Jeder weiß alles besser, wozu da streiten. Diese idiotische Borniertheit verhindert den für die natürliche, gesunde Entwicklung des Marxismus unerläßlichen Meinungsstreit, der statt der Zerstrittenheit die dialektische Kultur des Streits zu haben hat. Streitkultur setzt aber voraus, daß es was zu streiten gibt, daß unterschiedliche Auffassungen, unterschiedliche Forschungsergebnisse, Richtungen, ja sogar unterschiedliche marxistische Schulen nicht nur erlaubt, sondern natürlich und nützlich sind.

Aber auch, daß es im Gegensatz zur Besserwissererei durchaus Besserwissende gibt. Wie Marx oder Lenin es waren. Die sollte man anerkennen und nutzen, nicht aber vergötzen.

Dr. Gerhard Branstner, Berlin

Der Beitrag zu Julian Marchlewski (RF 122) hat bei mir Erinnerungen an seine Geburtsstadt Włocławek und damit an ihn wachgerüttelt. Die Tischtennisportler der damaligen Bezirke Schwerin und Rostock hatten seit Mitte der 80er Jahre bis 1990 enge sportliche und freundschaftliche Kontakte in diese Stadt. Die „Bombardier von Włocławek“ – wegen ihres explosiven Offensivspiels am grünen Tisch so genannt – waren unsere Partner.

Als jahrzehntelang ehrenamtlicher Vorsitzender des Bezirksfachausschusses wurde ich mit meinen Mitstreitern regelmäßig zum Empfang beim Oberbürgermeister der Weichselstadt und zu interessanten Gesprächen eingeladen. Es war Ehrensache, daß wir an der Kranzniederlegung am Denkmal Julian Marchlewskis, des größten Sohnes dieser Arbeiterstadt, teilnahmen. Mein Kontakt zu den dortigen Sportfreunden und Genossen besteht noch heute. Im September 2006 war ich wiederum vor Ort. Ein Gedenken an Julian Marchlewski gibt es offiziell nicht mehr. Sein Monument wurde geschleift, die großen chemischen Werke produzieren nur noch eingeschränkt oder wurden abgerissen, die weltberühmte Fayence Włocławek ist ebenfalls liquidiert worden.

Hans-Peter Höffer, Rostock

Im RF 121 erschien ein sehr guter Artikel von Dieter Fechner über Max Schroeder. Wirklich eine Würdigung, über die ich mich gefreut habe. Leider bin ich um so mehr enttäuscht von dem Buch seiner Frau Edith Anderson, das am Ende des Artikels erwähnt wird („Liebe im Exil“). Ich hatte es mir gekauft, weil ich sehr gespannt darauf war, wie sie die Zeit aus der Sicht einer amerikanischen Kommunistin beschreibt. Zu meinem Bedauern erweist sich das Buch als die handelsübliche Delegitimierung der „Zone“ und der späteren DDR. Edith Anderson sieht jede Mangelerscheinung als Versagen der SBZ, der Regierung. Da es sich in allen Fällen, wenn sie Begegnungen mit Künstlern oder leitenden Kulturpolitikern beschreibt, um historische Persönlichkeiten handelt, ist ihre Art und Weise der Charakterisierung absolut subjektivistisch (Becher als Eierbecher mit Glubschaugen, das war's!) und einfach unmöglich. Ähnlich vulgarisierend ergeht es Dichtern, Malern, mit Ausnahme Brechts. Die große Leistung von Max Schroeder wird auch in der Beziehung der Eheleute eher herabgesetzt als gewürdigt. Natürlich hat es keinen Zweck, dagegen jetzt im „RotFuchs“ zu polemisieren. Manchmal handelt es sich um das Gegenteil von dem, was sie behauptet.

Ein Beispiel: Die Aufnahme von Sergej Oblaszow in der DDR. Da ich Vorsitzende der Sektion Puppentheater im Theaterverband war, weiß ich genau, daß seine Kunst, also das Spiel mit Stabmarionetten, besonders hervorgehoben wurde und nicht, wie sie meint, angeblich unbeachtet blieb, bis er in die DDR kam. Wir hatten ihn eingeladen und samt seiner Truppe gefeiert, als Vorbild empfohlen.

Genug. Vielleicht erklärt sich ihre Abneigung aus der Tatsache, daß damals ihr Buch nicht veröffentlicht wurde. So etwas soll es ja unter Schriftstellern geben.

Noch eine Nachbemerkung: Mit 92 Jahren ist man zufrieden, wenn man noch ein wenig dazu beitragen kann, daß ein kleines Stückchen blauer Himmel der DDR erhalten bleibt. Wolken, ach, die gibt es überall und jetzt mehr und dunkler denn je.

Dr. Käthe Vogeler-Seelig, Berlin

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Neumann (CDU), legte dem zuständigen Ausschuss des Bundestages ein Dokument unter dem Titel „Verantwortung wahrnehmen, Aufklärung verstärken, Gedenken vertiefen“ vor. Darin heißt es: „Die unveräußerliche Achtung der Menschenwürde, die verantwortete Freiheit und die Wertebindung des Grundgesetzes sind tragende Prinzipien unsere demokratischen Ordnung.“

Weil dieser Aussage in der gesamten Vorlage nicht entsprochen wird, haben die Vereinigun-

gen ehemaliger Buchenwald-Häftlinge und ihrer Angehörigen eine entscheidende Korrektur verlangt. In Neumanns „Dokument“ werden Faschismus und „Unrecht in der DDR“ als unterschiedslos vermittelt. Primär geht es darum, „an das Unrecht der SED-Diktatur zu erinnern und so das Gedenken an die Opfer des Kommunismus in Deutschland zu bewahren“. Der Widerstand gegen die Nazibarbarei findet in dem Papier keine Erwähnung und wird so als nicht existent diffamiert. Den tiefen humanistischen Werten des Antifaschismus ist auf diese Weise schwerster Schaden zugefügt worden. In den Konzentrationslagern, Zuchthäusern, Gefängnissen, in der Emigration, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition, in den Strafbataillonen gab es nach dieser Lesart keinen antifaschistischen Widerstand. Alles wird darauf angelegt, diesen aus dem Bewußtsein der Gesellschaft zu verdrängen.

Gerhard Hoffmann, Frankfurt/Oder

Die „Berliner Morgenpost“ berichtete am 12. März von den erneuten „Warnungen“ des Bundespräsidenten Horst Köhler vor „verklärten Erinnerungen an die DDR“. Wie man lesen kann, tut er das mit den Mitteln des kalten Krieges. Statt ein Signal für die längst überfällige Aufarbeitung der Vor- und Frühgeschichte der BRD zu geben, überschlügt er sich darin, die besiegte DDR zum soundsovielten Mal „zu erledigen“.

Aber die Schwierigkeiten im eigenen Land wachsen, die Armut nimmt exorbitant zu, die Partei „Die Linke“ erhält analoge Zustimmung. Das bringt Herrn Köhler aus der Fassung. Hören wir da das Pfeifen im Walde, weil „ein Gespenst in Europa umgeht“? Soll dazu aufgerufen werden, die 1990 begonnene Überwältigung der Menschen im Osten, die keine Gewohnheit, kein Recht, keine Sitte und kein Herkömmliches mehr achtete, mit der totalen Herabwürdigung dessen fortzuführen, was es an sozialen, geistigen und kulturellen Leistungen in der DDR gegeben hat?

Unzählige DDR-Bürger sahen sich bald nach der vertrauensseligen Selbstaufgabe ihres Staates von einer Erniedrigung betroffen, die aus geachteten Menschen Kriminelle machte. Sie beginnen jetzt, die Verkommenheit des kapitalistischen Systems zu durchschauen. Ihre Erinnerung wird zum Kompaß für die nahe und ferne Zukunft. Der Bundespräsident kann dem natürlich nicht folgen, weiß er doch nichts von der DDR.

Horst Joachimi, Berlin

Spione im „Gruselkabinett Hohenschönhausen“? Ja, es gab sie tatsächlich. Man berichtet sogar von vielen hundert solcher Agenten. Der österreichische Staatsbürger Dr. Hannes Sieberer publiziert, auch im Namen anderer ehemaliger West-Spione, in seinem spannungsgeladenen und gleichzeitig sehr sachlichen Buch „Als Agent hinter Eisernen Vorhang – Fünf West-Spione über ihre DDR-Erfahrungen“ (edition ost), wie es in der ehemaligen Untersuchungsanstalt des MfS tatsächlich zugeht. Bereits im Buch „Verheizt und vergessen – Ein US-Agent und die DDR-Spionageabwehr“ (dto. edition ost) der Autoren Sieberer und Kierstein, die sich in jener Einrichtung damals in unterschiedlichen Rollen gegenübermaßen, wird das Lügengespenst um die „Gedenkstätte Hohenschönhausen“ irreparabel zerstört. Man muß diese Publikationen gelesen haben, um sich selbst ein Urteil über Dichtung und Wahrheit bilden zu können. Nachzulesen ist auch, daß sich ehemalige Strafgefangene aus Bautzen II, wo angeblich gefoltert und mißhandelt wurde, der deutschen Justiz 1994 freiwillig zur Verfügung gestellt haben, um entlastend für einen „Schließer“, den ehemaligen Leutnant des Strafvollzugs Jahn, auszusagen. Deren Fairneß bewerte allerdings nichts. Auch diesen Mann hat die Siegerjustiz verurteilt.

Nützlich wäre es, würde man jedem Besucher des „Gruselkabinetts“ die beiden erwähnten Bücher in die Hand drücken.

Wolfgang Willms, Weida

Die RF Regionalgruppe Freiberg veranstaltete unlängst ein Leserforum über die Oktoberrevolution und revolutionäre marxistische Parteien heute. Dabei wurde besonders auf die Rede des Genossen Götz Dieckmann hingewiesen, die als Beilage im RF erschien. Die Teilnehmer unterstrichen einmütig die hohen Leistungen, die von den Völkern der sozialistischen Staaten dann vollbracht wurden, wenn deren Führung Vertrauen erweckte. Sie vertraten den Standpunkt, daß in kapitalistischen Staaten die Wahlbeteiligung linker Parteien in der Regel von Bedeutung ist. Auch die Leninschen Bolschewiki haben bekanntlich Kandidaten zur Duma im zaristischen Rußland aufgestellt. Da in Deutschland jetzt „Die Linke“ die einzige linke Partei ist, die im Bundestag und in zehn Landtagen vertreten ist, sollten wir sie trotz ihrer linksbürgerlichen Tendenzen wählen. Ich hoffe, daß die Erinnerung an solche marxistischen Werte wie soziale Sicherheit, Frieden und internationale Solidarität viele in der Partei „Die Linke“ ermutigt.

Karl-Fritz Zillmann, Freiberg

Herzlichen Dank für den RF! Seit Tagen bin ich mit dem Lesen beschäftigt und möchte Ihnen sagen, daß mich viele dieser Beiträge aufgebauet und überzeugt haben, daß ich im „RotFuchs“-Förderverein wieder Grund unter den Füßen bekommen kann. Daher möchte ich ihm beitreten. Ich muß gestehen, daß mein Mann und ich, aus antifaschistischen Elternhäusern kommend, den großen Abgesang einfach nicht verwinden konnten. Ich wollte nicht begreifen, daß so viele von uns, die sich an Dingen, die eigentlich kritisierbar gewesen wären, berauschten, dann einfach so weitergemacht haben, als wäre überhaupt nichts geschehen.

Wenn ich mir die ganze Entwicklung der „Linken“ ansehe, dann denke ich, daß ich die richtigen Schlußfolgerungen gezogen habe.

Brigitte Wackernagel, Berlin

Heute senden wir dem „RotFuchs“ ein von der „Märkischen Oderzeitung“ veröffentlichtes Titelfoto als Leserbrief. (Die Aufnahme zeigt die mit einem Heiligenschein aus Illuminationselementen umgebene Statue Friedrichs II. als Teil einer in Letschin, Oderbruch, veranstalteten „Kunstaktion“ unter dem Motto „Einleuchten“ – d. R.) Man könnte so ein Machwerk nur als geschmacklos mit Kopfschütteln abtun, wenn es nicht so todernst (oder tödlich ernst) zu nehmen wäre.

Eine von vielen Fragen drängt sich auf: Durch wen werden solche „Künstler“ animiert und finanziert? Ist der deutsche Militarismus noch zu bremsen?

Hajo und Ingrid Jahn, Fangschleuse

Im Zusammenhang mit dem Vorhaben, an Bundeswehrosoldaten eine dem Eisernen Kreuz ähnliche Auszeichnung zu verleihen, empfehle ich, sich über dessen Geschichte Klarheit zu verschaffen. Das Eiserner Kreuz wurde 1813 als Kriegsehrenzzeichen für Tapferkeit eingeführt. Die Gestaltung der Form erfolgte unter Mitwirkung von Schinkel. Es war die erste Auszeichnung, die gleichermaßen an Mannschaften und Offiziere verliehen werden konnte. Im März 1813 befand sich Preußen in existentieller Gefahr, die Massen unterstützten das Ziel der Befreiung von der napoleonischen Fremdherrschaft. 1870, 1914 und 1939 wurde die Stiftung des Eisernen Kreuzes erneuert. Im Zweiten Weltkrieg diente der Mut einzelner den Zielen der faschistischen Aggressoren. Zwischen 1939 und 1945 wurde dieses Kreuz so mißbraucht, daß es für alle Zeiten als Auszeichnung „verbrannt“ ist. Angeblich tritt die Bundeswehr in Afghanistan ausschließlich für die Freiheit der Afghanen ein, während sie sich dort tatsächlich auf Verlangen der USA im Kampfeinsatz befindet. Wäre da nicht die Verleihung des amerikanischen Silver Star (entspricht dem EK I und kann auch an Soldaten befreundeter Länder verliehen werden) angebracht?

Stefan Kleemann, Potsdam

Dr. Bernhard Majorows Beiträge für den „RotFuchs“ lese ich stets mit besonderem Interes-

se. Sein jüngster Artikel über die estnischen faschistischen „Waldrüder“ weitet nicht nur den Blick für die historisch-politischen Wurzeln des jetzt dort wütenden Antikommunismus; er illustriert auch, mit welchen Schwierigkeiten die Sowjetmacht in diesem ehemals von Deutsch-Balten dominierten Land (bis 1885 war in Estland Deutsch die Amtssprache!) nach dessen „Rückkehr in die große sowjetische Völkerfamilie“ zu ringen hatte. In mir löste der Beitrag die Frage aus: War die Festschreibung der Einflußbereiche im „Hitler-Stalin-Pakt“ in bezug auf die Balten nicht eher ein Akt des gewaltsamen „Exports der Revolution“?

Daß die sowjetische Seite mit dem Pakt ein elementares Lebensinteresse zu sichern bemüht war, wozu auch die Schaffung eines Cordon sanitaire in den baltischen Ländern gehörte, entsprach zugleich nationalen wie internationalen Interessen des in der Sowjetunion siegreichen Proletariats. Offenkundig aber waren die inneren Bedingungen speziell in Estland für eine solche revolutionäre Veränderung der Gesellschaftsstruktur überhaupt nicht gegeben, worauf der verbreitete und erschreckend gewalttätige Widerstand breiter Kreise der Bevölkerung gegen die Errichtung der Sowjetmacht hinweist.

Lenin hat besonders in der Auseinandersetzung mit Trotzki einen „Export der Revolution“ entschieden verurteilt und damit offensichtlich recht gehabt, wie die Geschichte bestätigt.

Dr. Hans Kaiser, Berlin

Mit jedem Exemplar des „RotFuchs“ werden die Theorie des Marxismus-Leninismus, Erfahrungen der Vergangenheit sowie wichtige Informationen aus aller Welt unter der Leserschaft verbreitet. Das Echo ist sehr positiv, und viele Leser warten wie ich jeden Monat auf das nächste Exemplar. Offensichtlich kommen auch immer mehr neue Leser hinzu; bisweilen solche mit widersprüchlichen Auffassungen. Das bereichert die Diskussion. Allerdings verstärkt sich der Eindruck, daß Theorie und Anleitung für die Praxis zu wenig ausgewogen sind. Etlche Beiträge „streicheln“ vor allem die Seele, und so mancher Professor betrachtet den „RotFuchs“ auch als seine öffentliche Plattform. Manche Darlegungen sind rückwärtsgewandt, man führt theoretische Auseinandersetzungen unter Gleichgesinnten bis hin zu Spitzfindigkeiten, die alle den Anspruch von Richtigkeit erfüllen, es fehlt auch nicht an dem „Prinzip Hoffnung“ folgenden Beiträgen, die die Realität gewissermaßen schon ad absurdum geführt hat.

Als Ökonom finde ich es nicht uninteressant, sich mit der Ware-Geld-Beziehung im Sozialismus zu beschäftigen. Ob das aber Erkenntnisse für die aktuell so notwendige praktische Arbeit liefert, wage ich zu bezweifeln. Natürlich gibt es ohne Wissen keine Wahlmöglichkeiten. In meinem Buch „Im Krebsgang in die Zukunft“ habe ich geschrieben, daß die „Linke/PDS“ nur den durch die SPD unter Schröder geräumten Platz eingenommen hat. Führung und Mitglieder dieser Partei sind teilweise meilenweit voneinander entfernt. Nein, „Die Linke“ ist keine Partei, die wirklich für die Überwindung des Kapitalismus kämpft. Aber sie erweist sich als eine große Organisation mit beachtlichem Wählerpotential. Der von den bürgerlichen Parteien verteuflte „Linksruck“ ist eher Propaganda als Realität und dient der Diffamierung des zunehmenden Widerstandes.

Der „RotFuchs“ sollte trotz gravierender Unterschiede in den Auffassungen mehr die Gemeinsamkeiten der breiten Protestbewegung in den Mittelpunkt stellen. Sicher, er ist keine Partei, aber keine unbedeutende Waffe für den Kampf auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner gegen rechts und für eine menschenwürdige Zukunft. Die anderen „Linken“ und Protestbewegungen zu erreichen, erscheint mir heute mindestens ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger, als theoretische Fehlerdiskussionen und tiefeschürfende Rückblenden in die Vergangenheit anzustellen. Nach meiner Auffassung haben viele „Linke“ und Protestgruppen weniger ein Erkenntnis-, sondern mehr ein Umsetzungsproblem.

Klaus Liebrez, Rostock



Makulatur

Grafik: Klaus Parche

Am **24. Mai** um **10 Uhr** spricht der stellvertretende Vorsitzende des RF-Fördervereins, **Prof. Dr. Götz Dieckmann**, im Schweriner Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstraße 12, über das Thema:

Das Kommunistische Manifest und der Klassenkampf heute

Die RF-Regionalgruppe lädt dazu die Mitglieder des Vereins, die Leser der Zeitschrift und alle Interessenten aus der **Schweriner Region** herzlich ein.

Am **24. Mai** um **10 Uhr** findet in **Zwickau**, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Hölderlinstraße 1, eine Veranstaltung der

RF-Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen mit **Prof. Dr. Werner Roß** statt. Unter Bezug auf die Programmdiskussion der PDL spricht er über das Thema

Die Aktualität der Marx'schen Kritik des Gothaer Programms

RF-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** folgt einer Einladung der „RotFuchs“-Lesergemeinschaft Nord-West nach **Wismar**. Am **30. Mai** spricht er um **14 Uhr** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität Wismar-Wendorf, Hanno-Günther-Straße, über

Neues aus der internationalen Arbeiterbewegung

Fortschritte Rückschläge und Perspektiven

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Rheinsteinststraße 10, 10318 Berlin,
☎ 030/561 34 04, Fax 030/56 49 39 65
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki	Dr. Hans-Dieter Krüger
Rolf Berthold	Rudi Kurz
Dr. Manfred Böttcher	Prof. Dr. Hans Lutter
Dr. Vera Butler (Melbourne)	Wolfgang Mäder
Wolfgang Clausner	Bruno Mahlow
Prof. Dr. Götz Dieckmann	Dr. Bernhard Majorow
Ralph Dobrawa	Prof. Dr. Fred Matho
Dieter Fechner	Wolfgang Metzger
Dr. Peter Fisch	Prof. Dr. Harry Milke
Bernd Fischer	Frank Mühlefeldt
Peter Franz	Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Günter Freyer	Richard Georg Richter
Prof. Dr. Georg Grasnack	Prof. Dr. Werner Roß
Dr. Ernst Heinz	Walter Ruge
Dr. Dieter Hillebrenner	Karl Schlimme
Manfred Hocke	Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Hans Heinz Holz	Prof. Dr. Horst Schneider
Hans Horn	Fritz Teppich
Dr. Klaus Huhn	Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
Heinrich Ruynat

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Hans Ludwig,
Harry Schreyer, Peter Barth
u. v. a. m.

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74